



Bauen und Wohnen:
Nachhaltigkeit contra Klimaschutz? 36

Frankfurt und Ingolstadt:
ÖDP-Bundesparteitage im Doppelpack 55

Bundestagswahl 2017:
Junge Direktkandidaten im Gespräch 60/62

Das ÖDP-Journal
Nr. 174 Juli 2017

Ökologie Politik

**ÖkologiePolitik
mit neuem Webauftritt**

Seite 43

Profit vor Mensch? Mensch vor Profit!



UMSCHAU

Ökolumne: Mehr Nachhaltigkeit in Europa	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: PROFIT VOR MENSCH? MENSCH VOR PROFIT!

Beschleunigung und Burn-out: „Die Zeit-ist-Geld-Logik kennt kein Genug“ Interview mit Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler	10
Leben im Neoliberalismus: „Die Persönlichkeit ist zur Ware geworden“ Interview mit Dr. Patrick Schreiner	14
Digitale Bildung: Geschäft auf Kosten der jungen Generation von Peter Hensinger	16
Lobbyismus: Wie Konzerninteressen politische Entscheidungen bestimmen von Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP	20
Glyphosat: Gekaufte contra unabhängige Wissenschaft von Dr. Martha Mertens	22
Landwirtschaft und Ernährung: „Wir brauchen eine Agrarwende!“ Interview mit Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP	24
Realwirtschaft und Finanzwirtschaft: Verspekulieren die Banken unsere Zukunft? von Günter Grzega	28
Freihandel contra Protektionismus: Ist Trumps wirtschaftlicher Nationalismus zukunftsfähig? von Gerd Zeitler	32

BAUEN UND WOHNEN

Greenwashing: Nachhaltigkeit contra Klimaschutz? von Günther Hartmann	36
--	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	40
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	41
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	42
Verbände	44
Neues aus der ÖDP	55
Bundesparteitage im Doppelpack von Dr. Claudius Moseler	55
Bundestagswahl 2017	58
Interview mit Direktkandidat Hannes Eberhardt	60
Interview mit Direktkandidat Tim-Oliver Kray	62
Presseticker	66
Leserbriefe	70
Impressum	71

Foto: Günther Hartmann
Titelfoto: iR Stone/shutterstock.de

Liebe Leserinnen und Leser,

„Profit vor Mensch!“ – das ist die aktuelle Wirklichkeit. Und so könnte auch der Wahlkampflogan der meisten im Bundestag sitzenden Parteien lauten. Denn der Neoliberalismus stellt Wettbewerb und Profit in den Mittelpunkt, stellt sie über die menschlichen Bedürfnisse. Die Politik der etablierten Parteien ist neoliberal – auch wenn das keine Offen zugibt. Ganz im Gegenteil: Schon das Wort „neoliberal“ wird von ihnen tunlichst vermieden. Es wird so getan, als gäbe es gar keinen Neoliberalismus, als folgte die Politik der letzten Jahrzehnte einem Naturgesetz, als sei sie vernünftig und „alternativlos“ gewesen. Doch das ist sie nicht. Die Politik der letzten Jahrzehnte nützt vor allem den Konzernen und den Super-Reichen – und schadet der breiten Bevölkerung sowie dem Großteil der klein- und mittelständischen Unternehmen. Als angeblicher Ausweg wird Wirtschaftswachstum gepredigt, doch das zerstört unsere Lebensgrundlagen.

Als der US-amerikanische Senator Bernie Sanders Ende Mai dieses Jahres Berlin besuchte und an der Freien Universität eine Rede hielt, bezeichnete er seine Heimat als „Oligarchie, in der nur einige wenige Milliardäre die Wirtschaft und das politische System kontrollieren“. Dieses Phänomen sei nicht auf die USA beschränkt, sondern weltweit zu beobachten. Sanders verwies dabei auf eine aktuelle Studie von Oxfam, nach der die acht reichsten Menschen der Welt so viel Vermögen besitzen wie die ärmste Hälfte der Menschheit. Sanders appellierte deshalb: „Wir dürfen die Gier der Milliardäre nicht länger akzeptieren!“

Die Gier ist aber sicherlich nicht nur auf Milliardäre beschränkt, sonst würde die von ihnen propagierte und ihnen nützende Politik nicht so viel Zuspruch erhalten. Deshalb reicht es nicht, diese Politik lediglich zu kritisieren. Es reicht auch nicht, sie gründlich zu analysieren. Es gilt, eine wirkliche Alternative aufzuzeigen, eine überzeugende Alternative: ein politisches Programm, das nicht profit-orientiert, sondern gemeinwohl-orientiert ist. Ein politisches Programm ohne zerstörerisches Wachstumsdogma und ohne totgeschwiegene Nebenwirkungen. Eine Politik, in der nicht das Konkurrenzdenken, sondern die menschlichen Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen.

„Mensch vor Profit!“ lautet deshalb der Wahlkampflogan der ÖDP. Es ist nicht damit getan, an ein paar Stellschrauben ein paar kleine Veränderungen vorzunehmen. Es braucht den Mut zu einem grundsätzlichen Umdenken und Umsteuern.

Viel Spaß beim Lesen und Mitdenken

Günther Hartmann

Pablo Ziller



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Mehr Nachhaltigkeit in Europa

Seit der Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West leben wir in einer multipolaren Welt, wo sich Nationalismus und religiöse Intoleranz ausbreiten. Russland führt inzwischen einen ideologischen Krieg gegen den Westen und stärkt alle zersetzenden Bestrebungen. 2017 ist ein Wahljahr. In Frankreich wäre die EU fast vom Rechtspopulismus zerstört worden. Und in Deutschland ist im September die Bundestagswahl. Danach müssen die EU-Verträge neu überarbeitet werden. Die neuen Herausforderungen erfordern neue politische EU-Strukturen, die neue politische Ansätze möglich machen. Europa braucht mehr Nachhaltigkeit in der Klimapolitik.

Mit dem Europäischen Emissionshandel, der Ökosteuer und der Einführung von CO₂-Zöllen auf Importe lassen sich Umweltkosten internalisieren. Umweltschäden, Ressourcenverbrauch und der Ausstoß von Treibhausgasen werden häufig nicht verhindert, sondern sogar subventioniert. Umweltschädliche Subventionen belasten den Bundeshaushalt mit über 50 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Bankenkrise in der EU ist noch immer nicht gelöst. Marode Banken müssen abgewickelt, fehlbewertete Wertpapiere aus dem Markt genommen werden und Staatsanleihen sollten von den Banken nicht mehr als risikolos eingestuft werden.

Derivate sollten nur an den dafür geschaffenen Terminbörsen gehandelt werden. Langfristig kann die Wirtschaftskraft Südeuropas aber nur mit Investitionen steigen, die zu einer steigenden Produktivität führen.

In der Landwirtschaft muss die Subventionszahlung für Großbetriebe gedeckelt werden, denn 80 % der europäischen Agrarsubventionen gehen an 20 % aller Agrarbetriebe.

Die Qualität und Reinheit des Saatgutes vor Gentechnikverunreinigungen ist ein wichtiger Teil einer umweltorientierten Landwirtschaft. Die Biodiversität muss geschützt und erhalten werden. Die Flächenbelastung durch Gülle und Mineraldünger muss reduziert werden. Regionale Molkereien müssen erhalten bleiben und lokale Direktvermarktungsstrukturen aufgebaut werden.

Weltweit muss der Aufbau von regenerativen Energieversorgungssystemen vorangebracht werden, denn der Energiesektor ist für zwei Drittel der Emissionen verantwortlich. 80 % der weltweiten Energieerzeugung muss 2050 über Erneuerbare Energien laufen, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Derzeit sind es global 24 %.

Die Bundesregierung bremst den Ausbau des Ökostroms in Deutschland. So ist der Primärenergieverbrauch 2016 wieder angestiegen und damit auch der CO₂-Ausstoß.

Der Ausbau von grenzübergreifenden Stromleitungen in der EU ist ein sinnvoller Weg, um die Energiesicherheit in Europa zu verbessern und um Investitionen in solarthermische Kraftwerke in Südeuropa möglich zu machen. Der Einsatz der Technologie „Power-to-Gas“ und die Schaffung einer intelligenten Laststeuerung auf dezentraler Ebene nach Knappheitspreisen muss erreicht werden. Der Vorteil der geringen Betriebskosten von Wind- und Photovoltaik-Anlagen wird weiter steigen, wenn deren Lebensdauer erhöht wird. Der Einspeisevorrang für Strom aus Erneuerbaren Energiequellen muss erhalten bleiben.

Die Zeitbombe des Klimawandels tickt. Die Niederschläge im Winter nehmen um 30 % in Deutschland zu. Im Sommer wird es trockener. Es ist mit einem deutlich stärkeren Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 1,70 m bis zum Jahr 2100 zu rechnen. Ozeane spielen eine Schlüsselrolle im Klimawandel. Von der Wärme, die von Treibhausgasen in der Atmosphäre aufgenommen wird, landen 93 % darin, ebenso ein Drittel des Kohlendioxids. Durch die Erwärmung wird auch der Permafrostboden schmelzen. Das verstärkt den Klimawandel.

Alle diese Fakten lassen sich deutlich werden: Europa braucht dringend Reformen! Dies ist für uns alle lebensnotwendig.

*Europa braucht dringend Reformen!
Dies ist für uns alle lebensnotwendig.*

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

EU beschließt Anti-Terror-Richtlinie

Um schärfer gegen extremistische Propaganda im Internet vorgehen zu können, beschloss das EU-Parlament eine neue Anti-Terror-Richtlinie, die den Einsatz von Websperren und Staatstrojanern vorsieht sowie unter anderem das „Abfangen von Daten“ und „öffentliche Provokation“ als Terrorstraftat definiert. Die Richtlinie muss von den EU-Staaten binnen 18 Monaten in nationales Recht umgesetzt werden. Bürgerrechtler befürchten, dass Regierungen sie missbrauchen werden, um die Meinungsfreiheit einzuschränken und politische Aktivisten zu kriminalisieren.

» <https://heise.de/-3630128>

Snowden: „Es ging nie um Terror“

NSA-Whistleblower Edward Snowden ruft dazu auf, dem internationalen Trend zu immer mehr Überwachung entgegenzutreten: „Es ging nie um Terrorismus, da diese Maßnahmen gegen Terrorismus nicht effektiv sind. Es geht nicht um Sicherheit oder den Schutz, sondern es geht um Macht.“ Die Überwachungsinstrumente der Geheimdienste seien darauf ausgerichtet, Momente der Schwäche ausfindig zu machen – egal ob es um Verdächtige oder um normale Bürger geht. Der Bundesnachrichtendienst erhält seit 2017 mehr Befugnisse und mehr Geld, um Überwachung nach Muster der NSA zu betreiben.

» <https://heise.de/-3583010>

Krebserkrankungen in Fukushima steigen

In Fukushima fallen mit dem Abtragen verseuchter Erdschichten in den betroffenen Gebieten jedes Jahr radioaktive Müllberge an. Diese wollen die japanischen Behörden künftig als Konstruktionsmaterial für Straßen, Deiche und Fundamente von öffentlichen Bauprojekten verwenden. Der gesetzliche Grenzwert für Baumaterialien in Japan lag vor dem Reaktorunfall bei 100 Bq/kg, wurde dann 2011 auf 3.000 Bq/kg und 2016 auf 8.000 Bq/kg angehoben. Derweil steigt die Zahl der diagnostizierten Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern weiter an. Bei der Reihenuntersuchung 2014 gab es 101 Fälle, zwei Jahre später 145 Fälle. Bei 44 Kindern hat

sich der Krebs also erst in den letzten zwei Jahren gebildet. Die Erkrankungshäufigkeit beträgt 8,1 Fälle pro 100.000 Kindern/Jahr. Vor dem Reaktorunglück lag sie bei 0,3 Fällen.

» <http://t1p.de/e7ui>

Regierung bremst Energiewende

Der Anteil von Strom aus Erneuerbaren Energien wuchs in Deutschland von 6 % im Jahr 2000 auf 33 % im Jahr 2016. In den letzten Jahren gab es aber massi-



Foto: Uwe Schlick/pixelio.de

ve Einbrüche. Die jährlichen Investitionen haben sich seit 2012 halbiert – entgegen dem Welttrend. Nur die Windenergie wird bisher noch stark ausgebaut. Doch nun will die Bundesregierung auch deren jährlichen Ausbau drosseln. In Bayern, dem Bundesland mit dem höchsten Windenergiepotenzial, ist er aufgrund einer Gesetzgebung mit überhöhten Mindestabständen zu Wohnbebauungen schon fast zum Erliegen gekommen. Auch bei der Wärmeerzeugung stagniert der Anteil aus Erneuerbaren Energien seit 2010. Der Biokraftstoffmarkt sank von 2007 bis 2015 um ein Drittel.

» <http://t1p.de/nib1>

Pestizide führen zu Bienensterben

Die Bedrohung von Bienen und anderen wichtigen Bestäubern hat durch den ungehinderten Einsatz von Pestiziden in der industriellen Landwirtschaft weiter zugenommen. Das zeigt der von Greenpeace veröffentlichte Bericht „Umweltrisiken durch Neonicotinoide“. Pestizidgeschwächte Bienen sind zudem durch die Varroa-Milbe bedroht. So sterben in Deutschland jährlich bis zu 30 % der Bienenvölker. Landwirtschaftsminister Christian Schmidt





Foto: Maja Dumat/pixelio.de

Tanganjikasee droht zu kippen

Der Global Nature Fund ernannte den Tanganjikasee zum „Bedrohten See des Jahres 2017“. Der zweitgrößte See Afrikas liegt zwischen Burundi, Kongo, Tansania und Sambia. Er ist mit 673 km der längste und zudem mit 1.470 m der zweitiefste See der Welt. Fast ein Sechstel des ungefrorenen Süßwassers der Erde befindet sich in ihm. Die Bevölkerung nimmt rapide zu, die Fischbestände nehmen aufgrund von Überfischung rapide ab. Zudem gelangen Schadstoffe aus Industrie, Handwerk und häuslichen Abwässern ungeklärt in den See.

» <http://t1p.de/huy4>

Handystrahlung erzeugt Gehirntumor

Ein italienisches Gericht erkannte in einem Urteil vom März 2017 als Ursache für einen Gehirntumor eine intensive Handynutzung. Der Kläger hatte zur Ausübung seines Berufs 15 Jahre lang täglich mehr als 3 Stunden



Foto: Robert Müller/pixelio.de

telefonieren müssen. Das Gericht erkannte seine Erkrankung deshalb als Berufskrankheit an und sprach dem Betroffenen eine monatliche Rente zu. Die Organisation „diagnose:funk“ forderte Gesundheitsbehörden, Krankenkassen und Ärzteverbände auf, die Gefahren des Mobilfunks nicht länger zu verharmlosen und die Studienlage endlich ernst zu nehmen.

» <http://t1p.de/uml3>

Top-Banken nutzen Steueroasen

Oxfam hat gemeinsam mit Fair Finance Guide International die Finanzflüsse der 20 größten Banken in der EU ausgewertet. Diese meldeten demnach im Jahr 2015 ein Viertel ihrer Gewinne in Steueroasen wie Luxemburg, Irland oder Hongkong. So hat beispielsweise die Deutsche Bank in Deutschland Verluste ausgewiesen, in Steueroasen hingegen einen Gewinn von 1,9 Mrd.

Euro. Zwar sind diese Praktiken nicht illegal, Oxfam kritisiert dieses Verhalten aber scharf, weil sich die Banken so vor einem angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl drücken. Dadurch fehlen dem Staat finanzielle Mittel für Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit. Einen Vorstoß der EU-Kommission, internationale Konzerne zu zwingen, ihre Steuerdaten nach Ländern aufgeschlüsselt zu veröffentlichen, wird



Foto: Makrodepecher/pixelio.de

von einigen Mitgliedstaaten abgelehnt – darunter auch Deutschland.

» <http://t1p.de/k3q0>

Zahl der Vögel nimmt rapide ab

Eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag brachte Alarmierendes zutage: In Deutschland geht die Zahl der Vögel drastisch zurück – vor allem in Agrargebieten. Der Bestand der Feldlerche sank von 1990 bis 2013 um 35 %, der des Kiebitzes um 80 %, der des Rebhuhns



Foto: Kurt F. Domnik/pixelio.de

um 84 %. Der Grund für das Vogelsterben liegt nach Ansicht von Naturschützern in der immer stärker intensivierten Landwirtschaft. Vor allem Pestizide rauben den Vögeln ihre Lebensgrundlage: Insekten.

» <http://t1p.de/8ent>

Schäuble geht gegen Attac vor

Das Bundesfinanzministerium hat das Frankfurter Finanzamt angewiesen, den Rechtsstreit um die Gemeinnützigkeit von Attac weiterzuführen – trotz des Urteils des Hessischen Finanzgerichts vom November 2016, demzufolge das Engagement des globalisierungskritischen Netzwerkes klar gemeinnützig ist. Mit der Behauptung, Attacs Einsatz für eine Finanztransaktionssteuer und Vermögensabgabe diene keinem gemeinnützigen Zweck, hatte das Frankfurter Finanzamt im Frühjahr 2014 Attac die Gemeinnützigkeit entzogen.

» <http://t1p.de/gwor>

WIR TRAUERN um Edgar Guhde



Foto: privat

Edgar Guhde ist tot. Am 19. Januar, einen Tag nach seinem 81. Geburtstag, mailte er seine letzte Tierschutzmeldung für die Rubrik „Bitte protestieren“, dreieinhalb Wochen später, am 14. Februar, verstarb er in seiner Heimatstadt Düsseldorf.

Der ÖDP-Bundesparteitag in Ingolstadt gedachte seiner mit einer Schweigeminute. Als Tierrechtler, Mitstreiter und Freund hat er viele Menschen inspiriert und ermutigt, für Tier- und Menschenrechte einzutreten.

1981 war Edgar Guhde zweiter stellvertretender Bundesvorsitzender der Grünen Aktion Zukunft (GAZ), aus der die ÖDP hervorging, von 1983 bis 1998 Mitglied des Kreisvorstands der ÖDP Düsseldorf, von 1984 bis 1986 als Schatzmeister Mitglied im ÖDP-Bundesvorstand, von 1984 bis 1998 Redakteur der ÖkologiePolitik, von 1984 bis 1995 Mitarbeiter der ÖDP-Bundesgeschäftsstelle in Bonn und bis 1997 Mitglied in der Bundesprogrammkommission.

Wir danken Edgar Guhde für seinen unermüdlichen Einsatz und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

(CSU) unterwandert ein umfassendes Verbot dieser Pestizide und höhlt das momentan in Deutschland geltende Teilverbot mit zahlreichen Ausnahmen aus.

» <http://t1p.de/l7cp>

Ozeane erwärmen sich schneller

Wie aus einer Studie der Chinesischen Akademie der Wissenschaften hervorgeht, vollzog sich die Erwärmung der Weltmeere in den vergangenen Jahrzehnten um 13 % schneller als bisher vermutet. Zudem dringt die Wärme in immer größere Tiefen vor: Seit etwa 1990 erhöhen sich die Temperaturen auch in einer Tiefe von mehr als 700 m. Am stärksten war der Temperaturanstieg in den südlichen Ozeanen sowie in den tropischen und subtropischen Regionen des Pazifischen und des Atlantischen Ozeans.

» <http://t1p.de/c4pg>

Müll bedroht maritime Tierwelt

Vom Müll in den Weltmeeren sind besonders Seevögel und Fische betroffen. Nach einer aktuellen Untersuchung verzehren ihn 34 % der untersuchten Organismen, 31 % der Arten besiedeln ihn und 30 % verstricken



Foto: Günther Hartmann

sich in ihm. Die Zahl der betroffenen Arten steigt ständig an und liegt momentan bei 1.220. Jedes Jahr gelangen bis zu 13 Mio.t Plastikmüll in die Weltmeere. Das Mittelmeer ist dabei eine der am stärksten verunreinigten Regionen.

» <http://t1p.de/0lzm>

Bücher

Ethik & Ressourcenwende

Friedrich Schmidt-Bleek
Die 10 Gebote der Ökologie
 Ludwig, Oktober 2016
 272 Seiten, 19,99 Euro
 978-3-453-28086-1



Bisher konzentrieren sich Umweltschutzmaßnahmen auf das nachträgliche Reparieren einzelner ausgewählter Fehlentwicklungen. Sinnvoller wäre eine Vorsorgepolitik, die nicht Symptome bekämpft, sondern Probleme bei den Wurzeln anpackt – zumal diese oft so miteinander verwoben sind, dass sie sich nur als Gesamtsystem erfassen und lösen lassen. Dieser Gedanke führt zum 1. Gebot: „Du sollst die Lebensräume aller Lebewesen achten.“ Dies wiederum ist nur möglich, wenn wir Ressourcen sparen – das 2. Gebot. Und wie das gehen kann, beschreiben die Gebote 3 bis 9: auf den ökologischen Rucksack und an die Natur denken; nur besitzen, was man wirklich braucht; den Verbrauch um den Faktor 10 reduzieren; Abfall und Emissionen meiden; sich ökologisch fortbewegen. Ein Ratschlag über das Buch hinaus ist das 10. Gebot: „Du sollst dich informieren.“ (ub)

Demokratie & Politikverdrossenheit

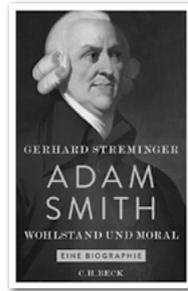
Hans Herbert von Arnim
Die Hebel der Macht
 und wer sie bedient – Parteienherrschaft statt Volkssouveränität
 Heyne, Februar 2017
 448 Seiten, 21,99 Euro
 978-3-453-20142-2



Der bekannte Verfassungsrechtler und Parteienkritiker beschreibt, wie sich die Politik verselbstständigt hat und nicht mehr dem Volk dient, sondern sich selbst. Ämterpatronage untergräbt die Leistungsfähigkeit und Neutralität der Verwaltung sowie die Motivation der Mitarbeiter. Parteien- und Staatsverdrossenheit machen sich in der Bevölkerung breit, zumal der Einfluss der Bürger auf die Politik immer geringer wird. Ein Ausweg sind nur grundlegende Änderungen im politischen System: eine Reform des Wahlrechts und die Einführung direkter Demokratie auf Bundesebene. (gh)

Eigennutzstreben & Gemeinwohl

Gerhard Streminger
Adam Smith
 Wohlstand und Moral
 C.H. Beck, Februar 2017
 254 Seiten, 24,95 Euro
 978-3-406-70659-2



Weil er sagte, geschäftlicher Eigennutz nütze der ganzen Gesellschaft, gilt er als Vater des Raubtierkapitalismus. Damit tut man ihm unrecht. Diese Biografie zeigt ihn als Denker des Ausgleichs und der Solidarität. Sie stellt den ganzen Smith vor, den Philosophen, der ökonomisches Denken und Moralphilosophie eng verbunden hat. Die „Unsichtbare Hand des Marktes“ und die „Sichtbare Hand des Staates“ müssen zum Wohl der Menschen eng zusammenarbeiten, war seine Grundüberzeugung. Beide sind notwendig. Eine allein reicht nicht aus. (gh)

Klimawandel & Flüchtlingsströme

Dina Ionesco, Daria Mokhnacheva,
 Francois Gemenne
Atlas der Umweltmigration
 oekom, April 2017
 176 Seiten, 22,00 Euro
 978-3-86581-837-9



Ende 2015 waren weltweit 65 Mio. Menschen auf der Flucht. In den nächsten Jahrzehnten könnten weitere 200 Mio. hinzukommen, die aufgrund steigender Meeresspiegel, wegen Dürren oder Trinkwassermangel ihre Heimat verlassen. Zahlreiche Grafiken und detaillierte Karten liefern eine Fülle an Informationen über die Zusammenhänge von Umweltkatastrophen, Klimawandel und Migration auf allen Kontinenten. Würde an den richtigen Stellen schnell gehandelt, ließen sich viele humanitäre Katastrophen und Fluchtursachen bekämpfen. (gh)

Erdgas, Macht & Krieg

Michael Lüders
Die den Sturm ernten
 Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte
 C.H. Beck, März 2017
 176 Seiten, 14,95 Euro
 978-3-406-70780-3



„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt“, sagte der große SPD-Politiker Egon Bahr 2013 einer Schulklassen. Michael Lüders zeigt in seinem Buch auf, welche Staaten im Syrienkrieg welche Interessen verfolgen und mit welchen Mitteln sie diese Interessen durchsetzen wollen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei ein großes Erdgasvorkommen am Persischen Golf. Doch nicht nur. Es geht auch um übergeordnete militärstrategische Ziele. (gh)

Armut & Sozialstaatlichkeit

Ulrich Schneider
Kein Wohlstand für alle!?
 Wie sich Deutschland selber zerlegt und was wir dagegen tun können
 Westend, Februar 2017
 240 Seiten, 18,00 Euro
 978-3-86489-161-8



Der Titel bezieht sich auf Ludwig Erhards bekanntes Buch „Wohlstand für alle“. Dass diese Leitidee schon lange nicht mehr gilt, beschreibt der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, indem er Ausmaß und Ursachen der sozialen Spaltung aufzeigt. Dabei geht es nicht nur um die 15 % der deutschen Bevölkerung, die offiziell als arm gelten, sondern auch um die 40 %, die keine Ersparnisse haben, die als Leiharbeiter nur befristete Arbeitsverträge mit geringen Einkommen erhalten, die spätestens im Alter arm sein werden. Die sozialen Verwerfungen sind kein Zufall und keine Naturgesetzlichkeit, sondern das Ergebnis neoliberaler Politik. Schneider fordert eine Umkehr, eine Restauration des Sozialstaates und zeigt auf, welche Maßnahmen dafür notwendig sind. (gh)

Erneuerbare Energien & ihre Gegner

Claudia Kemfert
Das fossile Imperium schlägt zurück
 Warum wir die Energiewende jetzt verteidigen müssen
 Murmann, April 2017
 132 Seiten, 14,90 Euro
 978-3-86774-566-6



Die ständige Wiederholung von Fake-Argumenten unterminierte die Energiewende und führte dazu, dass die Politik sie

immer stärker ausbremste. Die Professorin für Energiewirtschaft entlarvt die Fake-Argumente und deren Verbreiter, u.a. Forschungseinrichtungen, die sich angeblich um die Energiewende kümmern, wie die AGORA. So blockiert Deutschland in Brüssel Emissionsgrenzwerte und fördert Fossile Energien immer noch deutlich mehr als Erneuerbare Energien. (gh)

Lebensstil, Ausbeutung & Umweltkrise

Ulrich Brand, Markus Wissen
Imperiale Lebensweise
 Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus
 oekom, März 2017
 224 Seiten, 14,95 Euro
 978-3-86581-843-0



Unsere Produktions- und Konsummuster führen zu hohen sozialen und ökologischen Kosten und erfordern einen überproportionalen Zugriff auf Energien, Rohstoffe und Arbeitskräfte der restlichen Welt. Das Buch liefert eine umfassende Krisenbeschreibung, wie unwirksam die aktuellen Strategien der Problemlösung sind, und fordert eine umfassende „sozial-ökologische Transformation“. Unsere aktuelle Lebensweise ist nicht global verallgemeinerbar, sondern beruht auf Exklusivität. Deshalb nennen die Autoren sie „imperial“. (gh)

Anpassung, Wut & Rechtsradikalismus

Hans-Joachim Maaz
Das falsche Leben
 Ursachen und Folgen unserer normopathischen Gesellschaft
 C.H. Beck, März 2017
 256 Seiten, 16,95 Euro
 978-3-406-70555-7



Ein Normopath führt ein „normales“, ein gänzlich angepasstes Leben. Doch das ist unecht und macht krank, sagt der Autor, ein Psychoanalytiker und Psychiater. Wer sich ständig dem gesellschaftlichen Anpassungsdruck unterwirft, bei dem staut sich Wut an, und die wird dann bei Gelegenheit an Schwächeren oder am „System“ abregiert. Das Buch untersucht Phänomene wie Pegida und AfD, aber auch die Selbstgerechtigkeit der politischen Elite, um ein scharfes Bild unserer Gesellschaft und des Lebens in ihr zu zeichnen. (gh)

Beschleunigung und Burn-out

„Die Zeit-ist-Geld-Logik kennt kein Genug“

Nahezu alle Lebensbereiche scheinen sich zu beschleunigen. Zeitdruck und Stress nehmen zu – auf Kosten von Wohlbefinden und Gesundheit. Doch was fehlt uns eigentlich, wenn wir über zu wenig Zeit klagen? Was vermissen wir? An was mangelt es? Es ist nicht die pure Zeit, die uns fehlt, behauptet ein Zeitforscher, sondern etwas anderes.

Interview mit Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Geißler, woher kommt das Gefühl, dass die Zeit immer schneller vergeht?

Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler: Die Zeit vergeht nicht immer

unseren Alltag – und das macht die Zeit eng. Wir haben nicht zu wenig Zeit, sondern in ihr zu viel zu tun. Zeit zu sparen ist der größte Volkssport des westlichen Menschen.

„Wir überfrachten unseren Alltag – und das macht die Zeit eng. Wir haben nicht zu wenig Zeit, sondern in ihr zu viel zu tun.“

schneller, wir Menschen stopfen nur immer mehr in sie hinein. Früher gab es nur ein paar Fernseh- und Radioprogramme, heute erheblich mehr, dazu noch Internet, Smartphone, WhatsApp, Facebook und Twitter. Wir lassen uns permanent überschütten mit Nachrichten, nehmen immer mehr Ereignisse wahr. Die Informationsdichte wird immer größer – und das verdichtet unsere Zeit. Deshalb empfindet sich der heutige Mensch als gehetzt. Er wünscht sich, mehr Zeit zu haben, obwohl er eigentlich immer mehr davon hat. Die Lebenserwartung hat sich in Deutschland in den letzten 130 Jahren verdoppelt und liegt nun bei 80 Jahren. Zugleich hat sich die Arbeitszeit von rund 60 auf weniger als 40 Wochenstunden verringert. Aber wir überfrachten

Und die vermeintlich gewonnene Zeit wird dann umgehend wieder verplant – und zum Zeitsparen verwendet.

Warum beschäftigen Sie sich so intensiv mit der Zeit?

Seit ich im Alter von fünf Jahren an Kinderlähmung erkrankte, war ich mein ganzes Leben zur Langsamkeit gezwungen. Zunächst lag ich ein Jahr im Bett und musste anschließend aufgrund der Krankheitsfolgen viele Nachteile erleiden. Irgendwann habe ich mich gefragt, ob ich etwas kann, was andere nicht können. Nun, ich kann beispielsweise gut warten, was unsere Gesellschaft weitgehend verlernt hat. Und ich habe ein gutes Gespür für meinen eigenen Körper-Rhythmus.

Tragen Sie deshalb seit 30 Jahren keine Uhr?



Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler, Jahrgang 1944, studierte Philosophie, Ökonomie und Pädagogik, promovierte, arbeitete zunächst als Lehrer, dann in Forschung und Lehre an verschiedenen Hochschulen. Von 1975 bis 2006 war er Professor für Wirtschaftspädagogik an der Universität der Bundeswehr in München. Er ist Mitgründer der „Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik“ und Leiter des Beratungsinstituts „timesandmore“.

www.timesandmore.com

Ja! Ich habe aber auch schon vorher Uhren eher selten getragen. Uhren sind moderne Diktatorinnen. Ich ertrage sie, aber ich trage

sie nicht auch noch. Und ich lasse mich auch nie von einem Wecker wecken. Trotzdem wache ich jeden Morgen um 8 Uhr auf – allerdings nicht ganz exakt, sondern ein paar Minuten früher oder später. Unser Körper ist – wie alle Natur – rhythmisch organisiert. Die Uhr drängt ihm ein völlig anderes Muster der Zeitorganisation auf: den Takt. Und das ist nicht gut für ihn.

Wo liegt der Unterschied zwischen Rhythmus und Takt?

Der Rhythmus ist Wiederholung mit Abweichung. Der Takt ist Wiederholung ohne Abweichung. Bei einer Uhr dauert eine Minute exakt 60 Sekunden. Wäre sie rhythmisch, wäre ein Minute einmal 65 und einmal 55 Sekunden lang. Der Takt ist präzise – und läuft damit unserer Natur zuwider. Das menschliche Herz schlägt auch nicht im Takt, sondern rhythmisch. Wir ignorieren unsere Natur. In weniger „ent-

„Unser Körper ist – wie alle Natur – rhythmisch organisiert. Die Uhr drängt ihm ein völlig anderes Muster der Zeitorganisation auf: den Takt.“

wickelten“ Ländern legen sich die Menschen hin, wenn sie müde sind, und schlafen. Sie reagieren auf ihre Natur. In Deutschland ist das heute undenkbar. Dass wir unsere Natur, unsere Rhythmen nicht beachten, ist wohl ein Grund dafür, weshalb bei uns so viele Menschen Zeitprobleme haben und einen Herzinfarkt oder Burn-out erleiden.

Wie kam es zum Diktat des Takts?

Durch die Erfindung der mechanischen Uhr vor rund 600 Jahren – wahrscheinlich von einem Mönch in einem Kloster bei Mailand. Sie sollte eigentlich nur dazu dienen, die Gebetszeiten besser einzuhalten, entfaltete dann aber eine weit da-



rüber hinausgehende Wirkung. Bis dahin hatten sich die Menschen an den Rhythmen der Natur orientiert: an der Sonne. Sonnenaufgang und -untergang bestimmten die Tages-

Zeit. Durch die Uhr gehörte sie jetzt auch den Menschen. Sie begannen sich als selbstständiges, gestaltetes Individuum zu betrachten – vor allem die Kaufleute in den großen Handelsstädten wie Mailand, Florenz, Venedig, Genua und Pisa. Durch die Uhr konnten sie ihr Tun präziser organisieren. Sie entfernten Natur und Glauben aus der Zeit und füllten die Leere mit einem neuen Inhalt: mit Geld. Die ersten Banken wurden gegründet, das Zinsverbot aufgehoben, die doppelte Buchführung erfunden, auch

„Dass wir unsere Natur, unsere Rhythmen nicht beachten, ist wohl ein Grund, weshalb viele Menschen einen Herzinfarkt oder Burn-out erleiden.“

Das änderte sich mit der Einführung mechanischer Uhren. Wahrscheinlich hätte der Mönch seine Erfindung zurückgezogen, wenn er geahnt hätte, was er damit auslöst.

Was löste er denn aus?

Bis dahin war für die Menschen allein Gott der Herrscher über die

ersten Versicherungen – letztlich der moderne Kapitalismus. „Time is money“, lautet sein Motto – formuliert im Jahr 1748 von Benjamin Franklin, einem der Gründerväter der USA.

Wie war das in anderen Kulturen? Als die Jesuiten im 17. Jahrhun-

dert nach China reisten, brachten sie dem Kaiser schöne Schmuckuhren als Geschenk mit, doch der hatte dafür keine Verwendung und lagerte sie in der Spielzeugabteilung seines Palastes. Die Japaner hatten bis 1871 nicht einmal ein Wort für die Zeit und deshalb auch keine Zeitmessung.

Wie hat sich die Uhr auf unseren Alltag ausgewirkt?

Seit dem 19. Jahrhundert hat sich unsere durchschnittliche Schlaf-

schleunigung wird zum Ewigkeitsersatz“, sagt der Soziologe Hartmut Rosa.

Was empfehlen Sie als „Heilmittel“?

Mehr Ruhe, mehr Gelassenheit, mehr Stabilität: vor allem durch Rituale. Das kann eine Kaffeepause sein, bevor man mit etwas Neuem beginnt, oder eine Pause, ein Spaziergang, ein Spiel mit den Kindern. Rituale entlasten von Zeitentscheidungen. Stress entsteht auch, wenn zu viel über Zeit entschieden wer-

Ich genieße sie. Wartezeiten bieten Gelegenheiten, mit Menschen zu reden, mit denen ich sonst nie rede, etwas zu betrachten, was ich sonst nie wahrgenommen hätte. Wartezeiten fördern die Fantasie und die Kreativität. Mir werden schlagartig Dinge klar, die mir vorher unklar waren. Mir fallen Dinge ein, die mir sonst nie eingefallen wären. Die Zeit des Wartens ist eine sehr produktive Zeit.

Welche Rituale pflegen Sie?

Vor allem Übergangsrituale von einem Tun zum anderen. Zwischen Frühstück und Arbeitsbeginn lese ich die Zeitung. Zwischen dem Schreiben mit der Hand und dem Übertrag in den Computer mache ich mir einen Espresso – selbstgemacht, ohne Automat. Ich mache eine etwa 80-minütige Mittagspause mit einem 10-minütigen Kurzschlaf, anschließend wieder ein Espresso und dann Fortsetzung der Arbeit.

Ist ein Sabbatical geeignet, dem Burn-out zu entkommen?

Wenn es auch als Zeit der Ruhe, des Zusichkommens und des Nachdenkens genutzt wird: ja. Aber meist wird es das nicht, häufig wird

den muss. Wiederholungen reduzieren Stress. Wir sollten die Zeit wie einen Käse betrachten, wie einen Emmentaler, mit festen Teilen und mit Löchern. Das Feste sind die Rituale. Sie formen die Löcher, die dann mit verschiedenen Aktivitäten gefüllt werden können. Die Zeit braucht eine klare Struktur, braucht Anfänge, Abschlüsse und Übergänge. Ich mache beispielsweise nur wenige Termine – und keine

direkt hintereinander, sondern mit vielen Spielräumen dazwischen. Ich leiste mir den Luxus, elastisch mit der Zeit umzugehen, das mir angenehme und angepasste Tempo zu bestimmen. Das ist eine andere Form von Wohlstand. Geld- und Güterwohlstandsgewinne tausche ich in Zeitwohlstandszuwächse.

Was machen Sie in der Zeit zwischen zwei Terminen?

es zur Ablenkung und zur Flucht genutzt. Wir haben das Nichtstun verlernt. Nichtstun gilt als verlorene Zeit, als Skandal, als etwas Unerträgliches. Es ist heute doch auffällig: Sobald irgendwo eine Pause ist, in der nichts zu tun ist und nichts passiert, wird sofort mit dem Smartphone gespielt. Dieses ständige Aktivsein überfordert uns aber auf Dauer. Wir brauchen ein rhyth-

misches Wechselspiel von Aktivität und Passivität, von Schnelligkeit und Langsamkeit, Flüchtigkeit und Dauer. Das muss in den Alltag integriert werden. Wellness-Wochenenden werden meist gemacht, um in der Arbeit weiterhin zu funktionieren, besser zu funktionieren, und nicht um Distanz zum Alltagstrubel zu bekommen. Doch genau das wäre sinnvoll.

Liegt da die Hauptverantwortung beim Einzelnen?

Prinzipiell ja, aber das grenzenlose Wachstums- und Beschleunigungsstreben unserer Ökonomie widerspricht den Rhythmen des Lebens eklatant. Ihre Zeit-ist-Geld-Lo-

recht aktiv. Es ist sicher nicht gut, im Berufsleben unter Dauerstress zu stehen und sich dann im Ruhestand zu langweilen. Besser wäre, das „Rentenalter“ über das ganze Leben zu verteilen. Es sollte die Möglichkeiten geben, mal eine längere Phase „Zeit für sich“ zu haben oder Zeit, um einen Angehörigen zu pflegen – und dafür finanziell abgesichert zu sein.

Oder um seine Kinder zu erziehen?

Genau. Dafür sollte ein Elterngeld in angemessener Höhe gezahlt werden. Man sollte auch in der Mitte des Lebens mal über einen längeren Zeitraum langsam sein dürfen

„Das, was unser Leben lebens- und liebenswert macht, sind vor allem die Zeiten, die wir nicht zählen und nicht verplanen.“

gik kennt kein Genug. Ihr Konkurrenzsystem führt zu permanenter Unruhe. Sich dem zu widersetzen, ist nicht einfach. Dazu braucht es Mut und Entschlossenheit – und vor allem: bewussten Verzicht. Gerade angesichts der ständigen Zunahme an Optionen, etwas zu tun, leiden viele Menschen heute nicht nur an dem, was sie machen, sondern auch an dem, was sie gerade nicht machen. Da braucht es einfach klare und konsequente Entscheidungen, was in einer Situation gerade dran ist und was nicht. Man muss lernen, in sich hineinzuhorchen, Prioritäten zu setzen und öfter Nein zu sagen. Um Zeit zu haben, muss man nichts tun, um keine Zeit zu haben, ganz viel!

Sollten wir neben dem Alltag auch unser Leben rhythmisieren, in Phasen verschiedener Zeitqualitäten gliedern?

Auf jeden Fall. Ich bin ja nun auch schon 72 Jahre alt und noch

– und im Alter schnell. Was unserer Gesellschaft und ihren Mitgliedern gut täte, das ist mehr Zeitvielfalt.

Was ist Zeit eigentlich?

Eine allseits zufriedenstellende Definition gibt es nicht. Zeit ist eine Vorstellung vom Werden und Vergehen. Zeit ist für uns das, was für Fische das Wasser ist: das Element, in dem wir uns bewegen. Wenn wir die Zeit mit einem Fluss vergleichen, dann weist der Untiefen, Verwirbelungen, Stromschnellen, Verästelungen, Schleifen und Seitenarme auf. Das Zeitverständnis der Techniker und Ökonomen dagegen ähnelt einem begradigten und in ein Kanalbett gezwängten Fluss. Es herrscht hier keine Zeitvielfalt mehr, sondern nur noch Zeiteinfalt. Wir brauchen aber nicht nur Stunden, sondern auch Stündchen, nicht nur Termine, sondern auch Augenblicke, nicht nur Fortschritt, sondern auch Stillstand und Rückschau. Das, was un-

BUCHTIPPS

Karlheinz A. Geißler, Jonas Geißler
Time is honey
Vom klugen Umgang mit der Zeit
oekom, März 2015
256 Seiten, 17,95 Euro
978-3-86581-706-8



Karlheinz A. Geißler
Alles hat seine Zeit, nur ich hab keine
Wege in eine neue Zeitkultur
oekom, Februar 2014
272 Seiten, 12,95 Euro
978-3-86581-465-4



Karlheinz A. Geißler
Entthet Euch!
Weniger Tempo – mehr Zeit
Hirzel, August 2013
248 Seiten, 19,80 Euro
978-3-7776-2357-3



Karlheinz A. Geißler
Lob der Pause
Von der Vielfalt der Zeiten und der Poesie des Augenblicks
oekom, September 2012
152 Seiten, 14,95 Euro
978-3-86581-320-6



ser Leben lebens- und liebenswert macht, sind vor allem die Zeiten, die wir nicht zählen und nicht verplanen. Zeit zu sparen spart keine Zeit, sondern Leben, Erfahrungen und Erlebnisse. Nur wenn ein Menschenrecht auf Zeit zugleich auch als Naturrecht auf eine eigene Zeitanatur verstanden und akzeptiert wird, lässt sich maßvoll, zufrieden, gesund und würdig leben.

Herr Prof. Geißler, besten Dank für das interessante Gespräch. ■

Leben im Neoliberalismus

„Die Persönlichkeit ist zur Ware geworden“

Der Neoliberalismus ist mehr als eine Wirtschaftstheorie. Er ist eine Weltanschauung und beeinflusst unser Leben viel stärker, als uns das bewusst ist. Marktgläubigkeit, Konkurrenzdenken und Selbstbezogenheit prägen unseren Alltag, unsere Persönlichkeit und unsere Verhaltensmuster. Die Zusammenhänge zu erkennen, ist schwierig.

Interview mit Dr. Patrick Schreiner

ÖkologiePolitik: Herr Schreiner, Sie beschreiben in Ihrem neuen Buch 18 Sichtweisen auf das Leben im Neoliberalismus. Lässt es sich tatsächlich so schwer fassen?

Dr. Patrick Schreiner: Vermutlich kann man gesellschaftliche Entwicklungen und Phänomene – und damit auch den Neoliberalismus – auf unendlich viele Weisen betrachten. Das ist aber, glaube ich, hier

spielen dabei Emotionen, welche die Vernunft? Was haben Macht und Autorität mit Neoliberalismus zu tun?

Was hat der Neoliberalismus mit den neuen Rechtstendenzen zu tun?

Damit habe ich mich zwar in meinem Buch nicht näher befasst, aber einen Zusammenhang sehe ich da durchaus. Ein Gefühl des Kontrollverlusts dürfte für die ak-

„Niemand lenkt zentral. Von Antonio Gramsci und Michel Foucault können wir lernen, wie komplex soziale Prozesse sind.“

nicht der springende Punkt. Meine Motivation war, auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage nach dem Warum 18 sehr unterschiedliche Sichtweisen klassischer und aktueller Denkerinnen und Denker heranzuziehen. So kann ich mir selbst und hoffentlich den Leserinnen und Lesern sehr vielfältige Zusammenhänge verdeutlichen. Was macht übertriebene Marktgläubigkeit mit den Menschen? Welche Vorstellung entwickeln sie von sich selbst? Warum? Und welche Rolle

tuellen Erfolge der Rechten ebenso eine Rolle spielen wie ein verletztes Gerechtigkeitsempfinden. Beides dürfte ganz wesentlich Folge neoliberaler Politik sein, eine Folge von Globalisierung, Markttextremismus und Entsolidarisierung. Zugleich kommt beim individuellen Umgang mit diesen Empfindungen eine neoliberale Moral zum Tragen: Ellbogenmentalität, Vereinzelung, Konkurrenzdenken.

Beruht der Erfolg des Neoliberalismus darauf, dass er der menschi-



Foto: DGB/Langreder

Dr. Patrick Schreiner, Jahrgang 1978, ist promovierter Politikwissenschaftler und als hauptamtlicher Gewerkschafter sowie Publizist tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Finanz- und Wirtschaftspolitik, Verteilung und politische Theorie. Seit 2012 betreibt er den Blog „annotazioni.de“, 2015 und 2017 veröffentlichte er Bücher über das Leben im Neoliberalismus.

www.annotazioni.de

chen Natur entgegenkommt? Oder widerspricht er ihr eigentlich?

Die soziale Prägung des Menschen reicht sehr weit. Daher halte ich es für zielführend, geschichtliche Prozesse und gesellschaftliche Zusammenhänge zu durchleuchten, um zu verstehen, wieso Menschen so sind, wie sie sind, und weshalb sie so handeln, wie sie es tun. Ich denke nicht, dass es eine feste „Natur des Menschen“ gibt.

Inwieweit kann die Lektüre von Karl Marx, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno zum Verständnis des Neoliberalismus und des Lebens in ihm beitragen?

Im Neoliberalismus ist die Persönlichkeit des Menschen selbst zur Ware geworden. Umgekehrt wird in Persönlichkeitsentwicklungstrainings und ähnlichen Angeboten die Veränderung von Persönlichkeit

als Ware angeboten. Wir verkaufen uns – und kaufen Dienstleistungen, mit denen wir das zu Verkaufende optimieren wollen. Marx' Entfremdungstheorem ist eine Möglichkeit, die Zusammenhänge hinter allem aufzudröseln. Horkheimer und Adorno wiederum haben mit ihren Überlegungen zur kapitalistischen

Eine neoliberale Moral lässt sich aus einer allgemeineren kapitalistischen Moral ableiten, für deren Verständnis wiederum die Überlegungen Webers und Hayeks interessant sind. Bei beiden steht der Erfolg am Markt im Mittelpunkt einer solchen Moral. Weber leitet sie aus einer protestantischen Ethik ab. Hayek argu-

„Der erste Schritt ist, sich über die Problematik, aber auch über die innere Logik des Neoliberalismus klar zu werden.“

„Kulturindustrie“ eine sehr düstere Analyse der modernen Kultur und Medien vorgelegt. Führt man sich vor Augen, wie wichtig Medien für das Vermitteln neoliberaler Ideologie sind, so wird ihre Relevanz für ein Verstehen neoliberaler Gesellschaften deutlich.

Welche Aspekte haben diese drei übersehen?

Vermutlich den Aspekt der inneren Antriebe und der positiven Gefühle, mit denen viele Menschen der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Waren und Ideologien gegenüberstehen. Wobei „übersehen“ vielleicht etwas streng klingt, denn keine Theorie kann und sollte immer alles erfassen.

Hat der Neoliberalismus eine Moral? Was sagen Max Weber und Friedrich August von Hayek dazu?

mentiert stärker normativ: Er will zeigen, dass die kapitalistische Moral die richtige und überlegene Leitschnur darstellt. Und während bei Weber die Menschen diese Moral von sich aus bzw. aus ursprünglich religiösen Motiven nicht hinterfragen, betont Hayek stärker das Sollen. Er begründet sehr ausführlich, warum wir sie nicht hinterfragen dürfen.

Wer steuert denn heute die Entwicklung und wie?

Niemand steuert irgendetwas. Natürlich gibt es in einer kapitalistischen Gesellschaft unterschiedliche Kräfte und Interessen, die sich oft auch antagonistisch gegenüberstehen. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit ist sicherlich der zentralste. Aber das bedeutet nicht, dass die mächtigere Seite irgendetwas zentral lenkt. Von so unterschiedli-

BUCHTIPPS

Patrick Schreiner
Warum Menschen sowas mitmachen
Achtzehn Sichtweisen auf das Leben im Neoliberalismus
PapyRossa, Februar 2017
165 Seiten, 13,90 Euro
978-3-89438-632-0

Patrick Schreiner
Unterwerfung als Freiheit
Leben im Neoliberalismus
PapyRossa, Januar 2015
128 Seiten, 11,90 Euro
978-3-89438-573-6



chen Autoren wie Antonio Gramsci und Michel Foucault, aber auch von Marx' Fetischismus-Begriff können wir lernen, wie komplex soziale Prozesse und wie wichtig das Zutun jedes einzelnen Menschen sowie das Handeln sozialer Gruppen und Klassen für gesellschaftliche Entwicklungen sind.

Wie kann man diese Entwicklung bremsen oder umkehren?

Der erste Schritt ist sicherlich, sich über die Problematik, aber auch über die innere Logik des Neoliberalismus klar zu werden. Und wie auch immer dann der zweite Schritt im Detail aussehen mag: Eine andere Gesellschaft lässt sich gewiss nur gemeinsam und solidarisch erreichen. Zu glauben, das eigene Glück in sich selbst oder im Zusammensein einer Kleingruppe – Familie, Freundeskreis, Betrieb, Kommune – zu finden, halte ich für irrig. Wir können in einer neoliberalen Gesellschaft nicht nicht-neoliberal leben.

Herr Schreiner, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Foto: Rainer Sturm/pixello.de

Digitale Bildung

Geschäft auf Kosten der jungen Generation

Die Mobilfunktechnologie wurde durchgesetzt ohne Rücksicht auf die mit ihr einhergehenden gesundheitlichen Gefahren. Und ohne Rücksicht auf die psychosozialen Gefahren. Aufklärung ist notwendig, wird aber von den Behörden bisher kaum betrieben. Denn der Staat ist am Milliardengeschäft beteiligt. Und nun will er es auch noch auf die Schulen ausweiten.

von Peter Hensinger

Auf Schritt und Tritt zu beobachten: gebückte Jugendliche, die auf ihr Smartphone starren. 1998 gab es in der „Jugendstudie zur Mediennutzung“ noch kein Kapitel über Handys, 2011 besaßen 26 % der Jugendlichen ein Smartphone, 2016 dann schon 92 %. Sie nutzen es fast ununterbrochen – vom Aufstehen bis zum Schlafengehen. Nun stehen wir vor einer neuen Entwicklungsstufe: Das Smartphone und der Tablet-PC sollen zentrale Erziehungsmedien werden. Bundeswissenschaftsministerin Johanna Wanka stellt 5 Mrd. Euro bereit, um Schulen mit digitalen Endgeräten und WLAN auszustatten. Bei Bitkom-Firmen dürften die Sektorkorken geknallt haben, bei vielen Pädagogen, Neurobiologen, Psychiatern, Psychologen und Erziehern herrscht Entsetzen.

Nicht in mehr Lehrern, nicht in kleineren Klassen, nicht in Schulpsychologen und Schulsozialarbeitern, nicht in Theater- und Kunst-AGs, nicht in intakten Schulgebäuden wird investiert, sondern in technische Geräte. Die Bundesländer sollen pädagogische Konzepte für den Einsatz der digitalen Lerntechni-

ken entwickeln, gemeinsame Standards für den Umgang mit dieser Technik festlegen und für eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Lehrer sorgen. Tatsache ist aber: Alle Schulversuche mit digitalen Medien sind bisher gescheitert. Die Evaluationsberichte werden igno-

riert. Denn es handelt sich hier gar nicht um ein pädagogisch begründetes Bildungskonzept, sondern um ein Vermarktungskonzept von Anbietern und um eine Anpassungsstrategie für neoliberale Gesellschaftsziele.

Wie Bildung in 20 Jahren aussehen soll, verriet in der Wochenzeitung „Die Zeit“ Prof. Fritz Breithaupt: „2036 werden Eltern schon für ihre 5 Jahre alten Kinder einen virtuellen Lehrer abonnieren. Die Stimme des Computers wird uns durchs Leben begleiten. Vom Kindergarten über Schule und Universität bis zur beruflichen Weiter-

bildung. Der Computer erkennt, was ein Schüler schon kann, wo er Nachholbedarf hat, wie er zum Lernen gekitzelt wird. Wir werden uns als lernende Menschen neu erfinden. Dabei wird der zu bewältigende Stoff vollkommen auf den Einzelnen zugeschnitten sein.“

Rolle der Bertelsmann Stiftung

Das Heilsversprechen, die angebliche Bildungskrise mithilfe einer „Digitalen Bildung“ zu lösen, kommt aus PR-Agenturen der Industrie, insbesondere der Bertelsmann Stiftung. Deren Chefs Jörg Dräger und Ralph Müller-Eiselt preisen ihre Software begeistert an: „Knewton durchleuchtet jeden, der das Lernprogramm nutzt. Die Software beobachtet und speichert minutiös, was, wie und in welchem Tempo ein Schüler lernt. Jede Reaktion des Nutzers, jeder Mausklick und jeder Tastenanschlag, jede richtige und jede falsche Antwort, jeder

Seitenaufruf und jeder Abbruch wird erfasst. Jeden Tag sammeln wir Tausende von Datenpunkten von jedem Schüler. Diese Daten werden analysiert und zur Optimierung der persönlichen Lernwege genutzt. Komplexe Algorithmen schnüren individuelle Lernpakete für jeden einzelnen Schüler, deren Inhalt und Tempo sich fortlaufend anpassen, bei Bedarf in Minutentakt. Schon heute berechnet Knewton zuverlässig die Wahrscheinlichkeit richtiger und falscher Antworten sowie die Note, die ein Schüler am Ende eines Kurses erreichen wird. Eines Tages braucht es wohl keine Prüfungen

mehr – der Computer weiß bereits, welches Ergebnis herauskommen wird.“

Dass Bertelsmann als einer der größten Händler mit digitalen Profilen der Bundesbürger die Ausbreitung solcher Überwachungsprozesse forciert, wundert nicht. Die von seinem Unternehmen „AZ Direkt“ angebotenen 30 Mio. Datensätze „ermöglichen potenziell weitgehende Aussagen über die enthaltenen Personen und deren Interessen, Vorlie-

Es gibt keine „Digitale Bildung“ – ebenso wenig wie es eine „Digitale Psychotherapie“ gibt. Bildung hat eine soziale und eine geistige Komponente.

ben, Konsumverhalten, Lebenssituation, Lebensstil und ökonomische Situation“. Jeder Person sind 600 Profilm Informationen zugeordnet.

Ziele der „Digitalen Bildungsreform“

Bei der sogenannten „Digitalen Bildungsreform“ geht es nicht darum, Medien und Programme als Hilfsmittel einzusetzen, also z.B. Word, Excel oder PowerPoint zu nutzen, wissenschaftliche Versuche auszuwerten, statistische Berechnungen durchzuführen oder Filme zu drehen und zu schneiden. Es geht um sehr viel mehr: um eine Neuausrichtung des Erziehungswesens, um die Übernahme der Erziehung selbst durch digitale Medien ab der Kita, um eine „Schule ohne Lehrer“. So wie bei der Industrie 4.0 Maschinen die Produktion selbstständig steuern sollen, sollen Computer und Algorithmen das Erziehungsgeschehen steuern. Die Konzepte dafür liegen bereits ausgearbeitet vor.

Die angebliche Individualisierung des Lernens ist eine Entmündigung und nicht zuletzt ein Pro-

gramm zur Einsparung von Lehrern und Erziehern. Die Schüler sitzen vereinzelt am Bildschirm und bekommen Verhaltensmuster antrainiert, die industriellen Verwertungs- und Konsuminteressen nützen. Lehrer werden zu Lernbegleitern degradiert. Kreativität, Querdenken und Haltung entfallen, stattdessen stehen nur noch verwertbare „Kompetenzen“ im Mittelpunkt. „Das, was Breithaupt als Zukunft des Lernens propagiert, sind im Kern

totalitäre Systeme zur psychischen und psychologischen Manipulation und lebenslangen Steuerung von Menschen“, kritisiert der Medienwissenschaftler Prof. Ralf Lankau. „Beschrieben wird das systematische Heranziehen von Sozial-Autisten, die auf eine Computerstimme hören und tun, was die Maschine sagt.“

Banale Dressur anstelle von Bildung

Es gibt keine „Digitale Bildung“ – ebenso wenig wie es eine „Digitale Psychotherapie“ gibt. Bildung hat eine soziale und eine geistige Komponente. Sie findet ihren Niederschlag in der Entwicklung des Gehirns, des Denkens und des Sozialverhaltens – und dort gibt es nichts Digitales. Der Begriff „Digitale Bildung“ ist verräterisch. Er ist geprägt vom Glauben an die totale Messbarkeit der Welt, an die Steuerbarkeit kognitiver und sozialer Prozesse. Es ist die mechanistische Vorstellung, alles sei programmierbar. Descartes' „Ich denke, also bin ich“ mutiert zu „Meine Daten defi-



Foto: Helene Souza/pixello.de

nieren, wer ich bin“. Das Daten-Ich wird zum lebenslangen Über-Ich. „Algorithmen nehmen uns immer öfter das Suchen, Denken und Entscheiden ab“, schreibt das renommierte Gottlieb Duttweiler Institut. „Sie analysieren die Datenspuren, die wir erzeugen, entschlüsseln Verhaltensmuster, messen Stimmungen und leiten daraus ab, was gut für uns ist und was nicht. Algorithmen werden eine Art digitaler Schutzengel, der uns durch den Alltag leitet und aufpasst, dass wir nicht vom guten Weg abkommen.“

Richtig müsste es für die Schulen heute heißen: lernen mithilfe analoger und digitaler Medien. Bildung kann nur als lebendiges zwischenmenschliches Geschehen stattfinden, mit dem Ziel, die Persönlichkeit in sozialer Verantwortung zu entfalten. Bildung basiert auf Beziehung, entwickelt sich im personalen Bezug von Lehrenden und Lernenden. Die Ersetzung zwischenmenschlicher Beziehungen durch Smartphones, Tablet-PCs und Lernprogramme verhindert Bildung, ist letztlich nur eine Art Dressur.

Der Begriff „Digitale Bildung“ verschleiert, dass dahinter vor allem wirtschaftliche Verwertungs- und Konsuminteressen stehen. Alle Studienergebnisse zeigen, dass Laptop-Klassen „in den vergangenen zehn Jahren keine nennenswerten Ver-

besserungen der Schülerleistungen in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik oder Naturwissenschaften erzielen konnten. Die verstärkte Nutzung digitaler Medien führt offensichtlich nicht per se zu besseren Schülerleistungen. Vielmehr kommt es auf die Lehrperson an – so eine Studie für die Telekom aus dem Jahr 2015. Die Bundesregierung ist immun gegen Kritik aus der Wissenschaft und stellt Weichen für industrielle Schulkonzepte, die eine gesunde kognitive Entwicklung unserer Kinder massiv gefährden.

Gehirnforscher warnen vor Gefahren

Wankas 5-Milliarden-Beschluss macht den Weg frei für die tsunamihafte Ausbreitung von Tablet-PCs und Smartphones – obwohl

perten' bislang mehr oder weniger weigern, die Gefahren digitaler Medien mithilfe dessen, was wir aus der Gehirnforschung wissen, zu untermauern.“

Wie die gesamte Natur einen evolutionären Bauplan hat, so liegt auch der frühkindlichen Entwicklung des Gehirns ein Bau- und Entwicklungsplan zugrunde, der immer gleichen Regeln folgt und sich in der Regel auch nicht ändern oder beschleunigen lässt, betont die Neurobiologin Prof. Gertraud Teuchert-Noodt. Es sind vor allem die körperlichen Bewegungen eines Kleinkindes, die bestimmen, wie die ersten Funktionsmodule des Klein- und Großhirns reifen. Denn das Kleinhirn und die im Gehirn nachgeschaltete motorische Großhirnrinde regen über vielfältige Be-

Der Begriff „Digitale Bildung“ verschleiert, dass dahinter vor allem wirtschaftliche Verwertungs- und Konsuminteressen stehen.

die Gehirnforschung schon lange auf die Risiken hinweist. In der medizinischen Fachzeitschrift „Nervenheilkunde“ legte Prof. Manfred Spitzer eine aktuelle Auswertung des Forschungsstandes zu den Auswirkungen digitaler Endgeräte auf die kindliche Entwicklung vor: „Smartphones beeinträchtigen die Gehirnentwicklung, die Aufmerksamkeit, das Lernen und damit die Bildungskarriere. Unter dieser Perspektive kommt den negativen Auswirkungen des Smartphones auf die Entwicklung sozialer Fähigkeiten – von Empathie über Autonomie bis zur Demokratie – eine ganz besondere Bedeutung zu, auf die gerade in jüngster Zeit mit zunehmender Dringlichkeit hingewiesen wird. Es ist schade, dass sich die vielen ‚Ex-

wegungen die Denkleistungen an. Dazu müssen kleine Kinder differenzierte körperliche Aktivitäten ausüben, müssen ihre Hände verwenden, um Bilder zu malen, Knetfiguren zu formen und zu basteln, müssen purzeln, klettern und herumtollen. Fehlt diese räumliche Bewegung, so fehlt dem Gehirn quasi der Baustoff für seinen Weiterbau. Die Bautätigkeit erlahmt. Die Reduzierung sinnlicher Erfahrungen auf das Wischen und Tippen auf Smartphones und Tablets unterminiert die Vernetzung im Gehirn und damit die Entwicklung geistiger Fähigkeiten bei immer mehr Kindern. Durch die Digitalisierung werde uns die für Denkprozesse absolut notwendige neuronale Grundlage streitig gemacht, das sei das Er-

BUCHTIPPS

Harald Welzer
Die smarte Diktatur
Der Angriff auf unsere Freiheit
S. Fischer, April 2016
320 Seiten, 10,99 Euro
978-3-596-03552-6



Konrad Paul Liessmann
Geisterstunde
Die Praxis der Unbildung – Eine Streitschrift
Piper, März 2016
192 Seiten, 9,99 Euro
978-3-492-30850-2



Manfred Spitzer
Cyberkrank!
Wie das digitale Leben unsere Gesundheit ruiniert
Droemer, November 2015
432 Seiten, 12,99 Euro
978-3-426-30104-3



Gerald Lembke,
Ingo Leipner
Die Lüge der digitalen Bildung
Warum unsere Kinder das Lernen verlernen
Redline, März 2015
256 Seiten, 19,99 Euro
978-3-86881-568-9



gebnis ihrer Forschungen, schreibt Teuchert-Noodt.

Und nicht nur das: Falsche Baustoffe wie die Reizüberflutung können Sucht, Angst und lebenslang geminderte Lern- und Denkfähigkeiten hervorrufen.

Digitalisierung des Natürlichen

Was verändert sich bei Kindern und Jugendlichen, wenn sie die „analoge“ natürliche Welt nur noch bedingt erleben? Es entsteht Chaos auf der Baustelle des kindlichen

Gehirns. Bildschirm-Medien – egal ob Smartphones, Tablet-PCs oder Fernsehgeräte – schränken das Bewegungsverhalten der Kinder ein, denn sie halten sie vom Spielen im Freien ab. Der „Jugendreport Natur 2016“ brachte zutage, dass Natur nicht mehr spielerisch entdeckt und erlebt, sondern im Schulunterricht und im eigenen Zimmer „angelernt“ wird. Das Natürliche wird digitalisiert. Erschreckend ist vor allem das rasante Tempo, mit dem die Entfremdung von der Natur fortschreitet. Ein immer größerer Teil der Kinder wird von der virtuellen Welt gefesselt.

Das reale schöpferische Spiel unter Kindern als ein entscheidendes Erziehungsmittel wird ersetzt durch das Spielen in einer virtuellen Bildschirmrealität. „Welche Chance hat der Umweltschutz, die Artenvielfalt, die Achtung vor der Biosphäre“, fragt der Journalist Thomas Pany, „wenn die Jüngsten nur noch an Entertainment-Medien kleben und nicht mehr auf Bäume steigen, wenn ihr Bewegungsradius seit den 1970er-Jahren um 90 % abgenommen hat? Wenn nur mehr ein gutes Drittel der Kinder zwischen 8 und 12 Jahren einmal in der Woche

der digitalen Medien noch nicht gewachsen ist. Teuchert-Noodt spricht von „Hirnrhythmusstörungen“, die sich in Kopfschmerzen, Konzentrationschwäche und Schlafstörungen manifestieren. Wenn immer mehr

wer das Bildungsministerium berät: Akteure der IT-Wirtschaft. Von Bitkom und der Gesellschaft für Informatik (GI) über Microsoft bis SAP und Telekom sind alle vertreten. Nicht vertreten sind Kinderärzte,

Bildungspolitik darf nicht zum Türöffner für industrielle Verwertungsinteressen werden, sondern sollte dagegen immunisieren.

mediale Reize auf das Kind einströmen, erzeugt das aber auch Glücksgefühle – und die verlangen nach immer mehr. Sucht entsteht.

Medienmündigkeit statt -abhängigkeit!

Die DAK-Studie 2016 ergab, dass Konzentrationsschwäche, Verhaltensauffälligkeiten, Bewegungsdefizite und damit einhergehende gesundheitliche Probleme bei Grundschulern in den letzten 10 Jahren stark zugenommen haben. Ohne pädagogische Konzepte, die Schüler, Eltern und Lehrer einbeziehen, führt der Weg in die Medienabhängigkeit. Die Auswirkungen der Digitalisierung sind inzwischen so offensichtlich, dass eigentlich bereits eine Po-

Pädagogen, Lernpsychologen oder Neurowissenschaftler, die sich mit den Folgen der Nutzung von Bildschirmmedien bei Kindern und Jugendlichen beschäftigen.

Bildungspolitik darf nicht zum Türöffner für industrielle Verwertungsinteressen werden, sondern sollte dagegen immunisieren. Medienkompetenz ist nicht eine Frage der technischen Fertigkeiten, sondern die Fähigkeit zur Abstraktion, zur Reflexion und Selbstreflexion, auch zur Entwicklung eines politischen Bewusstseins. Medienkompetenz bedeutet vor allem: Medienmündigkeit. ■

Dieser Artikel ist die gekürzte Fassung eines Festvortrags, den der Autor am 16.10.2016 zum 11-jährigen Bestehen der Bürgerinitiative InfoMobilFunk Neckartenzlingen hielt.

Das Bildungsministerium beraten Akteure der IT-Wirtschaft, keine Kinderärzte, Pädagogen, Lernpsychologen oder Neurowissenschaftler.

außer Haus spielt, nur mehr jeder Fünfte weiß, wie das ist, auf einen Baum zu klettern, und jedes zehnte Kind davon überzeugt ist, dass Kühe Winterschlaf halten?“

Die permanente Reizüberflutung durch Bilder und Videos blockiert die dynamische Phase der Gehirnreifung, weil das Gehirn vor dem 12. Lebensjahr den Anforderungen

politik der Gefahrenabwehr eingeleitet werden müsste. Lehrer und Erzieher werden bei deren Bewältigung im Stich gelassen – und wegrationalisiert. Die 5-Milliarden-Spritze der Bundesregierung wird die Entwicklung aller negativen Auswirkungen beschleunigen. Im Zwischenbericht der Plattform „Digitalisierung in Bildung und Wissenschaft“ steht,

Peter Hensinger,
Jahrgang 1948,
studierte Germanistik, Linguistik und Pädagogik, erlernte anschließend den Beruf des Druckers, übte ihn aus, wechselte dann in die Psychiatrie und war dort 20 Jahre als Gruppenleiter tätig. Bei der Verbraucherschutzorganisation „Diagnose-Funk e. V.“ ist er Vorstandsmitglied und Leiter des Bereichs „Wissenschaft“.



Lobbyismus

Wie Konzerninteressen politische Entscheidungen bestimmen

Dank des Einsatzes engagierter Organisationen wie LobbyControl und abgeordnetenwatch.de wissen wir einiges über die engen Verflechtungen von Politik und Wirtschaft. Und darüber, auf welche Weise Branchenverbände und Konzerne die politischen Entscheidungsträger beeinflussen, um ihre Profitinteressen auf Kosten des Gemeinwohls durchzusetzen.

von Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP

Die Organisation LobbyControl untersuchte vor Kurzem, welche Konzernlobbyisten zu welchen EU-Kommissaren den intensivsten Kontakt pflegen. So waren bei Günther Oettinger, zuständig für den Haushalt, mehr als 80 % seiner über 400 Treffen mit Vertretern der Wirtschaft, insbesondere vom Arbeitgeberverband BusinessEurope, von Google, Airbus und einem Technologieverband – obwohl EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seiner Amtseinführung mehr „Ausgewo-

er die EU-Kommission führt („guide“). Für die beschriebenen Ziele sind sogar Zeitvorgaben genannt. Einige EU-Kommissare müssen dieser Organisation regelmäßig Berichte schicken.

Freihandelsabkommen

In den Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA lässt sich die Handschrift der Wirtschaft erkennen. So soll die sogenannte „regulatorische Kooperation“, die insbesondere bei TTIP Anwendung findet, dazu führen, dass auch

Arbeitnehmerrechte sind bedroht. Vorschläge für höhere Standards gelangen voraussichtlich erst gar nicht in den Gesetzgebungsprozess. Bei CETA steht im Vortext: „Die EU und Kanada können im gemischten CETA-Ausschuss beschließen, die Anhänge zu ändern.“ Das heißt: Veränderungen an Verträgen beschließen nicht mehr die Parlamente, sondern ein Ausschuss, dessen Mitglieder nicht demokratisch berufen sind.

Wie LobbyControl recherchierte, sind bei den Freihandelsabkommen folgende Interessensvertreter tonangebend: Canada Europe Roundtable for Business (CERT), BusinessEurope, die US-Handelskammer und der Verband der europäischen chemischen Industrie (CEFIC). Gerade bei TTIP tut sich auch noch ein bekannter Chemiekonzern hervor: Monsanto. Er ist das wichtigste Mitglied des Verbands EuropaBio, der ebenfalls mit am Verhandlungstisch sitzt. Dessen Forderungen: Gentechnisch veränderte Produkte sollen nicht gekennzeichnet werden und gentechnisch veränderte Lebensmittel besseren Zugang zum europäischen Markt bekommen. Auch mit indirekter Lobbyarbeit wird Druck auf die Politik ausgeübt: So

haben z.B. der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bertelsmann Stiftung massive Werbekampagnen für TTIP finanziert.

Gesetzesformulierungen

Aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes gelangte abgeordnetenwatch.de nach langem und zähem Ringen an einen Vertrag, den im Jahr 2008 das Bundesfinanzministerium mit einer Wirtschaftskanzlei geschlossen hat. Aufgrund der Bankenkrise beschloss der Deutsche Bundestag damals ein 70 Mrd. Euro großes Rettungspaket, das innerhalb weniger Tage durchgepeitscht wurde. Die Expertise dazu kam allerdings nicht nur vom

Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bertelsmann Stiftung haben massive Werbekampagnen für TTIP finanziert.

zuständigen Bundesfinanzministerium und dessen Beamtenapparat, sondern von einer Anwaltskanzlei namens Freshfields Bruckhaus Deringer. Diese vertritt die Spitzen der Bankbranche: von der Commerzbank über die Deutsche Bank bis hin zur HSH Nordbank. Ausgerechnet diese Kanzlei also fertigte die Vorlage für das Gesetz an, das ihre Kunden vor der Pleite retten sollte. Von Neutralität oder gar Gemeinwohlorientierung keine Spur. Bezahlen ließ sie ihre 163.744 Euro teure Expertise vom Steuerzahler. Dieses Beispiel zeigt, wie schamlos sich Lobbyisten auf Staatskosten bedienen und wie schwer es ist, Informationen über solche Machenschaften zu bekommen.

Konzernfusionen

Die Konzentration von Marktmacht birgt große Gefahren für Demo-



Foto: Schmuttel/pixelio.de

kratie und Rechtsstaatlichkeit, was man am Beispiel der geplanten Fusion der beiden Chemiekonzerne Bayer und Monsanto beobachten kann. 2015 kamen die beiden Unternehmen auf einen Umsatz von 23,1

Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte und Mitgliedschaften in Verbänden auf ihren Websites offenlegen müssen, sollte Parteinisponoring zeitnah auf der Website des Bundestages transparent gemacht werden, sollte bei Gesetzesentwürfen klar nachvollziehbar sein, wer mitgeschrieben hat. Zudem brauchen wir unbedingt längere Karenzzeiten bei Politikern, die aus dem Amt ausscheiden. Und eine Verbandsklage zivilgesellschaftlicher Organisationen bei unzulässiger Einflussnahme. Denn der Mensch muss im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit!

In einem vom „Europäischen Runden Tisch der Industriellen“ 2010 veröffentlichten Papier steht, dass er die EU-Kommission führt.

genheit“ angemahnt hatte. Doch nach wie vor können Nichtregierungsorganisationen für Umweltschutz, Tierschutz oder Arbeitnehmerrechte ihre Anliegen kaum vorbringen. Sehr großen Einfluss hat dagegen der „Europäische Runde Tisch der Industriellen“, dem die Vorsitzenden der rund 50 größten europäischen Konzerne angehören. In einem von diesem im Jahr 2010 veröffentlichten Papier steht, dass

nach Vertragsabschluss Standards angeglichen werden können. Was zunächst harmlos klingt, dient den Interessen exportorientierter Großkonzerne. Diese können frühzeitig auf politische Veränderungen Einfluss nehmen und sind damit rechtlich auf der sicheren Seite, weil diese Art der Kooperation im Rechtssetzungsprozess festgeschrieben ist. Insbesondere Standards für Soziales, Kultur, Umweltschutz und

Mrd. Dollar. Es entsteht die globale Nummer eins bei Saatgut, Pestiziden und Agrogentechnik. Schlüsselbereiche der Nahrungsmittelkette werden durch sie kontrolliert und Einfluss auf politische Entscheider aufgebaut. Einen Vorgeschmack bietet der CDU-Bundestagsabgeordnete und Agrarpolitische Sprecher seiner Fraktion, Peter Bleser: Laut Greenpeace hat er 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen. Die Vielfalt der Pflanzensorten wird weiter schrumpfen, die Preise werden aufgrund der Marktmacht der Konzerne steigen, die Aushandlungsprozesse in den Bereichen Agrogentechnik und Pestizide werden massiv beeinflusst.

Lösungsvorschläge

Um die Verflechtung von Politik und Wirtschaft zu stoppen, sollten

Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, war von 1973 bis 2006 als Professor an der TU München tätig und erhielt für seine



wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 als Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament, wo er nun Mitglied der Fraktion Grüne/EFA ist. Seine Themenschwerpunkte sind dort Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und internationaler Handel.

www.klausbuchner.eu

Glyphosat

Gekaufte contra unabhängige Wissenschaft

Der pflanzentötende Wirkstoff, der weltweit am meisten eingesetzt wird, ist Glyphosat – 825.000 t allein im Jahr 2014. In den letzten Monaten wurde intensiv darüber berichtet, denn in der EU steht seine Wiederzulassung an. Gleichzeitig sagt die Internationale Krebsagentur der WHO (IARC): Glyphosat ist für den Menschen wahrscheinlich krebserregend.

von Dr. Martha Mertens

Glyphosat, ein zunächst nur vom US-amerikanischen Biotech-Konzern Monsanto hergestelltes Breitbandherbizid, begann seinen „Siegzug“ mit dem Anbau gentechnisch veränderter resistenter Pflanzen ab Mitte der 1990er-Jahre

tötet deshalb alle Pflanzen mit Ausnahme der durch gentechnische Veränderung resistent gemachten. Über die Blätter aufgenommen, wird es breit verteilt und reichert sich in Spross- und Wurzelspitzen an. Der Abbau im Boden ist abhängig von

Glyphosat ist für viele Organismen – nicht nur für Pflanzen, sondern auch für Tiere – giftig. Da es sehr breit wirkt, verschwindet die Ackerbegleitflora. Weniger Wildpflanzen bedeuten aber auch weniger Insekten und weniger

Es werden immer wieder Zweifel an der Unabhängigkeit von Experten laut, die mit der Sicherheitsprüfung betraut sind.

und der Förderung des pfluglosen Anbaus. Allein in Deutschland sind 96 glyphosathaltige Mittel zugelassen, 43 davon auch für den Haus- und Kleingarten. Eingesetzt wird Glyphosat hierzulande zur Unkrautbeseitigung nach der Ernte und vor der Aussaat und zur sogenannten „Sikkation“, dem Abspritzen der Pflanzen vor der Ernte. Die Spritzmittel enthalten zumeist Hilfsstoffe, wie etwa das besonders toxische Tallowamin.

Wirkung auf Pflanzen, Tiere und Biodiversität

Glyphosat hemmt ein Enzym, das in Pflanzen an der Bildung aromatischer Aminosäuren und weiterer wichtiger Stoffe beteiligt ist, und

den Bodenverhältnissen und kann länger als ein Jahr dauern, das wichtigste Abbauprodukt AMPA (Aminomethylphosphonsäure) ist noch stabiler. Beide Stoffe finden sich inzwischen in Gewässern und zum Teil auch im Grundwasser.

Glyphosat beeinflusst das Bodenleben. Es hemmt nützliche Organismen wie die stickstoffbindenden Knöllchenbakterien und die für die Nährstoffaufnahme wichtigen Mykorrhiza-Pilze, fördert hingegen Schadpilze, z.B. Fusarien, die toxische Stoffe bilden. Über die Bindung von Mikronährstoffen wie Eisen und Mangan kann Glyphosat vor allem bei langjährigem Einsatz den Ertrag und die Abwehrkraft der Pflanzen verringern.



Foto: Bund/Betzler

Tiere, die von Wildpflanzen und Insekten leben. Intensiver Glyphosat-Einsatz beim Anbau resistenter Gentechnik-Pflanzen hat z.B. in den USA dazu geführt, dass die Futterpflanze der Monarchfalter sehr selten wurde und damit die Zahl dieser schönen Schmetterlinge extrem abnahm. Es entwickeln sich zudem immer mehr resistente Unkräuter: Über 30 glyphosatresistente Unkrautarten breiten sich auf Millionen Hektar aus. Die Folge: noch mehr Herbizide und noch weniger Artenvielfalt.

Wirkung auf die menschliche Gesundheit

Glyphosat übersteht Kochen und Backen – und findet sich zunehmend in Lebens- und Futtermitteln, auch in nicht gentechnisch veränderten. Aufgenommenes Glyphosat wird über den Urin ausgeschieden. Es findet sich nicht nur im Urin von Landwirten, sondern auch von Stadtbewohnern. Die Bakterien-Gemeinschaft im Darm kann sich negativ verändern, wenn z.B. Krankheitserreger unempfindlich, nützliche Bakterien hingegen empfindlich sind. Glyphosat kann die Aktivität von Enzymen verändern und das Erbmateriale schädigen. Darüber hinaus steht es im Verdacht, hormonell wirksam zu sein und die frühe Embryonalentwicklung zu stören.

Seit der IARC-Stellungnahme aus dem Jahr 2015 zum krebserregenden Potenzial von Glyphosat nimmt die Diskussion über seine Toxizität an Intensität zu. Denn wird ein Pestizid

als krebserregend eingestuft, darf es in der EU nicht zugelassen werden. Das Vorsorgeprinzip soll so zur Gel-

Vor Kurzem wurden E-Mails öffentlich, aus denen der Einfluss von Monsanto auf die Glyphosat-Debatte hervorgeht.

tung kommen. Doch wie kann es denn sein, dass ein Produkt, das so viele Risiken birgt, wieder zugelassen werden soll?

EU ignoriert Risiken für Mensch und Natur

Im Gegensatz zur IARC sehen die für die Sicherheitsbeurteilung von Glyphosat zuständigen EU-Behörden – z.B. die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA und die Europäische Chemikalien-Agentur ECHA – keine Belege für eine krebserregende Eigenschaft. Unter Berufung auf EFSA und unter Ausblendung des wissenschaftlichen Disputs wollte die EU-Kommission 2016 Glyphosat für weitere 15 Jahre zulassen, verlängerte dann aber wegen des wachsenden öffentlichen Widerstands zunächst „nur“ bis Ende 2017.

Kritik am EU-Zulassungsverfahren für Pestizide gibt es schon lange, da es intransparent ist und den von der Industrie gelieferten, nicht öffentlich zugänglichen und überprüfbareren Daten ein massives Übergewicht einräumt. Auch werden immer wieder Zweifel an der Unabhängigkeit von Experten laut, die

mit der Sicherheitsprüfung betraut sind. Vor Kurzem wurden im Rahmen eines Prozesses in Kalifornien E-Mails öffentlich, aus denen der Einfluss von Monsanto auf die Glyphosat-Debatte hervorgeht: Mitarbeiter haben demnach als Ghostwriter Studien für Wissenschaftler verfasst. Der Austausch mit der zuständigen US-Behörde war eng. Es geht um einen riesigen Markt.

Die IARC dagegen berücksichtigte bei ihrer Untersuchung nur von unabhängigen Wissenschaftlern erstellte und dem wissenschaftlichen Beurteilungsverfahren unterworfenen Studien (peer-reviewed). Auf dieser Basis stellte sie fest: „Glyphosat ist wahrscheinlich krebserregend!“

Die Auseinandersetzung geht weiter, der Widerstand gegen Glyphosat und die Macht der Konzerne nimmt zu. Die Zivilgesellschaft engagiert sich wie kaum zuvor: Verbände haben eine europäische Bürgerinitiative gestartet und sammeln Unterschriften für ein Verbot von Glyphosat.

Dr. Martha Mertens, Jahrgang 1947, ist als freiberuflich tätige Biologin Mitglied im Netzwerk des Instituts für Biodiversität in Regensburg. Sie beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Fragen der Agrogentechnik und engagiert sich ehrenamtlich beim BUND, wo sie Sprecherin des Arbeitskreises Gentechnik ist.



martha.mertens@t-online.de

ONLINETIPPS

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat
Unterschriftenliste für ein Verbot
<https://aktion.bund.net>

Silvia Liebrich
Was die Monsanto-Mails verraten
Süddeutsche, 02.04.2017
<http://t1p.de/zmtl>

Interview mit Peter Clausing
„Wichtige Fakten werden weggelassen“
Deutschlandfunk, 23.03.2017
<http://t1p.de/o8i2>

Silvia Liebrich
Wie Monsanto ein Verbot von Glyphosat verhindert
Süddeutsche, 22.03.2017
<http://t1p.de/rnqs>

Landwirtschaft und Ernährung

„Wir brauchen eine Agrarwende!“

Unsere Lebensmittel haben großen Einfluss auf unsere Gesundheit. Seit einigen Jahrzehnten ereignet sich in der Landwirtschaft aber eine verhängnisvolle Entwicklung: Sie wird zunehmend industriell. Die Qualität der Lebensmittel nimmt dadurch ab. Die Gefahren für Mensch und Umwelt nehmen immer mehr zu. Ein Paradigmenwechsel ist dringend notwendig.

Interview mit Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Buchner, ich zitiere aus dem aktuellen Weltagrarbericht: „Rund 800 Mio. Menschen hungern auf diesem Planeten, während 1,9 Mrd. an Übergewicht und krank machender Fettleibigkeit leiden. 2,5 Mrd. Tonnen Getreide wurden 2016 weltweit geerntet, mehr denn je zuvor. Doch nur 43% des Getreides dient als Lebensmittel. Der Rest wird zu Tierfutter, Sprit und Industrierohstoffen verarbeitet. Unser Ernährungssystem ist eine der wichtigsten Ursachen für den Klimawandel, das Artensterben, für Umweltverschmutzung, Wasserknappheit, vermeidbare Krankheiten, Kinderarbeit, Armut und Ungerechtigkeit.“ Ende des Zitats.

Prof. Dr. Klaus Buchner: Es ist in der Tat alarmierend, was hier Hunderte von Wissenschaftlern an Irrwegen zusammengetragen haben. Die Landwirtschaft ist definitiv am Scheideweg. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Ein „weiter wie bisher“ hätte für uns alle katastrophale Folgen. Wir brauchen eine Agrarwende!

Können Sie uns das erläutern und auf die Missstände näher eingehen?

Es besteht seit längerem ein zunehmender Trend zu großen internationalen Agrarkonzernen mit

gewaltigen Monokulturen bis zum Horizont. Dadurch bedingt haben wir weltweit ein exzessives Höfesterben der kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe. Saatgut war früher öffentliches Gut und stand den Landwirten zur Verfügung. Bereits seit der Mitte des letzten Jahrhunderts wurden großindustriell

„Es besteht seit längerem ein zunehmender Trend zu großen internationalen Agrarkonzernen mit gewaltigen Monokulturen.“

neue Hochleistungssorten auf den Markt gebracht mit einem gleichzeitig rasanten Anstieg des Einsatzes von Pestiziden und Dünger. Vor 30 Jahren begann die zunehmend gentechnische Züchtung und Produktion. Großunternehmen erhielten hier exklusive Patente, nicht nur auf Gentechnik, sondern auch auf herkömmliche Züchtungen. Mittlerweile kontrollieren drei Großunternehmen – Monsanto, DuPont Pioneer und Syngenta – über 50% des Weltmarktes an geschütztem Saatgut und beherrschen gleichzeitig das Pestizidgeschäft. Vor Kurzem hat die EU-Kommission den Verkauf von Syngenta an einen chine-

sischen Konzern genehmigt und wird vermutlich auch dem Verkauf von Monsanto an Bayer zustimmen. Unsere Böden werden durch diese gigantischen Monokulturen und die systembedingte erforderliche steigende Düngung und Pestizidanwendung zerstört. Die Artenvielfalt auf unseren Äckern geht dadurch

dramatisch zurück – mit erheblichen Folgen. Dieser Artenkollaps bei Pflanzen und nützlichen Kleintieren – wie z.B. Insekten, Würmern und Bienen – führt direkt zum Ökologikollaps der Böden und Gewässer. Das lebensnotwendige ökologische Gleichgewicht auf unserem Planeten wird dadurch zunehmend zerstört. Die vor Kurzem publizierte große Studie „Rote Liste gefährdeter Lebensräume Europas“ zeigt eindeutig die Brisanz der Entwicklung: Ein Drittel aller ökologischen Lebensräume in Europa ist bedroht! In der Zusammenfassung der Studie wird betont: Die Haupteinflüsse und -bedrohun-



Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, war von 1973 bis 2006 als Professor an der TU München tätig und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 als Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament, wo er nun Mitglied der Fraktion Grüne/EFA ist. Seine Themenschwerpunkte sind dort Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und internationaler Handel.

www.klausbuchner.eu

gen variieren je nach Lebensraum, doch insgesamt sind verschiedene landwirtschaftliche Aktivitäten die weitverbreitetste und größte Gefahr für Europas terrestrische und Süßwasserlebensräume.

Inwieweit spielt hier die Industrielle Massentierhaltung eine zentrale Rolle?

Ackerland dient nicht zum größeren Teil zur Produktion von Lebensmitteln, sondern zur Produktion von Tierfutter für die Industrielle Massentierhaltung, zur Produktion von Sprit und zur Produktion von Industrierohstoffen, wie Sie ja bereits aus dem Weltagrarbericht zitiert haben. Allein diese Tatsache

ist völlig absurd und ernährungspolitisch ein folgenschwerer Fehler. Fleisch ist mittlerweile Lebensmittelverschwender Nummer 1, der größte Teil der Äcker weltweit dient der Tierfutterproduktion. Laut Sta-

deutlich höher liegt. Da die Problematik im Krankenhaus – oder auch in Pflegeheimen – auftritt, spricht man im Allgemeinen von „Krankenhauskeimen“, obgleich die Ursache nur zu einem Teil hier liegt. Wesent-

„Unsere Böden werden durch die gigantischen Monokulturen und die steigende Düngung und Pestizidanwendung zerstört.“

tischem Bundesamt wurde 2016 in Deutschland so viel geschlachtet wie noch nie zuvor! Völlig am Bedarf vorbei! Die deutschen Bürger benötigen diese Unmengen gar nicht, zumal auch zusätzlich der Fleischkonsum in Deutschland erfreulicherweise immer mehr nachlässt. Es wird also sehr viel für den Export produziert, unter Inkaufnahme sämtlicher massiven Folgen der Industriellen Massentierhaltung. Und hier haben wir es ja nicht nur mit der Zerstörung des Ökosystems und der unsäglichen Tierquälerei zu tun, sondern auch mit den zunehmenden Antibiotikaresistenzen und

liche Ursache ist die Industrielle Massentierhaltung! Es werden hier enorme Mengen – hunderte Tonnen! – an Antibiotika verwendet. Hinzu kommen noch die illegalen Grauimporte aus anderen Ländern. Im Gegensatz zur Humanmedizin, wo sicherlich teilweise auch nicht indiziert Antibiotika verabreicht werden, erfolgt in der Massentierhaltung die Verfütterung von Antibiotika vorbeugend an gesunde Tiere. Im Laufe von Jahren sind durch diese immensen Antibiotikagaben immer mehr Bakterienarten resistent gegen Antibiotika geworden. Jetzt auch noch ansteigend gegen

„Zigtausende Menschen sterben bereits jährlich in Europa an den Folgen von antibiotikaresistenten Keimen.“

den sogenannten Krankenhauskeimen aus dem Massentierstall.

Können Sie noch etwas näher eingehen auf die tödlichen Krankenhauskeime aus dem Massentierstall.

Gerade hier wird ganz klar, dass dringend eine Veränderung der Lebensmittelproduktion erforderlich ist. Zigtausende Menschen sterben bereits jährlich in Europa an den Folgen von antibiotikaresistenten Keimen und man kann davon ausgehen, dass die Dunkelziffer noch

die hoch potenten und für die Menschen lebenswichtigen sogenannten „Reserveantibiotika“, denn auch die werden zunehmend mehr in der Massentierhaltung eingesetzt. Das gehört auf der Stelle verboten! Die antibiotikaresistenten Killerkeime werden über Kontakte von Tier auf Mensch – und umgekehrt – übertragen, außerdem geraten sie auch in die Umwelt, wie z.B. durch die Gülle und damit sogar auf vegetarische Produkte. Letztendlich spielt

es auch keine Rolle mehr, woher diese resistenten Bakterien kommen, da die Resistenzprobleme sich unter den Bakterien austauschen. Ich möchte exemplarisch Zahlen zu dem bekanntesten multiresistenten Keim MRSA nennen: Das Hygiene-Institut der Universitätsklinik Münster führt in einer Publikation – unter Berücksichtigung diverser Studien – folgende Zahlen für MRSA-Träger auf: 80–90% der Schweinehalter! Bis zu 45% der Tierärzte! Hingegen ist die übrige Bevölkerung in Deutschland, ohne regelmäßigen Tierkontakt oder beruflichen Kontakt mit MRSA-Trägern unter 5% betroffen. Daraus geht ganz eindeutig hervor, dass die Problematik insbesondere aus den Tierställen der Massentierhaltung kommt. Alle Geschäftspartner gewinnen an dem Einsatz von Antibiotika: die großindustriellen Fleischproduzenten, die marktbeherrschenden tierärztlichen Groß-



Foto: Nico Lubaczowski/pixello.de

Bewusstsein bekommen. Hinzu kommt ja auch noch die immense Lebensmittelverschwendung als zusätzliches großes Problem. Sehr viel landet in der Mülltonne. Nicht nur in den Familienhaushalten, sondern auch in Kantinen, Hotels und Gast-

stättenbetrieben, Kliniken etc. Hier besteht auch ein erhebliches Einsparungspotenzial an den Ressourcen Ackerland, Wasser und Energie. Was müssen nun Politik und Gesellschaft unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen? In der Politik wird zwar in letzter Zeit viel geredet über Ökolandbau, auch vom Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt. Außer vagen Zielmarken wie „mittelfristig“ oder „zu Lebzeiten“ 20% ökologischer Landbau kommt nicht viel an politischer Entscheidung und gesetzlichen Rahmenbedingungen rüber. Abgesehen davon war die Zielmar-

ke von 20% bereits im Jahr 2002 von der Bundesregierung proklamiert worden. Zurzeit haben wir in Deutschland etwa 10% ökologisch geführte Landwirtschaftsbetriebe. Wir brauchen natürlich dringend eine wesentlich höhere Zielmarke hin zum 100-prozentigen Ökolandbau und schnellstens entsprechende gesetzliche Maßnahmen, um dort zügig hinzukommen. Es ist bereits sehr spät, hoffentlich nicht zu spät! Politik muss gegen die mächtige Lobby der internationalen Agrokonzerne einschreiten und eine Demokratisierung der Lebensmittelproduktion erwirken. Ökologische bäuerliche Betriebe müssen effektive gesetzliche Rahmenbedingungen erhalten. Den schädlichen Massenprodukten muss Einhalt geboten werden. Es kann nicht sein, dass die Bäuerliche Landwirtschaft abhängig gemacht wird von den großen Agrarkonzernen, indem sie zum Abnehmer von Saatgut, Pestiziden und Düngemittel gemacht wird. Der Saatgutmarkt wird weltweit durch sehr wenige Großkonzerne kontrolliert. Pestizide und Dünger werden gleich mitgeliefert.

„Man spricht von ‚Krankenhauskeimen‘, obgleich die wesentliche Ursache in der Industriellen Massentierhaltung liegt.“

praxen und die Pharmaindustrie. Nur Mensch, Tier und Umwelt bleiben außen vor.

Das Ganze klingt ja nach „Profit vor Mensch“.

Unser Anliegen muss natürlich genau umgekehrt heißen: „Mensch vor Profit“. Ich sehe daher nur einen vernünftigen Weg: Wir müssen gemeinsam zu einer regionalen Verarbeitung und Vermarktung qualitativ hochwertiger Produkte kommen. Unser aller Konsumverhalten bezüglich Lebensmitteln muss auch bewusster werden. Das Wort „Lebensmittel“ muss wieder seine eigentliche Bedeutung in unserem

Aktuell wird es ja zur Übernahme von Monsanto von Bayer kommen.

Die anstehende Übernahme von Monsanto – Preis: 66 Mrd. Euro! – durch Bayer führt zu einer noch größeren Weltmarktbeherrschung von Saatgut und Pestiziden! Das von Monsanto vertriebene Pestizid Glyphosat, welches weltweit Anwendung findet, steht weiterhin am Pranger. Die Studien hierzu sind äußerst fraglich und auch wider-

„Der Verbraucher muss durch eine Kennzeichnungspflicht genau ins Bild gebracht werden, was er auf den Teller bekommt.“

sprüchlich. Die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation IARC schätzt den Stoff im Gegensatz zu Behörden als möglicherweise krebserregend ein. Gerade veröffentlichte E-Mails legen außerdem den Verdacht nahe, dass Monsanto-Mitarbeiter als Ghostwriter an Studien mitgeschrieben haben. Hinzu kommt, dass das eigentliche auf den Äckern angewandte Endprodukt Roundup – Glyphosat mit den Zusatzstoffen – offensichtlich gar nicht auf eine krebserregende Wirkung untersucht wurde. Sie sehen am Beispiel von Glyphosat, wie die Dinge rücksichtslos ablaufen.

Wie sieht der Lösungsweg hin zu einer ökologischen Agrarwirtschaft aus?

Eine zu fordernde Agrarökologie benötigt unbedingt eigenes bäuerliches Saatgut für die regionale Landwirtschaft. Agrarökonomie muss also dringend auf die politische Agenda! Wir müssen weg von gigantischen Monokulturen, Agrochemikalien und Gentechnik. Wir müssen auch weg von der industriellen Massentierhaltung. Der

Mensch muss der Maßstab sein und nicht der Profit der Großkonzerne. Hierzu ist die Gründung von Initiativen durch lokale Politiker unter Einbeziehung von lokalen Landwirten, lokalen Experten der Agrarwissenschaften, der lokalen Wirtschaft und der Verwaltung erforderlich. Diese Gruppe sollte gemeinsam das Problem für die Region angehen und auch umsetzen. Derartige lokale Initiativen

mit Erfolg gibt es bereits vereinzelt weltweit, jedoch in einem nur sehr geringen Ausmaß. In Frankreich ist man schon weiter fortgeschritten. Es gibt dort bereits in sämtlichen 26 Regionen die sogenannte „Solidarökonomie“ unter der Regie einer eigenen Staatssekretärin. Es müssen also politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche in allen Regionen diese Vernetzungen unterstützen. Die Politik muss auch Rahmenbedingungen schaffen für die wissenschaftliche Erforschung von besserer regionaler Agrarökologie. Agrarökologische Bauernschulen müssen installiert werden. Bauernhöfe müssen sich lokal zusammenschließen bzw. vernetzen. Saatgut sollte in bäuerlicher Hand sein, am besten durch Zusammenschluss zu regionalen Genossenschaften. Kein kommerzielles Saatgut mehr, welches ja meist auch genmodifiziert ist. Man kommt dadurch zu einer gemeinsamen regionalen Verarbeitung und Vermarktung qualitativ hochwertiger Produkte. Ich betone nochmals: Saatgut sollte in bäuerlicher Hand sein und nicht patentrechtlich bei

ONLINETIPPS

Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP

Klaus graust's
Aufklärungskampagne
www.klausgrausts.eu

Frank Bowinkelmann

Killer-Keime
Arte-Doku, 09.01.2014
<http://youtu.be/mpIBmKYu4mk>

Tagesschau

Multi-resistente Keime weltweit auf dem Vormarsch
ARD, 30.04.2014
<http://t1p.de/j59e>

den großen Agrokonzernen! Hier besteht übrigens ein völliges Versagen der Politik und des Europäischen Patentamtes.

Es ist also ein grundsätzliches Umdenken und Handeln erforderlich?

Genau! Die gesamte Gesellschaft ist gefordert. Gemeinsames Handeln aller ist notwendig. Auch öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Kliniken und Kantinen von diversen öffentlichen Einrichtungen müssen vorangehen und nur Produkte aus lokalen bäuerlichen Betrieben unterstützen, um die Nachfrage auch anzukurbeln. Der Verbraucher muss außerdem durch eine gesetzlich detaillierte Kennzeichnungspflicht der Lebensmittel genau ins Bild gebracht werden, was er auf den Teller bekommt. Nur so kann er bewusster handeln und sollte dies auch zu seinem eigenen Vorteil tun.

Herr Prof. Buchner, besten Dank für das interessante Gespräch. ■

Das Gespräch führte Angelika Demmerschmidt M.A., Referentin des Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner. Eventuelle Fragen bitte an: demmerschmidt@klausbuchner.eu

Realwirtschaft und Finanzwirtschaft

Verspekulieren die Banken unsere Zukunft?

Sind die Akteure der Finanzwirtschaft schuld an den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen? Man sollte nicht nur die wahnwitzigen Ereignisse der Gegenwart betrachten, sondern auch deren Ursprünge: die „Klassische Nationalökonomie“, deren Weiterentwicklung zur heute dominierenden „Neoklassik“ sowie deren Mutation zum „Neoliberalismus“.

von Günter Grzega

Übertreibt Papst Franziskus, wenn er behauptet, „Diese Wirtschaft tötet“? Schon die „Klassische Nationalökonomie“ war menschenfeindlich: „Ein Mensch, der in einer schon okkupierten Welt geboren wird, wenn seine Familie nicht die Mittel hat, ihn zu ernähren, oder wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht nötig hat, dieser Mensch hat nicht das mindeste Recht, irgendeinen Teil von Nahrung zu verlangen, und er ist wirklich zu viel auf der Erde. Bei dem großen Gastmahl der Natur ist durchaus kein Gedecke für ihn gelegt. Die Natur gebietet ihm abzutreten, und sie säumt nicht, selbst diesen Befehl zur Ausführung zu bringen“, schrieb im 18. Jahrhundert der englische Pastor und Ökonom Thomas Robert Malthus. Und August Friedrich von Hayek, der wohl bedeutendste Ökonom der Neoklassik, sagte 1981: „Eine freie Gesellschaft benötigt eine bestimmte Moral, die sich letztlich auf die Erhaltung des Lebens beschränkt; nicht auf die Erhaltung allen Lebens, denn es könnte notwendig werden, das eine oder andere Leben zu opfern zugunsten der Rettung einer größeren Anzahl anderen Lebens. Die einzig gültigen

moralischen Maßstäbe für die ‚Kalkulation des Lebens‘ können daher nur sein: das Privateigentum und der Vertrag.“

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Wendy Brown beschreibt in ihrem Buch „Die schleichende Revolution“, wie der Neoliberalismus sämtliche Bereiche des Lebens verändert, alle Existenzsphären wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterwirft und entsprechend vermisst: die Politik, das Recht, die Kultur, die Bildung, die Familie, die Gesundheit, die Ge-

ist angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrisen offensichtlich. Die Informationspolitik unserer Leitmedien trägt allerdings wenig zur Aufklärung bei. Trotzdem spüren viele Menschen, dass da etwas nicht stimmt, dass da etwas Grundlegendes völlig falsch läuft. Viele hören deshalb auf, sich mit Politik zu befassen, oder wählen aus Wut rechtspopulistische Scharlatane.

Was tun? Die herrschende Wirtschaftstheorie muss kritisch hinterfragt und beleuchtet werden. Die

Der Neoliberalismus verändert sämtliche Bereiche des Lebens, unterwirft alle Existenzsphären wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

schlechterrollen. Der homo politicus, der sich für das Gemeinwesen engagiert, wird durch den homo economicus ersetzt. „Profit vor Mensch“ lautet die Devise.

Wissenschaft voller Dogmen und Irrtümer

Dass die Versprechungen des Neoliberalismus sich nicht erfüllen, dass viele seiner Annahmen, Glaubenssätze und Dogmen falsch sind,

Wirtschaftswissenschaft ist keine Naturwissenschaft. Sie operiert mit oft zweifelhaften Modellen und Dogmen – und wird von einer kleinen Schicht politischer und wirtschaftlicher Entscheider für ihre Zwecke missbraucht. Es gilt, die Irrtümer zu entlarven und zu überwinden. Und die Irrtümer sind offensichtlich. Sie haben einige EU-Staaten in eine Zerreißprobe und Deutschland an den Rand einer



Rezession gebracht – auch wenn die Mehrheit dies wegen unserer „Export-Weltmeisterschaft“, wegen unseres auf Kosten anderer Nationen erzielten Wirtschaftswachstums noch nicht realisiert hat. Deutschland gleicht dem First-Class-Deck der Titanic: Die Oberschicht feiert die Erfolge und bemerkt nicht, dass es in den untersten Decks schwer brodelt und sich ein Eisberg nähert. Der Eisberg – das ist das Scheitern des Euro und der EU.

Wie konnte sich die zerstörerische Ideologie des „Profit vor Mensch“ überhaupt durchsetzen? Langsam und schleichend breitete sie sich seit den 1980er-Jahren aus – zunächst in den USA und in Großbritannien, vorangetrieben von Ronald Reagan und Maggie Thatcher, dann weltweit. Dass ein weitgehend unregulierter Markt die besten wirtschaftlichen Ergebnisse erbringt, dass rücksichtsloser Egoismus und das Streben nach Profitmaximie-

rung den Wohlstand für alle vermehren, ist zwar eine naive Annahme, setzte sich aber seltsamerweise durch. Oder besser gesagt: wurde durchgesetzt. Von denen, die davon massiv profitieren: von Konzernen und ihren Aktionären.

Vom Dienstleister zum Finanz-Casino

Das Spiel hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten immer mehr in die Finanzwirtschaft verlagert, da sich die Renditeerwartungen von der Realwirtschaft kaum mehr erfüllen ließen. Die Top-Manager der Finanzwirtschaft versprochen sie – wenn sie frei schalten und walten dürfen. Und die Politik erfüllte ihnen den Wunsch, befreite die Finanzwirtschaft weitgehend von

klemmend zu beobachten, wie Politik und Leitmedien die neoliberalen Theorien auch jetzt noch unreflektiert verbreiten.

Viele sogenannte „Experten“ führen die Welt-Finanzkrise von 2008 auf die US-amerikanische Immobilienblase zurück. Doch erst die Frage, warum dadurch das Welt-Finanzsystem überhaupt gefährdet wurde und die Staaten zu gigantischen Rettungsaktionen zwang, führt zur wahren Ursache: die Umwandlung der Finanzbranche von einem Dienstleister der Realwirtschaft zum gigantischen Finanz-Casino, das seine Geschäfte von der Realwirtschaft fast völlig getrennt hat und oft auch mit Betrug zulasten der Allgemeinheit agierte. Eine Zahl zum Nachdenken: Aktuell beträgt

Der homo politicus, der sich für das Gemeinwesen engagiert, wird durch den homo economicus ersetzt. „Profit vor Mensch“ lautet die Devise.

ONLINETIPPS

KenFM im Gespräch mit:

Günter Grzega
(Gemeinwohl-Ökonomie)

KenFM, 17. Mai 2017,
<https://kenfm.de/guenter-grzega>

Günter Grzega
Verspekuliert die Finanzwirtschaft unsere Zukunft?

Hochschule für Philosophie München, 16.03.2017,
(Veranstaltung der ÖDP München)
<https://youtu.be/8ltc-u5q5ME>

Regulierungen und Aufsicht. Das Finanz-Casino war eröffnet – und entwickelte sich rasch zur größten Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft. Als 2008 das Welt-Finanzsystem kurz vor dem Kollaps stand und ohne Rettungsaktionen des von den Neoliberalen so verschmähten Staates die Realwirtschaft mit in den Abgrund gerissen hätte, zeigte sich deutlich, dass eine auf Gier und grenzenlosen Eigennutz ausgerichtete Strategie zwar kurzfristig erfolgreich sein kann, jedoch nicht zukunftsfähig ist. Trotzdem hat sich kaum etwas geändert. Und es ist be-

das Welt-BIP der Realwirtschaft rund 70 Billionen Dollar. Der Wert der Derivate wird aktuell auf 700 Billionen Dollar geschätzt. Wurden also Lehren aus der Welt-Finanzkrise von 2008 gezogen? Nein! Es wurden nur ein paar eher kosmetische Korrekturen vorgenommen, die mit einer wahnwitzigen Bürokratie zulasten der kleinen Kreditinstitute wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken verbunden sind.

Wenn nicht wesentlich entschlossener gegengesteuert wird, dann ist der nächste Crash nur eine Frage der Zeit. Hier acht konkrete

Vorschläge, mit denen er sich verhindern lässt:

- Verbot von Derivaten, die nicht der Absicherung realer Geschäfte dienen
- Zulassung von neuen Finanzprodukten erst nach Überprüfung der Unbedenklichkeit und Sinnhaftigkeit durch einen „Finanz-TÜV“
- Regulierung und damit letztlich Beseitigung des Schatten-Banken-Systems
- Austrocknung der Steueroasen
- Einführung einer Finanz-Transaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen (Der Widerstand gegen lächerliche 0,01% ist ein Widerstand gegen die Transparenz, die damit einhergehen würde!)
- Abschaffung von Boni- und Prämienzahlungen in der Finanz- und Versicherungswirtschaft
- Rückführung des Bankensystems in seine ureigene Aufgabe als Dienstleister der Realwirtschaft
- Abschaffung der Rechtsform „Aktiengesellschaft“ bei Banken

Wer auf den „Shareholder Value“, auf die Gewinn-Maximierung für die Kapitaleigner fokussiert ist, kann nicht gleichzeitig das Beste für seine Kunden anstreben. Deshalb ist die Grundvoraussetzung für einen Neuanfang, dass Banken nur noch als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, Genossenschaften, gemeinnützige Unternehmen oder auch als staatliche Anstalten des öffentlichen Rechts wie z.B. die KfW fungieren. Denn Geld ist in unserer globalisierten und arbeitsteiligen Welt mit langen Wertschöpfungsketten unverzichtbar und deshalb als „öffentliches Gut“ zu betrachten. Der Staat muss den Umgang mit ihm regeln und darf ihn nicht der Willkür privater Interessen überlassen.

Der Neoliberalismus aber will einen schwachen Staat. Das hätte

fatale Folgen. „Ohne staatliches Gewaltmonopol, ohne den Schutz der Bürger vor Betrügnern, Schwindlern und Gewalttätern dient die Privatisierung der Welt allein den Starken“, schreibt der Politikwissenschaftler Sebastian Müller. „Selbst der Wettbewerb wird so zur Chimäre, also zum Trugbild. Denn der freie Markt ist nichts ohne die Institutionen des Staates, die ihn regulieren und den Marktteilnehmern Erwartungssicherheit geben.“

Nächste Finanzkrise deutet sich an

Die Bildung neuer Finanzblasen ist heute bereits deutlich sichtbar: Von 2009 bis Ende 2016 stieg auf den Aktienmärkten der DAX von 4.857 auf 11.841 Punkte, in der Realwirtschaft das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) aber nur von 2.460 auf 3.133 Mrd. Euro. Einer Steigerung von 136% beim DAX stehen also 27% in der Realwirtschaft gegenüber – das passt nicht zusammen. Doch statt die Regulierung der Finanzmärkte mit Nachdruck anzugehen, wird darüber nachgedacht, die Zulassung der Verbriefung von Krediten, also von Derivaten, die Super-Spekulant Warren Buffett als „finanzielle Massenvernichtungs-

Die Informationspolitik unserer Leitmedien trägt wenig zur Aufklärung bei. Trotzdem spüren viele Menschen, dass da etwas völlig falsch läuft.

waffen“ bezeichnete, auszuweiten. Als Grund wird genannt, den Banken solle ermöglicht werden, Kreditrisiken auszulagern und so mehr Spielraum für Kredite an Unternehmen zu gewinnen. Doch die Kreditversorgung ist derzeit wirklich kein Problem. Viele Unternehmen investieren nicht einmal ihre Gewinn-

BUCHTIPPS

Christian Felber
Ethischer Welthandel
Alternativen zu TTIP, WTO & Co
Deuticke, März 2017
224 Seiten, 18,00 Euro
978-3-552-06338-9



Christian Felber
Gemeinwohl-Ökonomie
Das Wirtschaftsmodell der Zukunft
Deuticke, März 2017
224 Seiten, 17,90 Euro
978-3-552-06354-9



Wendy Brown
Die schleichende Revolution
Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört
Suhrkamp, Sept. 2015
330 Seiten, 29,95 Euro
978-3-518-58681-5



ne vollständig. Denn investiert wird vor allem dann, wenn ein hoher Absatz zu erwarten ist. Der ist nicht zu erwarten, wenn die Kaufkraft der Konsumenten und damit die Nachfrage sinken.

Auch die Euro-Krise ist nicht vorbei. Die Lage in Griechenland wird sich weiter verschlechtern, anderen Krisenstaaten wird es nur wenig besser gehen. Der US-amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz übt deshalb scharfe Kritik an der von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

propagierten Austeritätspolitik und fordert die Zentralbanken und Regierungen auf, dafür zu sorgen, dass die enorme weltweite Liquidität der Realwirtschaft zugutekommt – und

Eine auf Gier und grenzenlosen Eigennutz ausgerichtete Strategie kann zwar kurzfristig erfolgreich sein, ist jedoch nicht zukunftsfähig.

nicht der Spekulation, wie das aktuell geschieht. Auch EZB-Chef Mario Draghi fordert, durch Fiskalpolitik die Realwirtschaft anzukurbeln, sonst kann das viele neue Geld nichts zur Wirtschaftsankurbelung tun. Ohne Wachstum in der Realwirtschaft wächst die Spekulationsblase in der Finanzwirtschaft.

Bei den Finanzkonzernen beginnt es schon wieder zu kriseln. Beim letzten Stresstest der EZB schnitt die Deutsche Bank am schlechtesten ab, weshalb sie der Weltwährungsfonds IWF als die „riskanteste Bank der Welt“ bezeichnete. Die italienische Monte dei Paschi di Siena bleibt nach Milliardenverlust vom Handel ausgesetzt und ihre Verstaatlichung ist so gut wie besiegelt. Zur Rettung italienischer Großbanken erwägt die italienische Regierung, 20 Mrd. Euro neue Schulden aufzunehmen. Bleibt abzuwarten, was in den nächsten Monaten passiert – und ob eine neue Währungsordnung in „Euro-Land“ auf den Tisch kommt.

Gemeinwohl muss ins Zentrum rücken!

Zu kurz gesprungen wäre allerdings, nur die Finanzwirtschaft zu zähmen, ohne alle Bevölkerungsschichten und alle Länder am erwirtschafteten Wohlstand fair zu beteiligen. Die letzte Oxfam-Studie zeigt: Die acht reichsten Männer

der Welt besitzen 2016 mehr Vermögen, als die ärmere Hälfte der Menschheit, das reichste 1% der Weltbevölkerung mehr als die übrigen 99%. Gleichzeitig droht ak-

tuell 20 Mio. Menschen in Afrika der Hungertod. Der UNO fehlen zur Soforthilfe 4,4 Mrd. Dollar und es ist zu befürchten, dass die reichen Länder dieses Geld nicht

Eine hervorragende Idee zur Überwindung des Neoliberalismus hat sich in den letzten Jahren europaweit verbreitet: die „Gemeinwohl-Ökonomie“.

zur Verfügung stellen. Gleichzeitig kündigen Donald Trump und Angela Merkel eine Aufstockung ihrer Militärausgaben um einen sehr viel höheren Betrag an. Und Millionären wird durch Steuerschlupflöcher ermöglicht, ihren Beitrag zum Gemeinwohl immer mehr zu reduzieren. Allein bei den sogenannten „Cum-Ex-Geschäften“ entgingen dem deutschen Staat Einnahmen in Höhe von 12 Mrd. Euro. Zwar muss in Deutschland niemand verhungern, aber auch hier herrscht eine große Schieflage: Das reichste Zehntel der Privathaushalte besitzt 66% des Netto-Gesamtvermögens, das reichste Prozent 36%, 36 Milliarden so viel wie die gesamte untere Bevölkerungshälfte.

Wenn wir es nicht schaffen, die Deregulierung der Finanzwirtschaft rückgängig zu machen sowie die zerstörerische Ideologie des Neoliberalismus durch eine Gesellschaftsform zu ersetzen, die ökolo-

gische und soziale Belange in den Mittelpunkt allen Handelns stellt, sieht es düster aus – für kommende Generationen und auch schon für die aktuell lebenden. Aber es gibt keinen Grund aufzugeben. Eine hervorragende Idee zur Überwindung des Neoliberalismus und damit für eine bessere Zukunft hat sich in den letzten Jahren europaweit verbreitet: die „Gemeinwohl-Ökonomie“. Sie will weg von einer „marktkonformen Demokratie“, die Merkel vorschwebt und ein Feudalismus wäre, hin zu einem „demokratiekonformen Markt“. Sie stellt für jedes wirtschaftliche Handeln

die entscheidenden Fragen: Dient es den Menschen? Dient es der Umwelt? Dient es dem Frieden? ■

Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 16.03.2017 auf Einladung der ÖDP München an der Hochschule für Philosophie hielt.

Günter Grzega,
Jahrgang 1944,
Dipl.-Bankbetriebs-
wirt und Dipl.-Ver-
waltungsbetriebs-
wirt, war ab 1994



Vorstandsmitglied
und von 2000 bis 2006 Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München eG. Er engagiert sich seit 2004 in der „Global-Marshall-Plan-Initiative“, war von 2010 bis 2015 Vorstandsvorsitzender des „Senatsinstituts für gemeinwohlorientierte Politik“ und ist seit 2011 Botschafter der „Gemeinwohl-Ökonomie“.

g.grzega@t-online.de

Freihandel contra Protektionismus

Ist Trumps wirtschaftlicher Nationalismus zukunftsfähig?

Die Schattenseiten des neoliberalen Freihandels hat Donald Trump durchaus richtig erkannt und benannt: Handelsdefizite, ausgedünnte Wirtschaftsstrukturen, Arbeitsplatzverluste, prekäre Löhne. Nicht verstanden hat er allerdings die Mechanismen des Freihandels. Deshalb sind seine wirtschaftspolitischen Konzepte eine Bedrohung für die Weltwirtschaft.

von Gerd Zeitler

Sowohl in menschlicher als auch politischer Hinsicht ist Donald Trump der extremste Präsident in der Geschichte der USA. Entsprechend ungewöhnlich ist auch sein Beraterstab. Anfangs ragte eine Person heraus, mit der Trump symbiotisch verbunden war: sein Chefstrategie und Alter Ego Steven K. Bannon. In dessen Ideologie fanden Trumps krude Vorstellungen ihre systematische Einordnung und Rechtfertigung. Bannon lieferte die Gründungsdogmen für die gemeinsame Politik: Isolationismus und Nicht-einmischung sowie Protektionismus, beides gedacht als ein Zurück zu verloren geglaubter Eigenständigkeit und Großartigkeit der Nation.

Beide Männer sind politisch unerfahren, beide wollen das weiße Supremat in den USA wiederherstellen und den Sumpf der etablierten Politik trockenlegen. Sie machen sich Verschwörungstheorien zu eigen, schaffen sich eigene Realitäten, lehnen wissenschaftliche Erkenntnisse ab, streben unverhohlen auf eine autokratische, undemokratische Herrschaft hin und machen die Unberechenbarkeit zu ihrem Markenzeichen.

Wegen seiner Ungeduld startete Trump unmittelbar nach seiner

Amtseinführung einen beispiellosen Aktionismus mit dem Ziel, seine Wahlversprechen umzusetzen und das politische System der USA aus den Angeln zu heben. In den ersten 100 Tagen unterzeichnete er

Die seit Jahren verzeichneten Defizite zwangen die USA, sich international immer mehr zu verschulden. Dazu kamen die Effekte der Globalisierung.

28 Dekrete und 24 Memoranden, mehr als jeder seiner Vorgänger. Deren Wirkungen blieben jedoch bescheiden, weil er die Gewaltenteilung unterschätzt hatte und die diplomatischen Finessen nicht beherrschte, die bei der Überzeugung der Legislative, des Kongresses unabdingbar sind.

Mehrere Dekrete und Memoranden zielten auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze mittels sozialer und ökologischer Einschnitte und durch Ablösung multilateraler durch bilaterale Handelsverträge. An erster Stelle stand für Trump die Reform der Krankenversicherung „Obamacare“, die den Unternehmen die Zuschüsse ersparen sollte. Danach folgten auf seiner Liste die Senkung der Unternehmenssteuer-

ern, der Ausstieg aus den Freihandelsabkommen NAFTA und TPP, die Anwendung von Strafzöllen bei Dumping und weitere Dekrete zur beschleunigten Prüfung umweltbelastender Projekte, zur Aufweichung

des Schutzes von Trinkwasserspeichern, zum Wegfall des Klimaschutzes bei Kohlekraftwerken sowie zur Aufweichung der von Obama nach der Krise 2008 eingeführten Regulierung der Finanzwirtschaft. Mit dem jüngsten Dekret verpflichtete Trump die Bundesbehörden, seine Wahlkampf-Parolen „Buy American“ und „Hire American“ umzusetzen.

Mit dem Haushaltsplan 2018 hat Trump sein „Glaubensbekenntnis“ in Dollar und Cent abgeliefert. Es ist ein Dokument des zynischen Kahlschlags der Zukunftssicherung zugunsten der Aufrüstung von Militär und Sicherheitskräften. Die Mittel für Innere Sicherheit will er um 6,8% und die für Verteidigung um 10% erhöhen, dafür die Mit-



Foto: Andrea Damm/pixellode

tel der Umweltschutz-Agentur um 31%, die für humanitäre Programme der UN um 30%, die des Außenministeriums um 29% und die des Landwirtschafts- und Arbeitsministeriums um 21% kürzen. Die sozialen, ökologischen und wissenschaftlichen Programme aller anderen Ministerien will er zwischen 21% und 6% beschneiden.

Trumps Rückschläge und Kehrtwenden

Trumps Aktionismus zu Beginn seiner Präsidentschaft war wenig geeignet, bleibende politische Änderungen herbeizuführen. Entsprechend lang ist die Liste seiner gescheiterten Vorhaben. Sein wohl wahlentscheidendes Versprechen, die Kohle- und Stahlindustrie neu zu beleben und verlorene Jobs zurückzuholen, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Selbst mit einem vollständigen Importverbot könnte er nur wenige Menschen zusätzlich in Arbeit bringen, weil die Automatisierung in Minen und

Hütten weit fortgeschritten und Erdgas inzwischen kostengünstiger ist als Kohle. Zudem stehen die erneuerbaren Energien vor dem wirtschaftlichen Durchbruch.

Die Liste der auf Eis liegenden Vorhaben ist lang: Die Position

seiner Tochter Ivanka ins Zentrum der Macht rückte. Mit seiner Kehrtwende verblüffte Trump Anhänger und Gegner gleichermaßen. Er bewies, dass er bei aller dogmatischen Fixierung die Fähigkeit besitzt, sich Zwängen geschmeidig anzupassen,

Nur wenige Staaten erwirtschaften Handelsüberschüsse, viele rutschen in Handelsdefizite ab – und alle erleiden soziale und ökologische Verheerungen.

der USA für Verhandlungen über die Freihandelsabkommen NAFTA und TPP ändert sich täglich. Die Erhebung von Zöllen auf chinesische Waren ist aufgeschoben oder aufgehoben, das Infrastrukturprogramm mit einem Volumen von 1.000 Mrd. Dollar wird vom Kongress abgelehnt. Die Steuersenkungen für Unternehmen könnten kommen, würden aber geringere Budgetmittel für staatliche Investitionen zur Folge haben, sodass der für Wachstum erforderliche Anstieg von Einkommen und Kaufkraft ausbliebe. Allein Trump würde wohl mit seinen Firmen profitieren.

Nach nur zweieinhalb Monaten im Amt vollführte Trump eine

um aber bei nächster Gelegenheit seine Zielverfolgung wieder aufzunehmen.

Gleichzeitig demonstrierte er seine wirtschaftspolitische Ahnungslosigkeit. 2016 hatte er China erstmals als „Weltmeister der Währungsmanipulation“ bezeichnet. Nach dem Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten im April 2017 nahm er den Vorwurf zurück und meinte, China habe seine Währung seit Monaten nicht manipuliert. Ähnlich erging es der Vorsitzenden der US-Notenbank, Janet Yellen, der er 2016 vorwarf, die Zinsen künstlich niedrig zu halten und eine Hyperinflation zu riskieren, um sie im April 2017 für ihre

Im Freihandel ist eines unmöglich: die nützliche Anwendung von Zöllen. Denn das setzt eine regulierte internationale Wirtschaft voraus.

Kehrtwende in zentralen Punkten seiner Politik. Er spürte zum ersten Mal, von Misserfolgen, einer feindlichen Presse und schlechten Umfragewerten geplagt, die unerbittliche Macht des Faktischen, mit der jeder Präsident zu kämpfen hat. Er entlastete sich, indem er sich von Bannon distanzierte und seinen Schwiegersohn Jared Kushner sowie

Zinspolitik zu loben, weil sie Investitionen erleichtere.

Am skurrilsten, aber auch erschreckendsten ist Trumps Verhältnis zum Umweltschutz. Er hatte stets behauptet, der Klimawandel sei ein von den Chinesen erfundener Schwindel. Zum „Tag der Erde“ im April 2017 bekannte er sich plötzlich zum Doppelziel

von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz und zu präziser Wissenschaft und fügte hinzu, Wissenschaft müsse unabhängig von Ideologien betrieben werden. Dummerweise hatte er da bereits etliche Leugner des Klimawandels berufen: allen voran den Leiter der Umweltschutz-Agentur sowie sieben seiner Minister.

Trumps Ablehnung des Freihandels

Trump hatte im Wahlkampf das Außenhandelsdefizit der USA als hauptsächliche Ursache der sozialen Schieflage bezeichnet und dem Ausland populistisch den Schwarzen Peter zugespielt. Entsprechend aggressiv war seine Rhetorik: „Der Diebstahl amerikanischen Wohl-

bedingt weltweit organisiert und vernetzt und produzierten auch selbst in Billiglohnländern. Die Billigimporte, gegen die Trump nun vorgehen will, sind jedoch auf kurze und mittlere Sicht unverzichtbar für die US-Industrie wie auch für die ärmeren US-Konsumenten.

Trump hat kein Gegenmodell und er begreift nicht, dass ein einseitiger Eingriff in die ohnehin chaotischen Mechanismen des Freihandels katastrophale Folgen haben kann, vor allem wenn Handelspartner Gegenmaßnahmen ergreifen. Trump musste einen ersten Geschmack von dieser Tatsache bekommen haben, als er bei dem Versuch, von Mexiko und Kanada Neuverhandlungen von NAFTA zu fordern, auf Granit biss. Beide Länder drohten ihrerseits

Das zentrale Instrument einer regulierten internationalen Wirtschaft sind Wechselkurse, die bilateral kalkuliert werden müssen.

stands wird enden, tausende Fabriken sind unserem Land gestohlen worden.“ 2016 betrug das Defizit der USA bei Gütern tatsächlich 750 Mrd., während mit Dienstleistungen ein Überschuss von 248 Mrd. erzielt wurde, in Summe also 502 Mrd. Dollar. Das Missverhältnis war eine Folge der um die Jahrtausendwende entstandenen Illusion, die Zukunft gehöre der *Dienstleistungsgesellschaft* und entwickelte Länder sollten ihre Güterproduktion in weniger entwickelte Länder auslagern.

Die seit Jahren verzeichneten Defizite zwangen die USA, sich international immer mehr zu verschulden. Dazu kamen die Effekte der Globalisierung. Auch US-Unternehmen hatten ihre Wertschöpfungs- und Lieferketten kosten-

mit Strafzöllen. Auch die Bundesregierung, die von Trump angegriffen worden war, ließ wissen, der deutsche Handelsüberschuss sei allein hoher Wettbewerbsfähigkeit geschuldet und für Handelsfragen sei die EU zuständig.

Sind Zölle nützlich oder schädlich?

Sollte Trump Strafzölle tatsächlich einführen, würde er damit internationale Wertschöpfungsketten zerstören, in die auch US-Unternehmen eingebunden sind – mit unabsehbaren Folgen. Er ignoriert die Tatsache, dass sich die USA wie alle anderen 163 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation WTO verpflichtet haben, uneingeschränkten Handel und Kapitalverkehr über ihre Grenzen zuzulassen, und dass sich da-

ONLINETIPPS

Gerd Zeitler

Kompendium der marktwirtschaftlich-sozialökologischen Ökonomik

Komparativer Vorteil – aufgewertet

Zukunftsfähiger Außenhandel mit relativen Preisvorteilen
<http://t1p.de/ncv0>

Zukunftsfähiger Außenhandel

Handelsvereinbarungen als Grundlage gewinnbringenden internationalen Handels
<http://t1p.de/8wqb>

durch komplexe Wertschöpfungsketten gebildet haben, in denen sich nur Zwischen- und Endprodukte behaupten, die das beste Qualitäts-Preis-Verhältnis aufweisen. Der entstehende Verdrängungswettbewerb sowie die spekulationsbedingten Unwägbarkeiten infolge schwankender Wechselkurse zwingen Unternehmen zu fortwährendem Sozial- und Öko-Dumping. Folglich setzen sie Regierungen unter Druck, ihre sozialen und ökologischen Standards zu senken. Es entsteht eine teuflische Dumping-Spirale.

Wegen der Anforderungen an Qualität und Preis können sich nur wenige Unternehmen länger an der Spitze halten. Nur wenige Staaten erwirtschaften Handelsüberschüsse, viele rutschen dagegen in Handelsdefizite ab – und alle erleiden soziale und ökologische Verheerungen. Trump kann oder will nicht verstehen, dass die Probleme seines Landes unter der Freihandelsdoktrin überwiegend hausgemacht sind, deshalb versucht er, die Mechanismen des Freihandels zugunsten der USA zu verändern. Doch im

Freihandel ist eines unmöglich: die nützliche Anwendung von Zöllen. Denn das setzt eine regulierte internationale Wirtschaft voraus. Das zentrale Instrument dazu sind die Wechselkurse, die bilateral so kalkuliert werden müssen, dass sie die unvermeidlichen Unterschiede bei Produktivitäten und folglich Preisen im Schnitt neutralisieren.

Nur wenn der Wechselkurs dieser originären Aufgabe gerecht wird, entsteht die Grundlage für ein multi-bilaterales Wirtschaftssystem, das fruchtbaren, beliebig intensiven internationalen Handel erlaubt, ohne Verdrängungen zu provozieren. Auf dieser Grundlage können Handelspartner Importzölle und Mengenbeschränkungen autonom und dynamisch anwenden, um den Binnenwettbewerb ihrer Produkte förderlich durch Importe zu stimulieren und ihre Angebotsvielfalt zu erhöhen. Jeder Handelspartner kann seine multi-bilateralen Beziehungen nutzen, um die zu jedem Zeitpunkt höchstmöglichen Handelsgewinne zu erzielen, in-

Nur wenn Wechselkurse die unvermeidlichen Unterschiede bei Produktivitäten und Preisen neutralisieren, entsteht die Grundlage für Handel ohne Verdrängungen.

dem er, bei Anwendung des Wechselkurses, seine Inlandspreise mit den Importpreisen vergleicht. Ein rechnerischer Gewinn ergibt sich, wenn der Importpreis unter dem Inlandspreis liegt. Handelsüberschüsse und Defizite lassen sich bilateral vertraglich begrenzen, um mittelfristig ausgewogene Bilanzen zu erzielen. Oder es werden Staatsanleihen international zu festen Preisen gehandelt, um die Flexibilität zu erhöhen.

Was bleibt von Trumps Nationalismus?

Als Trump anfangs bilaterale Handelsabkommen forderte und die Manipulation von Wechselkursen beklagte, hätte die Hoffnung aufkeimen können, hier sei ein Mann angetreten, die Weltwirtschaft auf einen zukunftsfähigen Pfad zu lenken. Aber

Egal, ob sich Trump für Freihandel oder Protektionismus entscheidet: Die Lebensverhältnisse der unteren Einkommensschicht werden sich nicht verbessern.

dazu konnte es gar nicht kommen, denn Trump stellte unmissverständlich klar, ihn kümmere nur Amerika und er werde weiteren Betrug nicht dulden, die Handelspartner müssten ihre mit den USA erzielten Handelsüberschüsse abbauen oder er werde Strafzölle erheben. Danach bestand kein Zweifel mehr, dass er tatsächlich vorhatte, die Regeln des Freihandels einseitig zugunsten der USA zu verändern, aber auch, dass er

Politik fortzusetzen. Sollte diese Einschätzung zutreffen, würde die Weltwirtschaft unsicheren Zeiten entgegengehen. Entsprechend schlecht sind Trumps Chancen, 2020 wiedergewählt zu werden, denn er wird die Benachteiligten und Abgehängten kein zweites Mal mobilisieren können. Egal, ob er sich für Freihandel

oder Protektionismus entscheidet: Die Lebensverhältnisse der unteren Einkommensschicht werden sich nicht verbessern. Aber er könnte als der Präsident in die Geschichte eingehen, der in republikanischer Tradition dem in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 anerkannten persönlichen Recht des Strebens nach Glück Geltung verschaffen wollte, indem er der grenzenlosen persönlichen Bereicherung alle regulatorischen Steine aus dem Weg räumte. ■

Gerd Zeitler, Jahrgang 1940, gestaltete nach dem Ingenieurstudium internationale Unternehmensallianzen mit und war als Dozent für Strategisches Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Seit den 1990er-Jahren analysiert er die neoliberale Wirtschaftstheorie und veröffentlichte darüber 2006 sein Buch „Der Freihandelskrieg“ sowie seit 2008 im Internet sein „Kompendium der marktwirtschaftlich-sozialökologischen Ökonomik“.



<https://gerdzeitler.wordpress.com>

Greenwashing

Nachhaltigkeit contra Klimaschutz?

Mit über 100 Mrd. Euro pro Jahr ist die deutsche Baubranche sehr umsatzstark. Entsprechend umkämpft ist der Markt. Um ihr Image aufzupolieren, ging die CO₂-intensive Ziegelindustrie 2017 mit einer Nachhaltigkeitsstudie in die Offensive. Wer diese nur als „Fake News“ abstempelt, macht es sich etwas zu einfach.

von Günther Hartmann

Am Eröffnungstag der Messe „Bau 2017“ hatte die „Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau“ (DGfM) zu einer Pressekonferenz eingeladen. Angekündigt waren: eine „Warnung vor dem Kahlschlag fürs Holzhaus“, „Holz- und Steinhaus im Öko-Check“ sowie ein „Fakten-Check mit verblüffenden Erkenntnissen, der mit gängigen Klischees aufräumt“. Auf die Fragen „Wie viel Umweltsünde steckt im Haus aus Holz?“ und „Wie grün ist das Steinhaus?“ wollte sie „verblüffende Ergebnisse“ liefern. Rund 60 Journalisten kamen, darunter ein Fernsehteam des Bayerischen Rundfunks. Die meisten waren angesichts der Fülle an Informationen und mangels eigenem Fachwissen nicht in der Lage, die Behauptungen kritisch zu hinterfragen. Deshalb gaben viele sie einfach ungefiltert an ihre Leser weiter.

Dabei lässt sich die Behauptung, der deutsche Wald würde für den Holzbau kahl geschlagen, durch die Ergebnisse der Bundeswaldinventur widerlegen: Jährlich wächst deutlich mehr Holz nach, als geerntet wird. Dass weniger Fichten-

holz nachwächst, als geerntet wird, stimmt zwar, ist jedoch kein Grund zur Sorge oder gar Empörung, sondern die logische Konsequenz des seit Jahrzehnten betriebenen Waldumbaus: Die früher üblichen Fichte-Monokulturen waren sehr anfällig für Insekten- und Pilzbefall, weshalb sie in widerstandsfähigere Mischwälder umgewandelt werden. Würde genauso viel Fichte nachwachsen, wie geerntet wird, dann wäre beim Waldumbau etwas gravierend schiefgelaufen.

Nicht so leicht als fehlerhaft erkennen lässt sich dagegen die von Sebastian Pohl vom Darmstädter Beratungsinstitut „Life Cycle Engineering Experts“ (LCEE) vorgestellten Lebenszyklusuntersuchungen.

Fast identisch sei die Nachhaltigkeit nach 50 und nach 80 Jahren für die Mauerwerks-, Stahlbeton- und Holzbauweise, lautet sein Ergebnis. Holz sei unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit also keinesfalls ein besserer Baustoff, auch wenn die Holzbaubranche das immer behauptet! So Pohls Kernbotschaft – und so auch die Kernbotschaft der DGfM. Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich.

Wenn Pohl sich als Wissenschaftler streng an die Berechnungsmethodik des „Deutschen Gütesiegels Nachhaltiges Bauen“ hält, stellt sich die Frage: Wie kann ein solches Ergebnis zustande kommen? Um das zu verstehen, ist bei der Berechnungsmethodik genau hinzuschauen. An ihr sind zwei Aspekte sehr merkwürdig.

Merkwürdigkeit 1: Gewichtung der CO₂-Bilanz

Pohl selbst betonte in seinem Vortrag, dass beim „Deutschen Gütesiegel Nachhaltiges Bauen“ das Kriterium „CO₂-Bilanz“ nur mit 5% gewichtet wird. 95% der „Nachhaltigkeit“ setzen sich aus anderen Kriterien zusammen. Pohl appellierte deshalb, wir sollten endlich unsere „Scheuklappen“ abnehmen, unsere Fokussierung auf die CO₂-Bilanz aufgeben und das Thema „Nachhaltigkeit“ ganzheitlicher betrachten. Dass die CO₂-Bilanz nur eine Ge-



Podium der Pressekonferenz: Sebastian Pohl (links) vom Beratungsinstitut LCEE stellte die im Auftrag der DGfM erstellte Studie vor.

wichtung von 5% aufweist, spricht allerdings eher gegen das „Deutsche Gütesiegel Nachhaltiges Bauen“. Es nimmt den Klimawandel nicht wirklich ernst, krankt an einer Überfrachtung mit Bewertungskriterien und an einem Mangel an Mut, klare Prioritäten zu setzen.

„Effective executives do first things first and second things not at all“, schrieb einst der amerikanische Ökonom Peter Drucker, Begründer der modernen Managementlehre. Frei übersetzt: „Wer etwas bewirken will, muss sich auf die wesentlichen Dinge konzentrieren und darf sich nicht in Nebensächlichkeiten verzetteln.“ Wesentlich – das ist heute vor allem der Klimaschutz, denn bei der Bewältigung dieser Herausforderung läuft uns die Zeit davon.

Merkwürdigkeit 2: Fokussierung auf ferne Zukunft

Allerdings stellte Pohl auch die CO₂-Bilanzen der Mauerwerks-, Stahlbeton- und Holzbauweise vor. Und die wiesen keine großen Unterschiede auf, sondern schnitten alle in etwa gleich gut ab. Das war nun allerdings äußerst verblüffend. Im Gegensatz zur energie- und CO₂-intensiven Ziegel- und Zementherstellung bindet Holz ja bei seinem Wachstum große Mengen CO₂. Um das Ergebnis zu verstehen, muss

man wissen, was in einer sogenannten „Lebenszyklusbetrachtung“ untersucht wird: die Herstellung der Baumaterialien, die Errichtung des Gebäudes, seine Beheizung, schließlich sein Abriss und die Entsorgung seiner Baumaterialien.

Wenn in Pohls Studie von einem Betrachtungszeitraum von 50 Jahren die Rede ist, dann bedeutet

Das Kernproblem und hochspekulativ sind die in der Lebenszyklusbetrachtung für das Lebensende getroffenen Annahmen: Woher wollen wir heute wissen, dass das Holz nach dem Abriss des Gebäudes nicht weiterhin stofflich genutzt, sondern verbrannt wird? Auch wenn das Verbrennen heute vielleicht noch weit verbreitet ist – eine verbindliche Prognose zu treffen,

*Dem „Deutschen Gütesiegel Nachhaltiges Bauen“
fehlt es an Mut, klare Prioritäten zu setzen.*

dies keinen Zwischenstand, sondern einen Endstand. Das Gebäude wird so gerechnet, dass es nach 50 Jahren Nutzung abgerissen, sein Baumaterial entsorgt und das Holz verbrannt wird. Holz zu verbrennen bedeutet aber, das bis zu diesem Zeitpunkt gebundene CO₂ komplett freizusetzen. Damit ist das große Plus des Baustoffs Holz bei der CO₂-Bilanz dahin. Was bleibt, ist die Differenz zwischen der energiearmen Ernte und Bearbeitung von Holz und der energieintensiven Herstellung anderer Baustoffe. Die lässt sich durch die Annahme kurzer Erneuerungsintervalle für bestimmte Bauteile aus Holz über einen entsprechend langen Betrachtungszeitraum kleinrechnen.

was in 50 Jahren sein wird, wäre so, wie in den 1960er-Jahren die heutige Bedeutung des Internets, des Mobilfunks und der Smartphones vorhergesagt zu haben. Fakt ist: Wir haben keinen blassen Schimmer, wie sich die technischen Möglichkeiten in den nächsten 50 Jahren entwickeln werden.

Zudem wird bei solch langen Betrachtungszeiträumen die Dringlichkeit des Klimaschutzes ignoriert. „Nachdem wir das Ziel endgültig aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen“, lautet ein berühmtes Zitat von Mark Twain. Der Klimaschutz ist eine Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte, nicht für das Ende unseres Jahrhunderts. Es

PRESSE-KONFERENZ

Rohstoffsituation beim Nadelholz – Warnung vor dem „Kahlschlag fürs Holzhaus“

Wenn Deutschlands Wälder zu vier Wänden werden: Holzhäuser im Öko- und Baukosten-Check

3 Studien: Massiv- versus Leichtbau | Baukosten – Bauzeiten | Energiespar-Bau

Deutschland gibt sein „Natur-Tafelsilber“ weg: Wenn aus Wäldern immer mehr Holzhäuser werden, dann droht ein zunehmender Kahlschlag. Schon heute wird in den Wäldern kräftig für die Bauwirtschaft gerodet. Tendenz: steigend. Besonders betroffen: der Nadelholzbestand. Dessen Verbrauch liegt mittlerweile schon um bis zu 15 Prozent über der natürlichen Nachwachsrate. Wissenschaftler schlagen Alarm. Sie warnen vor einem „Raubbau am Forst“ und dem „Ausverkauf der Ressource Wald“.

Damit nicht genug: Um den weiter zunehmenden Holzbedarf von Bau- und

geht beim Klimaschutz darum, die heute viel zu schnelle Überhitzung der Erdatmosphäre zu bremsen, damit die Ökosysteme genügend Zeit haben, sich an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Haben sie diese Zeit nicht, kollabieren viele – mit katastrophalen Folgen für Mensch und Natur.

Welche Haltung nimmt die Lebenszyklusbetrachtung des „Deutschen Gütesiegels Nachhaltiges Bauen“ ein? Sie sagt: Blenden wir doch die lästige Gegenwart mit ihrem Klimaschutz einfach aus! Versuchen wir stattdessen, in ferner Zukunft eine rechnerisch gute Nachhaltigkeitsbilanz aufzuweisen! Fakt ist aber: Je schneller sich die Erdatmosphäre in den nächsten Jahrzehnten überhitzt, desto katastrophaler die Folgen. Und umgekehrt: Je langsamer sie sich überhitzt, desto besser lassen sich die Folgen bewältigen. Aus diesem simplen Sachverhalt lei-

Der Klimaschutz ist eine Herausforderung für die nächsten Jahrzehnte, nicht für das Ende unseres Jahrhunderts.

tet sich klar ab, wo in den nächsten Jahrzehnten die Priorität im nachhaltigen Bauen liegen muss.

Bauen mit Holz bedeutet: Klimaschutz sofort!

Die große Klimaschutzleistung des Bauens mit Holz liegt darin, die Freisetzung des im Holz gebundenen CO₂ für Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte zu verzögern. Würde das Holz verrotten oder verbrannt, wäre das gebundene CO₂ schon nach wenigen Jahren freigesetzt. Der bremsende Eingriff in den natürlichen CO₂-Kreislauf gibt der Menschheit Zeit, für ihre Energieversorgung CO₂-freie Lösungen zu entwickeln

in den nächsten Jahrzehnten. Es ist zu hoffen, dass die menschliche Kreativität in einigen Jahrzehnten eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft entwickelt hat. Bis es allerdings soweit ist, müssen die jährlichen CO₂-Emissionen so schnell wie möglich sinken.

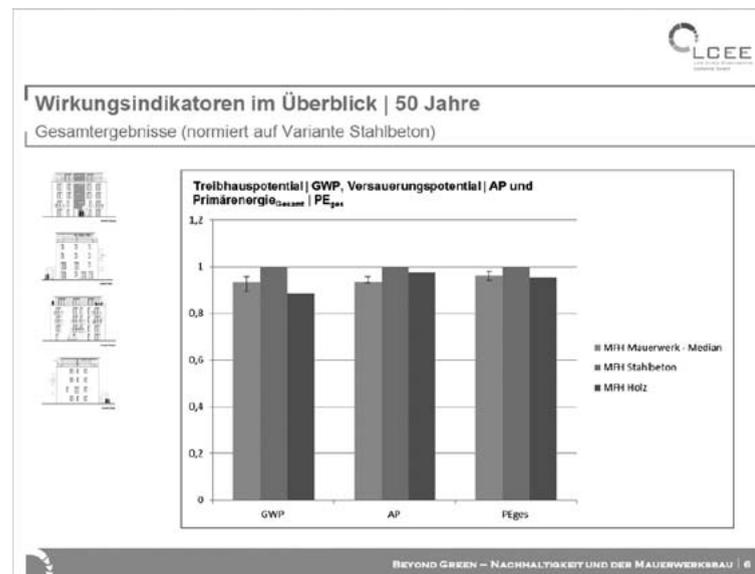
Das Rechenverfahren zum „Deutschen Gütesiegel Nachhaltiges Bauen“ blendet diese Dringlichkeit konsequent aus. Es ist nur eine Kompromisslösung, auf die sich die verschiedenen Interessengruppen – darunter die Lobbyverbände der großen Industriebranchen – am Runden Tisch verständigt haben. Seine Komplexität verschleiert die-

und einzuführen. Was in 50 Jahren mit dem heute verbauten Holz tatsächlich passieren wird, kann niemand vorhersagen. Doch das ist dann wohl auch nicht mehr so wichtig, zumindest nicht so wichtig wie

se Tatsache und erweckt stattdessen den Anschein seriöser Wissenschaftlichkeit. Wissenschaftlich sind jedoch nur die Datengrundlage und die Rechenverfahren. Die Gewichtung der Bewertungskriterien dagegen wurde willkürlich festgelegt. Und vor allem die Reduzierung auf ein „Endergebnis“ ist irreführend.

Ist der Holzbau nachhaltig? Diese Frage lässt sich gar nicht klar beantworten, weil der Begriff „Nachhaltigkeit“ unklar ist. Er stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bedeutet, nicht mehr Holz zu ernten als nachwächst. Diese Maxime auf andere Bereiche zu übertragen, ist in unserer hochkomplexen Welt äußerst schwierig. Von daher bleibt „Nachhaltigkeit“ immer ein schwammiger Begriff, dessen Inhalte erst definiert werden müssen. Darin liegt aber immer viel Willkür. Kaum Willkür gibt es dagegen bei der Frage, ob ein Baustoff klimafreundlich oder klimaschädlich ist, denn dafür gibt es ein klares und exakt nachweisbares Kriterium: die CO₂-Bilanz.

Wie groß der Beitrag der Holzbauweise zum Klimaschutz ist,



Resultat eines fragwürdigen Rechenverfahrens: Die CO₂-Bilanzen sind in Mauerwerks-, Stahlbeton- und Holzbauweise nach 50 Jahren jeweils fast gleich.

zeigen Anfang 2017 veröffentlichte Berechnungen des Münchner Architekten Holger König. Er untersuchte die CO₂-Bilanzen von drei mehrgeschossigen Wohngebäuden – jeweils in der realisierten Holzbauweise und in einer fiktiven Standardbauweise mit verschiedenen Heizsystemen. Die Ergebnisse sind verblüffend: Selbst bei völlig CO₂-freiem Heizen – für das es aktuell noch gar

nicht falsch. Er kann sich dabei aber auf die CO₂-Bilanz beschränken und muss unbedingt die Lebenszyklusphasen separat betrachten.

Vorbildlich: Holzbau-Siedlung in München

Das Münchner Stadtplanungsamt ließ sich vom „Deutschen Gütesiegel Nachhaltiges Bauen“ nicht irritieren und beschränkt bei der Kon-

Das „Deutsche Gütesiegel Nachhaltiges Bauen“ blendet die Dringlichkeit des Klimaschutzes aus.

keine marktfähigen Lösungen gibt – weisen die Gebäude in Standardbauweise nach 50 Jahren noch eine deutlich schlechtere CO₂-Gesamtbilanz auf als die Gebäude in Holzbauweise mit einer CO₂-intensiven Gasheizung. Königs Fazit: „Die großen CO₂-Einsparpotenziale liegen nicht in der Heizungstechnik, sondern in der Bauweise.“

Fazit: Lebenszyklusphasen separat betrachten!

König und Pohl haben sich beide an die Rechenregeln des „Deutschen Gütesiegels Nachhaltiges Bauen“ gehalten. Der große Unterschied: In Königs Berechnungen wird nicht davon ausgegangen, dass das Gebäude nach 50 Jahren abgerissen wird und dessen Holz verbrannt wird. In Königs Berechnungen bleibt die Zukunft offen. Wer bei Lebenszyklusanalysen nur auf das Endergebnis schaut und nicht weiß, wie fragwürdig viele Annahmen sind, wird daraus völlig falsche Schlüsse ziehen.

Wer bei Gebäudeanalysen klare Aussagen über die Klimawirkung erhalten will, der kann die Berechnungsmethoden des „Deutschen Gütesiegels Nachhaltiges Bauen“ durchaus nutzen, denn sie sind ja

zeption einer ökologischen Muster-siedlung mit 500 Wohneinheiten auf dem Gelände der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne neue Wege. Nach dem Stadtratsbeschluss war den Verantwortlichen schnell klar, dass dem Baumaterial entscheidende Bedeutung zukommt und „Nachwachsende Rohstoffe“ (Nawaros) zum Einsatz kommen sollten. Doch wie lässt sich das sinnvoll definieren? Ab welchem Holzanteil ist ein Holzhaus überhaupt ein Holzhaus? Und wo definiert man verbindliche Vorgaben? Im Bebauungsplan? Oder anderswo?

Um diese und andere Fragen schlüssig zu beantworten, wurde eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben, die der Lehrstuhl für ressourceneffizientes Bauen der Ruhr-Universität Bochum durchführte. Sie sollte klären, welche Anforderungskriterien sinnvoll sind und wie sie sich praxisnah definieren und umsetzen lassen. Dafür wurden bereits realisierte Holzgebäude analysiert und daraus sogenannte „Nawaro-Stufen“ abgeleitet: die Masse nachwachsender Rohstoffe bezogen auf die Wohnfläche.

Die Interessenten für Grundstücke mussten auf ihrem Bewer-

ONLINETIPPS

DGfM

Holzhäuser im Öko- und Baukosten-Check

Pressekonferenz zur Messe „Bau“

16.01.2017

<http://t1p.de/hjtc>

Interview mit Holger König

Wo wir das meiste CO₂ einsparen können

Schriftenreihe „STOP CO₂“

Januar 2017

www.stopco2.jetzt

bungsformular verbindlich erklären, welche ökologischen Kriterien und vor allem welche „Nawaro-Stufen“ sie realisieren wollen. Die meisten Bewerber kreuzten die höchste Stufe an. Unter den ambitioniertesten Bewerbern wurden dann die Grundstücke vergeben bzw. verlost. Ergänzend wurde ein Förderprogramm aufgelegt, das jedes verbaute Kilogramm Holz bei Gebäuden mit bis zu drei Geschossen mit 70 Cent und bei Gebäuden mit vier oder mehr Geschossen mit 2 Euro bezuschusst. Diese Vorgehensweise zeichnet sich durch eine bestechende Klarheit und Weitsicht aus. ■

Günther Hartmann, Jahrgang 1965, studierte Architektur und war nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und



Stadtplanungsbüros tätig. Seit 2008 arbeitet er hauptberuflich als Journalist. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.

www.guenther-hartmann.de

An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

„Wirtschaftswachstum frisst die Erde auf!“, titelte meine Tageszeitung am 09.05.2017. Untertitel: „Fortschritt und Katastrophe hängen eng miteinander zusammen.“ ÖDP-Mitglieder der frühen Jahre kennen das Standardwerk „Ein Planet wird geplündert“. Viel gelesen, aber politisch unbeachtet, mit der Folge, dass der Bericht des Club of Rome von Mitte 2013 in logischer Konsequenz titelte: „Der geplünderte Planet“. Wenn wir was machen, dann scheinbar richtig! Seit mehr als 40 Jahren setzen wir die Plünderung ungebremst fort, treiben sie gar mit den Freihandelsabkommen noch an ... Und jetzt?

Der Soziologe Harald Welzer (Mitautor des Buches „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“; Mitverfasser des Generationen-Manifestes und bekennender Nichtwähler) schreibt über die Wachstumswirtschaft, sie sei

„Die Erde braucht uns – auf der Tür zum Notausgang steht ÖDP!“

„unökonomisch, weil sie ihre eigenen Voraussetzungen konsumiert“. Nichts Neues.

Die wirkliche Katastrophe ist, dass die, die politisch Verantwortung tragen, blind, gefühllos oder in ihren Lobby-Beziehungen verstrickt sind und ständig das Gegenteil von dem passiert, was getan werden müsste. Aktuell wieder anschaulich in den USA zu beobachten.

Die Philosophie sagt: „Was das Gefühl nicht färbt, bleibt dem Verstand blass.“ Muss es erst richtig wehtun oder gelingt es, durch Einsicht klug zu werden? Schaffen wir es „by design or by disaster“ (Peach)? Ich will optimistisch bleiben!

Lösungsvorschläge, wie wir ein gutes Leben für alle organisieren können, ohne unseren Lebensraum Erde zu zerstören, erarbeiten wir seit 35 Jahren. Die Tür zum Notausgang ist orangefarben. ÖDP steht in großen Lettern auf dieser Tür. Jetzt muss es uns „nur“ noch gelingen, viele Wählerinnen und Wähler dafür zu gewinnen, dass wir, wie Horst Köhler schreibt, „die erste Generation sein wollen, die die extreme Armut beendet und die letzte Generation, die vom Klimawandel bedroht ist“.

„Der Planet braucht keine erfolgreichen Menschen mehr. Er braucht dringend Friedensstifter, Heiler, Erneuerer, Geschichtenerzähler und Liebende aller Arten. Er braucht Menschen, die gut an ihren Plätzen leben; Menschen mit Zivilcourage, bereit, sich dafür einzusetzen, die Welt lebenswert und menschlich zu gestalten.“ (Dalai Lama). Und er braucht Wählerinnen und Wähler mit Mut und Zuversicht.

In diesem Sinne wollen wir unseren Bundestagswahlkampf verstehen und anpacken! Die ÖDP ist die einzige politische Alternative, die die zerstörende Wachstums-ideologie nicht nur infrage stellt, sondern echte Lösungen anbietet. www.MenschVorProfit.de – weil jede Stimme wirkt!

Ihre



Gabriela Schimmer-Göresz
Bundesvorsitzende

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Bund-Länder-Rat tagt erstmals in Ingolstadt

Am Vorabend des 53. Bundesparteitages in Ingolstadt tagte erstmalig der neu eingerichtete Bund-Länder-Rat. In der Sitzung wurden kontrovers die verschiedenen Plakatgrundentwürfe zur Bundestagswahl diskutiert. Die beiden Wahlkampfkoordinatoren Michael John und Thomas Büchner referierten anschaulich den Sachstand zur Bundestagswahl. Weiter wurde die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften zur möglichst flächendeckenden Teilnahme an der Bundestagswahl eingehend besprochen.

Der Bund-Länder-Rat ist ein beratendes Gremium der Landesvorstände und des Bundesverbands. Er soll die Zusammenarbeit zwischen den Landesvorständen untereinander sowie mit dem Bundesvorstand fördern und weiterentwickeln. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere die Beratung über Wahlkampagnen, Strategiekonzepte und bundesweite Kampagnen, die Unterstützung beim Strukturaufbau der Partei und die Beratung über Aufgaben, die ihm vom Bundesparteitag, vom Bundeshauptausschuss oder vom Bundesvorstand zugewiesen werden.

Strategiepapier für die Bundestagswahl entwickelt

Der Bundesvorstand hat in Zusammenarbeit mit den zuständigen hauptamtlichen Mitarbeitern ein Strategiepapier zur Bundestagswahl entwickelt. Dies wurde bereits auf dem Bundeshauptausschuss



Der Bund-Länder-Rat ist ein beratendes Gremium der Landesvorstände und des Bundesverbands.

im Januar in Würzburg behandelt. Inzwischen sind einige Fortschreibungen erfolgt. Das Papier wurde kürzlich in eine Endfassung gebracht und den Landesvorständen für die Wahlkampagne zur Verfügung gestellt.

Die Europawahl wirft ihre Schatten voraus

Vom 19. bis 21. Mai tagte in Frankfurt/Main ein Kreis von aktiven Parteimitgliedern gemeinsam mit unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner, um die Fortschreibung des Europawahlprogramms für das Wahljahr 2019 vorzubereiten. Es wurden sechs Impulsreferate zu europapolitischen Themen gehalten und diskutiert. Darüber hinaus wurde geprüft, zu welchen Themen inhaltliche Fortschreibungen oder neue Grundsatzdebatten in den Gremien erforderlich sind. Der Vorsitzende der Bundesprogrammkommission, Dr. Reinhold Reck, hat an dieser Sitzung teilge-

nommen und sorgt für eine entsprechende Rückkopplung in die Bundesprogrammkommission. Ausführlich wurde die Frage nach demokratischen Reformen diskutiert und Ideen für eine demokratischere Struktur der EU-Gremien entwickelt. Auch Fragen wie der Brexit, die Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie die Problematik der Freihandelsabkommen wurden besprochen. Die Europawahl wirft also bereits ihre Schatten voraus!

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro
Neckarstr. 27–29
55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20
Fax: (0 61 31) 67 98 15



politik@oedp.de



Bernhard Suttner ist seit 35 Jahren Mitglied in unserer Partei!
Herzlichen Glückwunsch!

Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Am 25. März jährte sich zum 60. Mal die Unterzeichnung der Römischen Verträge, die als Geburtsurkunde der Europäischen Union gelten. Wir haben durchaus Grund, stolz auf das Erreichte zu sein. Dass allerdings mit Großbritannien erstmals ein Staat die EU verlassen wird, ist mehr als ein Warnschuss. Zahlreiche Probleme wie die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, die Bankenkrise, der Streit um die Verteilung von Flüchtlingen oder die ökologischen Herausforderungen, kombiniert mit dem Demokratiedefizit in der EU, sorgen für zunehmenden Unmut. Deshalb brauchen wir in Europa eine demo-

die durch die massenhafte präventive Gabe von Antibiotika in der Tiermast entstehen. Mittels einer Petition auf der Seite www.change.org fordere ich Christian Schmidt, Minister für Ernährung und Landwirtschaft, auf, sich für eine Umstellung der Landwirtschaft auf eine ökologische Tierhaltung ohne vorbeugende Gabe von Antibiotika einzusetzen. Derzeit haben bereits mehr als 83.000 Menschen diese Petition unterschrieben!

Es ist sehr ärgerlich, dass die Europäische Kommission kürzlich die Beihilfen für das ungarische Atomkraftwerk Paks genehmigt hat. Mithilfe russischen Geldes und russischer Technologie soll das 110 Kilometer südlich von Budapest gelegene AKW von vier auf sechs Reaktoren erweitert werden. Nach dem Beschluss über die Genehmigung der Beihilfen für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point C setzt die EU-Kommission nun erneut die falschen Akzente. Das Vorgehen beweist, dass die Produktion von Kernenergie dermaßen hohe Kosten verursacht, dass sie sich nur rechnet, wenn den Betreibern üppige Subventionen zugesagt werden. Die Beihilfen sind deshalb eine



Klaus Buchner (ÖDP) auf dem Europatag in München

kratisch gewählte Regierung anstatt der von Lobbyisten vereinnahmten EU-Kommission. Darüber hinaus muss das Mitspracherecht der europäischen Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden. Zudem müssen die Kompetenzen des Europäischen Parlaments erweitert werden. Das Parlament muss insbesondere das Recht erhalten, Gesetzesinitiativen vorzuschlagen und die Außen- und Sicherheitspolitik mitzubestimmen.

Im Rahmen meiner Kampagne „Klaus graut's“ informiere ich über die Risiken der Massentierhaltung und insbesondere über die Gefahren multiresistenter Keime,

wettbewerbsverzerrende Bevorzugung der Atomkraft zu Lasten anderer Energieträger. Als einziger Kernphysiker im Europäischen Parlament setze ich mich auch weiterhin dafür ein, dass die gefährliche Uralt-Technologie Atomkraft endlich auf dem Müllhaufen der Geschichte landet. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

Klaus Buchner

ÖkologiePolitik

mit neuem Internetauftritt



Liebe Leserinnen und Leser der ÖkologiePolitik,

am 17.07.2016 ist es endlich so weit: Die ÖDP-Parteizeitung ÖkologiePolitik startet dann offiziell mit einem neu gestalteten Webauftritt. Alle Artikel der Printausgabe werden ab dem 17. Juli 2017 unter www.oekologiepolitik.de auch auf einzelnen Webseiten im modernen Blogformat präsentiert. Das bisher ausschließlich existierende digitale PDF ist dort ebenfalls abrufbar.

Weitere Features sind in naher Zukunft geplant, um den LeserInnen der ÖkologiePolitik ein weiteres attraktives Angebot zu machen und neue Zielgruppen für unser Heft zu begeistern.

Damit erweitert die Redaktion des Magazins ihr digitales Angebot und sorgt gleichzeitig für neue, stetig aktuelle Artikel in einem ansprechenden Design. Schauen Sie doch einmal vorbei!

Günther Hartmann & Pablo Ziller

www.oekologiepolitik.de

Baden-Württemberg

OB-Holleman wiedergewählt!

Aus Baden-Württemberg ist als schöner Erfolg zu melden, dass der Denzlinger ÖDP-Bürgermeister Markus Hollemann wiedergewählt worden ist. Er vereinte im zweiten Wahlgang 43,5 % der Stimmen auf sich



Markus Hollemann (ÖDP)

und landete noch vor dem von der CDU unterstützten grünen Bewerber Thomas Pantel (36,7%) und dem parteilosen Christoph Kern (19,8%). Der zweite Wahlgang war nötig geworden, weil im ersten Wahlgang – bei einem ähnlichen Ergebnis – kein Bewerber die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hatte. Wir gratulieren Markus Hollemann zu seinem Erfolg!

Während seiner achtjährigen Amtszeit machte die Gemeinde Denzlingen positiv von sich reden: So hat ihr der Europarat am 27. April für ihre vier aktiven Städtepartnerschaften samt den zahlreichen Schüleraustauschen und der Ausrichtung eines europäischen Jugendsportfestes das Europa-Diplom verliehen. Denzlingen (Kreis Emmendingen) ist damit eine von insgesamt sieben Kommunen in Europa, die 2017 mit diesem Preis geehrt wird. Das Europa-Diplom ist ein erster Schritt auf der Bewerbung für den Europapreis, der den besonderen Einsatz von Gemeinden für die Stärkung eines vereinten Europas würdigt. Bereits 2010 hatte Denzlingen die Auszeichnung zur sport- und umweltfreundlichen Gemeinde Badens erhalten. Stellvertretend für viele weitere erfreuliche Ereignisse seien außerdem die Eröffnung eines Fairkauf-Kaufhauses für gebrauchte Artikel, das ein erfolgreiches Jahr hinter sich hat, und der Rückkauf des Gas- und Stromnetzes von dem bisherigen Betreiber badenova genannt.

Bei Redaktionsschluss Mitte Mai ist die Sammlung der Unterschriften für den Volksantrag gegen CETA noch in vollem Gange. Zu diesem Zeitpunkt lagen rund 5.000 Unterschriften (von erforderlichen 39.000) vor, wobei die Sammlung noch bis zum 1. Juli 2017 läuft. In der nächsten ÖkologiePolitik werden wir über das Ergebnis des Volksantrags berichten und den Verlauf analysieren. Wer sich darüber schon vorher informieren will, kann dies unter www.oedp-bw.de tun.

In den nächsten Wochen wird der Bundestagswahlkampf im Mittelpunkt stehen, der auch Thema des Landesparteitags am 20. Mai war. Der nächste Landesparteitag wird am Samstag, 18. November, stattfinden. Die Frist für Anträge an den Landesparteitag ist der 26. August 2017, die Frist für Änderungsanträge der 7. Oktober 2017. Der diesjährige Landesparteirat ist für Samstag, den 21. Oktober, angesetzt, geht also dem Landesparteitag voraus.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg
Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: (0711) 636 46 44, info@oedp-bw.de
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: (07121) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

Das Spitzenteam der ÖDP Bayern zur Bundestagswahl



Gabriela Schimmer-Göresz



Dr. Klaus Buchner



Thomas Müller

„Unser Ziel ist eine ausschließlich am Gemeinwohl orientierte Politik, zusammengefasst in dem Satz ‚Mensch und Planet vor Profit!‘“. Mit diesem Kernziel präsentierte sich die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) in Bayern auf ihrer Aufstellungsversammlung in Regensburg für die Landesliste zur Bundestagswahl. 160 Delegierte aus Bayern kamen nach Regensburg, um zu signalisieren, dass die ÖDP startklar für den Kampf gegen die Überhitzung der Erde, für fairen Handel und für soziale Gerechtigkeit ist. In nahezu jedem Wahlkreis wird zudem ein Direktkandidat der ÖDP antreten.

Angeführt wird die bayerische Landesliste von der Bundesvorsitzenden der ÖDP, Gabriela Schimmer-Göresz, gefolgt vom Münchner Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner auf Platz 2 und vom Bezirksvorsitzenden in Oberfranken und Stadtrat Thomas Müller auf Platz 3. Auf Platz 4 wurde die ÖDP-Kreisrätin und



Edith Lirsch



Karl-Heinz Binner

Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Edith Lirsch, und auf Platz 5 Karl-Heinz Binner, Bezirksvorsitzender der ÖDP Oberpfalz, gewählt. Auf den Plätzen sechs bis zehn folgen Bundesvorstandsmitglied Dr. Manfred Link (Schwaben), Günther Brendle-Behnisch (Mittelfranken), Volker Halfmann und Bernhard Schmitt (beide Unterfranken) und Christina Treffler (Oberbayern).

Die Delegierten verabschiedeten außerdem einen offenen Brief, in dem Kanzlerin Angela Merkel aufgefordert wird, die Waffenexporte zu stoppen.

ÖDP deckt auf: Kein Bedarf für 3. Startbahn in München

„Seehofers Märchen sind gefährlich. Es gibt keinen Bedarf für eine 3. Startbahn am Flughafen München!“ Klaus Mrasek, der Landesvorsitzende der ÖDP Bayern, hat einfach nachgeschaut: An mehreren Tagen zu Hauptreisezeiten im Terminal 1 gähnende Leere. Wenige Maschinen in Abfertigung, kaum Passagiere im Gebäude. „Ministerpräsident Seehofer entwickelt sich gerade beim Thema 3. Startbahn zu einer unzuverlässigen Größe: Erst ist er dafür, nach dem Bürgerentscheid ist er plötzlich dagegen und nun bedient er die Sponsoren seiner Partei wieder mit einem Ja zur 3. Startbahn.“ Die Flugbewegungen nehmen seit Jahren ab. Aufnahmen belegen den wahren Alltag am Airport. „Der Flughafen ist schon jetzt zu groß dimensioniert. Und die Zeche



Unendliche Weiten, wir schreiben Dezember 2016. Airport München Terminal 1: gähnende Leere.



April 2017: Immer noch leer. Terminal 1. Hauptreisezeit Freitag-nachmittag. Die ÖDP beweist durch „Kontrollbesuche“: Nur die Sponsoren der CSU und SPD „brauchen“ eine 3. Startbahn.

bezahlen alle Bayern, egal ob sie jemals den Münchner Flughafen nutzen!“, betont Klaus Mrasek. Die CSU trickst mit allen Mitteln. Dobrindt wolle den Flugverkehr in Deutschland mit niedrigen Start- und Landegebühren künstlich aufblähen, kritisiert die ÖDP.

Mit Kultusminister Hans Maier wäre das nicht passiert

Die bayerische ÖDP fordert von der CSU ein klares bildungspolitisches mea culpa. „Das G8 war ein Fehler. Die Wiedereinführung des G9 ist sinnvoll. Mit dem angekündigten gemischten Bildungspaket will die CSU nun aber davon ablenken, dass sie allein für das Durcheinander der letzten Jahre verantwortlich ist“, kritisiert ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek.

Vor allem der bildungspolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Gerhard Waschler, hängt nach Ansicht der ÖDP „sein Fähnchen in den Wind“: „Einmal ist er energisch für das G8, dann wieder genauso überzeugt vom G9, als ob das Hin und Her gar nichts kosten würde. Unter einem Prof. Hans Maier hätte es dieses bildungspolitische Durcheinander nicht gegeben“, meint Mrasek.

„Aktionismus ohne klare Leitidee“ wirft die ÖDP der CSU vor. Mit dem Geld, das für die Umstrukturierungskosten vom G9 auf das G8 und wieder zurück eingesetzt wurde, hätte das jetzt als Wohltat angekündigte Bildungspaket schon vor Jahren eingeführt werden können“, kritisiert der bayerische ÖDP-Vorsitzende Klaus Mrasek. Das bayerische Schulsystem ist nach Ansicht der ÖDP grundsätzlich gut. „Aber alles Herumdoktern, das ständige Belasten der Lehrer, Schüler und Eltern mit einer Reform nach der anderen ist unnötig und hält engagierte Pädagogen davon ab, sich auf ihre eigentliche Aufgabe zu konzentrieren.“

ÖDP bleibt dran: Firmenspenden an Parteien verbieten!

„Wir lassen nicht locker im Kampf gegen Korruption in der Politik!“ In ganz Bayern und ganz besonders im Epizentrum Regensburg setzt die ÖDP ihren Kampf für ein Verbot von Firmenspenden an Parteien fort. In Regensburg wurde sogar der Oberbürgermeister verhaftet, weil der von Baufirmen Großspenden angenommen hat und die Staatsanwaltschaft ermittelt. Deshalb



v.l.: Cornelius Herb (ÖDP-Kreisvorsitzender in Regensburg), Joachim Graf (Stadtrat und Bezirksrat), Astrid Lamby (Stadträtin), Benedikt Suttner (Stadtrat), Stephan Treffler (stellv. Landesvorsitzender) und Hannes Eberhardt (Bundestagsdirektkandidat in Regensburg)

hat die ÖDP mit Großflächenplakaten vor allem an der Franz-Josef-Strauß-Straße in Regensburg auf das Alleinstellungsmerkmal der ÖDP „frei von Firmenspenden“ hingewiesen.

Außerdem fordert die ÖDP von der CSU als unverzichtbare Sofortmaßnahme, „ab jetzt wenigstens von Versicherungsunternehmen keine Geldgeschenke mehr anzunehmen“. „Die Ankündigung der Staatsregierung, ab 2019 bei Überflutung keine Soforthilfen mehr zu bezahlen, und die geplante Kampagne zur privaten Elementarversicherung könnten sonst schnell in einem ungunstigen Licht erscheinen und das Vertrauen der Bevölkerung in sachgerechte Entscheidungsprozesse noch weiter erschüttern“, befürchtet die ÖDP. Solange eine Partei Geldgeschenke von Versicherungen annimmt, werden sich die Bürger ihren Teil dabei denken.

Aktion gegen Wahlergebnis-Verfälschung

In mehreren Bezirkstagen und Kommunalparlamenten Bayerns werden derzeit gemeinsame Anträge der Oppositionsparteien gegen eine Änderung des Kommunal- und des Bezirkswahlrechts eingereicht. Die Partei-

en stemmen sich gemeinsam gegen das Vorhaben der CSU-Landtagsfraktion, bei der Kommunalwahl und bei der Bezirkstagswahl das Auszählverfahren so zu ändern, dass mehr Sitze für die CSU herauskommen: Die Landtagsmehrheit fordert d'Hondt statt Hare-Niemeyer. Der ÖDP-Landesvorstand empfiehlt allen Mandatsträgern, vor Ort Bündnisse gegen dieses Vorhaben zu bilden oder – wo dies nicht zustande kommt – auch ÖDP-Einzelanträge einzubringen. Musteranträge und Beratung gibt es im Intern-Teil auf www.oedp.de oder bei urban.mangold@oedp-bayern.de. Derzeit sieht es so aus, dass die CSU das Vorhaben bis auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschiebt, um dann umso ungenierter die Rechte der kleineren Parteien angreifen zu können.

Delegierte des ÖDP-Landesparteitages spenden für Hochwassergeschädigte

Das verheerende Hochwasserunglück vor allem im niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn und im mittelfränkischen Landkreis Neustadt Aisch/Bad Winds-



Spendenübergabe im mittelfränkischen Oberzenn (v.l.): Kreisvorsitzender Jürgen Osterlänger, Bürgermeister Markus Heindel, Landesvorsitzender Klaus Mrasek und Bezirksvorsitzender Walter Stadelmann

heim hat auch die Delegierten des ÖDP-Landesparteitages im letzten Jahr bewegt. 1.500 Euro sammelten die Teilnehmer aus ganz Bayern für die Geschädigten. ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek übergab den symbolischen Scheck zusammen mit dem ÖDP-Bezirksvorsitzenden Walter Stadelmann und dem ÖDP-Kreisvorsitzenden Jürgen Osterlänger an Bürgermeister Markus Heindel für die Hochwasseropfer in Oberzenn.



Übergabe des Spendenschecks für Betroffene im Landkreis Rottal-Inn (v. l.): Kreistagsfraktionsvorsitzender Sepp Rettenbeck, stellvertretende Landesvorsitzende Agnes Becker, Landrat Michael Fahmüller und ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold

Die stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker übergab die Spende zusammen mit ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold und Kreistagsfraktionsvorsitzenden Sepp Rettenbeck an den Landrat von Rottal-Inn, Michael Fahmüller. Die Spenden wurden auf die von den Behörden verwalteten Hochwasserhilfe-Spendenkonto überwiesen.

„Es ist uns ein großes Bedürfnis, unsere Solidarität mit den Betroffenen zum Ausdruck zu bringen“, erklärten die ÖDP-Politiker, die auch schon an die Zukunft denken. Die ÖDP-Delegiertenversammlung hat eine Petition zur Einführung einer staatlichen Garantie-Versicherung gegen Elementarschäden auf den Weg gebracht, die für jedermann zu einem akzeptablen Preis verfügbar sein soll. Genauso notwendig ist nach Ansicht der ÖDP-Politiker ein Masterplan für natürlichen dezentralen Hochwasserschutz. Jede Gemeinde, ob vom Hochwasser betroffen oder nicht, sollte unnötige Versiegelung zurückbauen und prüfen, wo man dezentrale Versickerung in der Fläche begünstigen könne. Nur so gibt es nach Ansicht der ÖDP-Politiker einen flächendeckenden Effekt und Hochwasserprävention.

Neuer ÖDP-Plan gegen unethische Kreditgeschäfte der Landesbank

Mehrere Sparkassen-Verbandsräte der ÖDP beantragen derzeit in den Zweckverbandsversammlungen, dass die Sparkassen auf einen Kurswechsel der Bayerischen Landesbank drängen. „Klimaschädliche und unethische Finanzierungen durch die Landesbank müssen künf-

tig unterbleiben. Sie gefährden auch den guten Ruf der bayerischen Sparkassen, die an der Landesbank beteiligt sind“, meinen die Landshuter ÖDP-Stadträtinnen Elke März-Granda und Christine Ackermann sowie der Passauer ÖDP-Bürgermeister und Sparkassen-Verbandsrat Urban Mangold. Aktuell geht es um eine von Donald Trump durchgepeitschte Schieferöl-Pipeline.



Die Landshuter ÖDP-Stadträtinnen Elke März-Granda und Christine Ackermann mit dem niederbayerischen ÖDP-Vorsitzenden und Passauer Bürgermeister Urban Mangold beim Start der Aktion gegen unethische Kreditvergaben

Diese führt durch Zonen religiöser Bedeutung im Lebensbereich indigener Menschen in Nordamerika. Die Landesbank ist an der Finanzierung beteiligt, rudert aber inzwischen zurück. Doch das reicht den ÖDP-Kommunalpolitikern nicht. Dem ÖDP-Vorstoß zufolge soll der Sparkassenverband als Anteilseigner der BayernLB dafür sorgen, dass die Landesbank künftig keine Kredite mehr für klimaschädliche Investitionen im Spektrum fossiler Energieträger gewährt. Ein klarer Kriterienkatalog muss her. Gleiches soll für die Finanzierung von Atomkraftwerken gelten und für Investitionen, die ethisch fragwürdig sind und die Menschenrechte missachten. „Der Landesbank muss endlich klar werden: Wenn Sie unethische Kreditgeschäfte betreibt, wird überall im Land in den Sparkassengremien darüber diskutiert. Dafür sorgen wir“, kündigt der niederbayerische ÖDP-Vorsitzende Urban Mangold an.

Der Antrag kann in abgeänderter Form auch von ÖDP-Räten gestellt werden, die keinen Sitz im Sparkassenzweckverband haben. Muster-Antrag und Beratung im Intern-Teil von www.oedp.de und bei urban.mangold@oedp-bayern.de

„Goldener Reißnagel“ für Beharrlichkeit und Widerspruch

Die ÖDP Bayern hat ihren Preis an den Schwandorfer Stadtrat Alfred Damm für seinen Einsatz gegen die Geflügelmastanlage verliehen.

Die bayerische ÖDP hat bei einem Kleinen Parteitag in Regensburg ihren Preis für Mut, Beharrlichkeit und Widerspruch verliehen: den „Goldenen Reißnagel“. Der Schwandorfer Stadtrat Alfred Damm ist der zweite Preisträger dieser 2016 eingeführten Auszeichnung. Die ÖDP würdigt ihn für seinen Einsatz gegen die Geflügelmastanlage Kapflhof.

„Das deutsche Tierschutzgesetz folgt dem Grundsatz, dass niemand ‚einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen‘ darf. Der Tierschutz ist seit 2002 in Deutschland sogar als Staatsziel im Grundgesetz verankert. In der landwirtschaftlichen Massentierhaltung bleibt dies leider folgenlos. Dass trotz dieser gesetzlichen Grundlagen Geflügelmastanlagen genehmigt werden und wirtschaftlichen Gesichtspunkten Vorrang eingeräumt wird, ist für uns nicht akzeptabel“, sagte der stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Stephan Treffler in seiner Laudatio.

Treffler: „Wir zeichnen Alfred Damm dafür aus, dass er sich beharrlich und kritisch dem entgegengestellt hat. Zusammen mit den Bündnispartnern Bund Naturschutz, Tierschutzverein und Grüne hat die Schwandorfer ÖDP einen großen Erfolg für den Tierschutz



Der stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Stephan Treffler (rechts) und ÖDP-Bezirksrat Joachim Graf (links) zeichneten Alfred Damm beim ÖDP-Parteitag in Regensburg mit dem „Goldenen Reißnagel“ aus.

errungen, per Bürgerentscheid die Geflügelmastanlage verhindert und den OB zum Einlenken gezwungen.“ Alfred Damm dankte den Delegierten für die motivierende Würdigung seiner politischen Arbeit: „Dass die Schwandorfer diese Art der Massentierhaltung nicht wollen, ist ein wichtiges Zeichen.“

Kontakt: ÖDP-Bayern,
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de
www.oedp-bayern.de

Niederbayerische ÖDP-Politikerin widerspricht CSU-Generalsekretär Scheuer

Die agrarpolitische Positionsbestimmung von CSU-Generalsekretär Dr. Andreas Scheuer im Mai in Bad Birnbach ist nach Ansicht der niederbayerischen ÖDP-Spitzenkandidatin und Rottaler Landwirtin Edith Lirsch „an Oberflächlichkeit nicht mehr zu überbieten“. Scheuer habe nicht den geringsten Gedankenansatz erkennen



Die niederbayerische Bundestagsspitzenkandidatin und ÖDP-Agrarexpertin Edith Lirsch mit ihrer Enkelin

lassen, wie anstelle der gescheiterten Politik des „Wachsens oder Weichens“ eine Wende zur Rettung bäuerlicher Familienbetriebe möglich sein soll, kritisiert Edith Lirsch. Die Rottaler Landwirtin ist Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und tritt auf Platz 4 der bayerischen ÖDP-Bundestagsliste an.

Nach Ansicht der ÖDP-Landwirtschaftsexpertin müssten Agrarsubventionen an gesellschaftliche Leistungen gebunden, nicht wie bisher nach Hektar gezahlt werden. Tierhaltung müsse an Fläche gebunden sein, Glyphosat gehöre sofort verboten. Das Futter soll vorwiegend aus heimischer bzw. hofeigener Erzeugung

kommen. „Wir brauchen gerechte, faire Preise für unsere Erzeugnisse und Markteinfluss für uns Bauern, damit wir wieder von unserer Arbeit und Produktion Existenz erwirtschaften können. Die anhaltende Ausrichtung der Landwirtschaft auf Export ist fatal. Investitionsprogramme für immer größere Ställe legen die Betriebe sehr lange fest und führen zu Abhängigkeit und Verschuldung für uns Bauern, gerade wenn durch Krisen ausländische Märkte wegbrechen“, so Lirsch.

Berlin

Wahlantritt gemeinsam gesichert

Im ersten Quartal 2017 hat der Landesverband der Berliner ÖDP einige neue Mitglieder und auch zahlreiche Interessenten gewinnen können. Parallel zum Sammeln der Unterstützungsunterschriften für den Antritt zur Bundestagswahl fragen wir auch ab, ob die Interessenten gerne unseren Newsletter beziehen würden. Im re-



Auf dem Berliner Umweltfestival am 11. Juni 2017 auf der Straße des 17. Juni, direkt vor dem Brandenburger Tor sammelten unsere Mitglieder die letzten 150 Unterstützungsunterschriften und stießen auf viel Zuspruch. Hier Unterschriftenexperte Björn Benken mit dem Berliner JÖ-Vorstandsmitglied Karolina Walsleben.

gelmäßigen E-Mail-Newsletter geben wir Termine, den Stand der Unterstützungsunterschriften und auch unsere Pressemeldungen bekannt. Einmal im Monat veranstalten wir in verschiedenen Bezirken Stammtische oder Ähnliches. Im Juni beispielsweise sind wir auf dem ehemaligen Berliner Flughafen Tempelhof, dem heutigen Freizeitgelände Tempelhofer Feld, und machen dort gemeinsam ein politisches Picknick. Ziel der Stammtische ist es, Interessenten für uns zu gewinnen,



Die ÖDP Berlin beim Picknick auf dem Tempelhofer Feld

aber auch diejenigen Mitglieder, die nicht mehr so mobil sind, in ihrem eigenen Bezirk zu treffen.

Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die Berliner Landesliste zur Bundestagswahl 2017 haben wir – auch Dank unseres engagierten Landeswahlbeauftragten Jens-Eberhard Jahn und vieler sehr aktiver Mitglieder – seit Mitte Juni zusammen. Man kann fast schon sagen, die Sammlung hätte uns zusammengeschweißt und Freude bereitet. Aktuell bemühen wir uns noch um die Sammlung für drei Direktkandidaten in den Bezirken Berlin-Spandau, -Mitte und -Pankow.

Einmal im Monat treffen wir uns zu einer physischen Landesvorstandssitzung und stecken die Ziele für die nächsten Wochen im Vorstand ab.

In der Öffentlichkeitsarbeit haben wir uns insbesondere in den letzten Monaten auf das Thema Verkehr konzentriert. Leider wird in der Berliner Stadtplanung noch immer dem Auto der Vorzug vor Radfahrer/-innen und Fußgänger/-innen gegeben. Hier sehen wir gute Möglichkeiten, uns politisch zu etablieren und Bürger/-innen für uns zu gewinnen. Eine Pressemitteilung thematisierte unzureichende Grünphasen an Fußgängerampeln im Berliner Stadtgebiet.

Der Landesverband freut sich über gezielte Spenden, um die wichtige Aufbauarbeit der ÖDP in der Bundeshauptstadt zu fördern. Spendenkonto der ÖDP Berlin ist die IBAN DE14 7002 0500 0009 8152 04

Kontakt: ÖDP Berlin,
Erich-Weinert Straße 134, 10409 Berlin
Tel./Fax: (0 30) 49 85 40 50
info@oedp-berlin.de
www.oedp-berlin.de

Hamburg

Präsenz auf der Straße und auf dem Wahlzettel

Das erste Halbjahr 2017 stand und steht im Zeichen der Bundestagswahl 2017 und der verstärkten Präsenz auf der Straße. Aktuell sind (Stand 16.06.2017) 95 % der Unterschriften der Landesliste gesammelt. Außerdem sind wir sicher mit mindestens einem Direktkandidaten vertreten.

Im März und April haben unsere Direktkandidatengespräche für Aufmerksamkeit gesorgt, die wir auch mit Plakaten beworben haben. Davon erhoffen wir uns einen Wiedererkennungseffekt im eigentlichen Wahlkampf und neue Interessierte in der Vor-Wahlzeit. So waren wir neben CDU und SPD die einzige Partei mit nennenswerter Plakat-Präsenz. Dies bedeutete für unseren kleinen Landesverband einen enormen zeitlichen Einsatz.

Die Bewerbungsfrist für unseren Nachhaltigkeitsaward endete am 30. April. Bis Ende Juni werten wir die eingegangenen Bewerbungen aus und werden den/

die Preisträger/-in im Vorfeld der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam küren. Der Preis ist mit 150 Euro dotiert. Außerdem nehmen wir Anfang Juli mit einem Stand auf einem großen Hamburger Straßenfest, der „altonale“, teil. Dort werden mehrere 100.000 Besucher erwartet.

Kontakt: ÖDP Hamburg
Curt-Bär-Weg 118, 21035 Hamburg
Tel.: (0176) 573 95 893
info@oedp-hamburg.de
www.oedp-hamburg.de

Hessen

ÖDP Hessen tritt zur Bundestagswahl 2017 an!

Als erste der unterschriftspflichtigen Parteien Hessens, so Landeswahlleiter Dr. Wilhelm Kanther am 23. Mai 2017 bei der Übergabe, reichte die ÖDP Hessen, ver-



Foto: ÖDP Hessen

V.l.: Yasmin Finkbohner und Angela Binder haben die 2.000 bestätigten Unterstützungsunterschriften im hessischen Innenministerium persönlich abgegeben.

treten durch Angela Binder (Landesvorsitzende) und Yasmin Finkbohner (stellv. Landesvorsitzende) die Landesliste mit den erforderlichen Formalien und 2.025 bestätigten Unterstützungsunterschriften ein. Bis zu sieben Kandidaten können uns bei Einzug in den Bundestag in Berlin vertreten.

Nachdem der Wahlantritt in 2013 an der gesetzlichen Unterschriftenhürde (für nicht bereits mit 5 Sitzen im Parlament vertretene Parteien) scheiterte, bekamen die Mitglieder und Interessenten mit dem neuen Vorstandsteam die 2.000 Unterschriften in Rekordzeit zusammen. Innerhalb der ÖDP konnte die ÖDP Hessen damit als erster Landesverband den Wahlantritt zur Bundestagswahl sichern.

Kontakt: ÖDP Hessen
Karlstr. 11, 63589 Linsengericht
Tel.: (06051) 728 00, Mobil: (0178) 542 34 58
info@oedp-hessen.de
www.oedp-hessen.de

Niedersachsen

Landesverband treibt Strukturaufbau voran!

In den vergangenen Monaten konnten die Mitgliederzahlen im Landesverband Niedersachsen aus verschiedenen Gründen erhöht werden. Das machte die Gründung zweier neuer Kreisgruppen im Flächenland Niedersachsen möglich. Im April wurde Ole Feldmann (Student aus Lüneburg) zum Kreisgruppensprecher

in Lüneburg ernannt und im Mai konnte mit Carsten Krehl (43 Jahre alter Sales Manager aus Rehden) ein aktiver Ansprechpartner für eine Kreisgruppe Diepholz/Vechta gewonnen werden. Der Landesvorstand erhofft sich durch diese Neugründung mehr Aktivität vor Ort und in Zukunft die Einrichtung eines Kreisverbandes als Untergliederung.

Kontakt: ÖDP Niedersachsen
Hogen Kamp 9, 26160 Bad Zwischenahn
Tel.: (04403) 699 00 09
martin.f.dress@gmail.com
www.oedp-niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

ÖDP erreicht bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl seit 1995

31 Parteien traten in Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl an – so viele wie noch nie. Schlechte Voraussetzungen für eine kleine Partei wie die ÖDP? Mitnichten. Auch in diesem großen Parteienfeld konnte sich

die ÖDP nicht nur behaupten, sie konnte ihr Ergebnis gegenüber 2012 noch deutlich steigern.

Das Ergebnisniveau ist zwar noch weit von einem Einzug in das Landesparlament entfernt, nur: Viele Wähler geben ihre Stimme ausschließlich an Parteien, die vermutlich den Einzug ins Parlament schaffen. Die etablierten Parteien blasen das den Wählern mit ihren „Keine-Stimme-verschenken-Kampagnen“ zur Genüge ins Ohr. Jede Stimme für die ÖDP wiegt damit weitaus schwerer, da hier ein deutliches Bekenntnis für unsere Politik dahintersteckt. Und 5.500 Menschen mehr als 2012 haben sich mit ihrer Zweitstimme in NRW zur ÖDP bekannt und somit für eine zukunftsorientierte nachhaltige Politik eingesetzt.

Wahlergebnisse sind ein Ergebnis eines Landtagswahlkampfes. Ein anderes, für eine kleine Partei ebenso wichtiges, ist der Mitgliederzulauf und der Zuwachs an Interessenten. Das verbessert die Basis für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf und lässt für kommende Wahlen hoffen.

Die ÖDP führte mit folgenden Themen Landtagswahlkampf:



Zwei der Plakate aus der Plakatserie der ÖDP NRW anlässlich der Landtagswahl 2017



Die Konzernspendefreiheit der ÖDP wurde auf allen Plakaten, im Netz und durch die Pressearbeit in den Vordergrund gestellt. Des Weiteren stellte sich die ÖDP mit den Themen Bildungspolitik, Tierschutz, Familienpolitik und Sicherheit landesweit dar. Die Rhein-Kreisverbände nahmen zusätzlich die Luftreinhaltung in der Binnenschifffahrt und eine Durchsetzung des Nachtflugverbots in ihre Kampagne auf, Aachen, im Dreiländerdreieck Deutschland, Belgien und Niederlande gelegen, fokussierte den grenzüberschreitenden Aspekt der belgischen AKWs und die Mautpläne, die den Grenzraum massiv tangieren. Das Thema „Massentierhaltung und multiresistente Keime“ fanden die ÖDP-Interessierten sowohl auf Plakaten als auch in einer Großveranstaltung mit Prof. Dr. Klaus Buchner (MdEP/ÖDP) in Aachen wieder. Klaus Buchner unterstützte ebenso mit seinem Wahlkampfauftritt in Lüdenscheid zum Thema „100 % Erneuerbare Energien für abgasfreie Städte. So gelingt's!“ die NRW-ÖDP publikumswirksam. Kurz vor der Wahl rückte die ÖDP im Social-Media-Wahlkampf noch die Themen TTIP, CETA und TiSA vermehrt ins Licht.

Jetzt sind natürlich die Wahlergebnisse interessant: Die ÖDP erreichte in dieser Landtagswahl NRW weit an Zweitstimmen 13.325 nach 7.842 in 2012. Das entspricht einer Steigerung von 0,1% auf 0,2%. 2012 waren vorgezogene Landtagswahlen mit kurzer Vorbereitungszeit. Daher sind die Erststimmen weniger vergleichbar. Die Steigerung von 1.336 auf 7.246 Erststimmen ist dennoch beachtlich. Spitzenreiter in den Ergebnissen ist die Stadt Bad Driburg: 3,4% für den Direktkandidaten Wolfgang Seemann und 1,6% für die ÖDP. Gratulation an den Kreisverband, in welchem die ÖDP im Kommunalparlament vertreten ist. Eine tolle Leistung!

Spitzenreiter aller Wahlkreise ist der Wahlkreis Bottrop mit dem Direktkandidaten Johannes Bombeck: 1,5% Erststimmen und 0,7% Zweitstimmen sind hier erreicht worden. Auf Platz 2 der Wahlkreise folgt Aachen I mit dem Direktkandidaten Nico Riedemann mit 1,3% Erststimmen und 0,7% Zweitstimmen. Nico Riedemann hat es auch geschafft, 54% seiner Erststimmen zu Zweitstimmen zu machen. Spitzenreiter in der Umsetzung der Erst- in Zweitstimmen ist Johannes Stirnberg (Aachen II) mit 75%, gefolgt von Franz Pohlmann im Wahlkreis Münster I. Er hat 71% seiner Erststimmen auch zu Zweitstimmen umsetzen können und liegt bei 0,7% Erst- und 0,5% Zweitstimmen. Ihm folgt Michael Krapp im Wahlkreis Münster II, der 67% seiner Erststimmen zu Zweitstimmen machen konnte.

In Münster ist die ÖDP im Rat vertreten. Dass es auch ohne Ratsmandat geht, bewies Claudius Bartsch (Märkischer Kreis III). 62% seiner Erststimmen wandelte er in Zweitstimmen für die ÖDP um und erreichte 0,8% Erst- und 0,5% Zweitstimmen.

Neben den drei Städten mit Kommunalmandaten – Bottrop, Bad Driburg und Münster – ist Aachen mit seinem Ergebnis in diese „Spitzengruppe“ in NRW aufgeschlossen. Mit 1,05% Erst- und 0,66% Zweitstimmen konnten die Ökodemokraten in Aachen auch ohne Kommunalmandate ein Spitzenergebnis einfahren; bei dem Wahlergebnis wäre wohl richtiger zu schreiben: „noch ohne Kommunalmandate“. Neben diesen „Hotspots“, die 0,5% Zweitstimmen und mehr erreicht hatten, gilt der Dank natürlich auch den vielen Direktkandidaten und Wahlkämpfern, die das NRW-Ergebnis erst möglich gemacht haben und der ÖDP ein Gesicht geben. Alle Ergebnisse der 144 NRW-Wahlkreise zum Nachlesen als PDF unter: <https://tinyurl.com/OEDP-NRW-LTW>

Erfreulich ist, dass das ÖDP-Ergebnis landesweit gesteigert werden konnte. Eine der Ursachen dieser Steigerung war eine Social-Media-Kampagne, die etwa 1,5 Millionen Nordrhein-Westfalen über Facebook, Instagram, Twitter und Google+ erreichte. Mit einer Kombination aus Schwerpunkt-, Flächen- und Social-Media-Wahlkampf wird die ÖDP in NRW das Wahlergebnis im Bundestagswahlkampf noch weiter steigern können.

*Kontakt: ÖDP Nordrhein-Westfalen
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster
Tel.: (0251) 760 267 45
info@oedp-nrw.de
www.oedp-nrw.de*

Rheinland-Pfalz

Volksinitiative „Schluss mit der Selbstbedienung im Landtag“ gestartet!

Auf Initiative der Freien Wähler sowie der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) in Rheinland-Pfalz gibt es eine Volksinitiative „Schluss mit der Selbstbedienung im Landtag“. Unterstützt wird die Initiative durch den Dachverband des Landesverbandes Freier Wählergruppen (FWG). Angeregt hatte die Volksinitiative der Staatsrechtler Prof. Dr. Hans-Herbert von Arnim. Gemeinsam wurde am 12.05.2017 eine Pressekonferenz veranstaltet.



Foto: Ulrike Sattel

V. l. n. r.: Prof. Dr. Hans-Herbert von Arnim (links) mit den Vertrauenspersonen der Volksinitiative: Klaus Wilhelm (ÖDP), Johannes Schneider (ÖDP), Stephan Wefelscheid (Freie Wähler), Manfred Petry (FWG), Dr. Claudius Moseler (ÖDP)

Hierbei handelt es sich um eine Volksinitiative im Sinne des Artikels 108a der Verfassung für Rheinland-Pfalz. Danach haben Staatsbürger das Recht, den Landtag im Rahmen seiner Entscheidungszuständigkeit mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung zu befassen (Volksinitiative). Dieser Volksinitiative geht es u.a. darum, das Diätengesetz von April 2017 rückgängig zu machen, mit welchem sich die Abgeordneten der SPD, der CDU, der FDP und der Grünen im rheinland-pfälzischen Landtag ihre monatliche Entschädigung in vier Schritten um über 1.000

Euro erhöht hatten. Die Volksinitiative muss von mindestens 30.000 Stimmberechtigten unterzeichnet sein. Für das Unterschriftensammeln hat man ein Jahr Zeit. Der Landtag beschließt dann innerhalb von drei Monaten nach dem Zustandekommen der Volksinitiative über deren Gegenstand. Auch die Zuschüsse für Fraktionen



**SCHLUSS
MIT DER SELBSTBEDIENUNG
IM LANDTAG**

und deren Mitarbeiter wurden erhöht. Diese Erhöhungen belaufen sich insgesamt bis 2020 auf 10,5 Millionen Euro!

„Da die Abgeordneten über ihr Einkommen in eigener Sache entscheiden können, ist hier im rheinland-pfälzischen Landtag jeder Maßstab verloren gegangen. Die Diätenerhöhung im rheinland-pfälzischen Landtag von rund 1.000 Euro über vier Jahre ist einfach maßlos. Ich erwarte von unseren Landtagsabgeordneten, dass sie ihren Beschluss noch einmal überdenken. Auch sie müssen, da unser Land hoch verschuldet ist, ihren Beitrag zum Sparen leisten“, betonte

Dr. Claudius Moseler, Landesschriftführer der ÖDP Rheinland-Pfalz. Der Landesvorsitzende der Freien Wähler, Stephan Wefelscheid, sagte: „Laut Bundesverfassungsgericht kann die Freiheit des Abgeordnetenmandates gefährdet sein, wenn die Entschädigung im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung allmählich

die Grenze der Angemessenheit unterschreitet. Ob die Grenze der Angemessenheit wirklich unterschritten ist, wenn ein Abgeordneter „nur“ 5.812,37 Euro im Monat erhält? Sind 5.812,37 Euro im Monat so wenig, dass die Freiheit des Abgeordnetenmandates in Gefahr ist? Die Masse aller deutschen Bürger muss mit viel, viel weniger auskommen.“

Der Vorsitzende des Landesverbandes der FWG-Gruppen, Manfred Petry, kritisiert die Selbstbedienungsmentalität der rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten und bezeichnet sie als „unanständig“. „Das im Eilverfahren kurz vor Ostern durchgepeitschte Gesetz zur Anhebung der Diäten ist in der Höhe und in der Sache so nicht hinnehmbar. Die rückwirkende Erhöhung der monatlichen Diäten um ca. 1.000 Euro ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar. Dass davon auch die Abgeordnetenmitarbeiter, die Landtagsfraktionen und die Altersversorgung profitieren, schlägt dem Fass den Boden aus.“

Die drei Politiker sind sich einig, dass diese Erhöhung der Abgeordnetengehälter ein Schlag ins Gesicht aller ist, die ehrenamtlich auf Ortsgemeinde-, Verbandsgemeinde-, Stadt- und Kreisebene kommunalpolitisch tätig sind. Außerdem ist es ein Beitrag zur Politikverdrossenheit, völlig unangemessen und unsensibel angesichts der schwierigen Zeiten. „Mit dieser Volksinitiative bieten Freie Wähler und ÖDP den Menschen des Landes eine demokratische Möglichkeit an, sich gegen die Selbstbedienung im Landtag zur Wehr zu setzen.“

Weitere Informationen: <https://stopp-selbstbedienung-rlp.de/>

Kontakt: ÖDP Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20, Fax: (0 61 31) 67 98 15,
buero@oedp-rlp.de, www.oedp-rlp.de

Landesverband bereitet sich auf die Bundestagswahl vor

Am 18. und 19. März fand eine Klausurtagung des Landesvorstands in Erden an der Mosel statt. Themen waren u. a. die Vorbereitung des Landesparteitags und der Bundestagswahl. Vorher wurde das Entsorgung- und Verwertungszentrum der Abfallentsorgung der Region Trier (ART) in Mertesdorf besichtigt – eine Anlage mit Pilotcharakter in der biologisch-mechanischen Müllentsorgung.

Am 22. April fand der Landesparteitag der ÖDP in Bad Kreuznach statt. Drei inhaltliche Anträge wurden

vom Parteitag einstimmig angenommen: eine Resolution zum Erhalt des Bargelds, eine Kritik an der Schließung von Sparkassen- und Bankzweigstellen und ein Arbeitspapier zum Thema „Ländlicher Raum – Probleme und Chancen“. Weitere Informationen hierzu unter www.oedp-rlp.de

Der Vorsitzende der Stiftung für Ökologie und Demokratie, Hans-Joachim Ritter, sprach ein Grußwort. Unsere Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz hielt ein umfassendes Impulsreferat zum Bundestagswahltritt der ÖDP und trug damit zur Motivation der anwesenden Mitglieder bei. Sehr lobenswert: Beide blieben während des gesamten Parteitags und brachten sich in die lebhafteste Diskussion der Mitglieder ein!

Landesschriftführer Dr. Claudius Moseler gab einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen zur Bundestagswahl und zur Sammlung der nötigen Unterstützungsunterschriften, die im Landesverband immer weitgehend problemlos durchgeführt werden kann. Der Landesvorstand bedankte sich sehr herzlich bei allen, die sich bei der Unterschriftensammlung entsprechend eingesetzt haben. Landesvorsitzender Johannes Schneider hielt den Rechenschaftsbericht des Landesvorstands, Schatzmeister Prof. Dr. Felix Leinen den Finanzbericht und stellte die weitere Finanzplanung vor.

Der Landesvorstand wurde bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig entlastet. Sorgen machen die mangelnde organisatorische Kontinuität in ehemaligen Hochburgen der ÖDP, insbesondere im Landesteil der Pfalz. Positiv ist die Entwicklung im Raum Eifel-Mosel-Hunsrück-Nahe, wo in den letzten Jahren nicht nur zwei neue Kreisverbände (Bernkastel-Wittlich, Vulkaneifel) und geplant ist Birkenfeld/Bad Kreuznach) gegründet wurden, sondern im Kreis Bernkastel-Wittlich auch 2014 mehrere kommunale Mandate errungen werden konnten. Hier konnten auch drei Wahlkreis-Direktkandidaten aufgestellt werden: Johannes Schneider im Wahlkreis Mosel/Rhein-Hunsrück, Erik Hofmann im Wahlkreis Bitburg und Leander Hahn im Wahlkreis Kreuznach. Weitere Direktkandidaten im Landesteil Rheinhessen sind Wilhelm Schild im Wahlkreis Mainz und Jochen Piehl im Wahlkreis Worms.

Im Anschluss an den Landesparteitag fand eine kurze Sondersitzung des Landesvorstands statt, in der einstimmig die Teilnahme der ÖDP Rheinland-Pfalz an einer Volksinitiative mit dem Titel „Stopp mit der Selbstbedienung im Landtag“ und die Bereitstellung der nötigen Mittel beschlossen wurde.

Bundesparteitage im Doppelpack in Frankfurt am Main und Ingolstadt

Frankfurt/Ingolstadt. Anfang März und Anfang Mai fanden im Wahljahr 2017 Bundesparteitage der ÖDP sozusagen im „Doppelpack“ statt. Auf beiden Parteitagen stand der bundesweite Antritt zur Bundestagswahl im Fokus.

von Dr. Claudius Moseler

Der außerordentliche Bundesparteitag am 11./12. März 2017 in Frankfurt am Main in der Stadthalle Bergen war erforderlich geworden, weil der Bundesparteitag in Bonn im November 2016 die „Antragsflut“ nicht abarbeiten konnte. Da aber noch erhebliche Programmarbeit für das Bundespolitische Programm durch die Delegierten zu leisten war, musste erstmalig in der Geschichte der ÖDP ein „außerordentlicher Bundesparteitag“ stattfinden. An den zwei Tagen hat der Bundesparteitag dann auch äußerst diszipliniert sämtliche Programmanträge abgearbeitet, dazu liegt inzwischen auf der ÖDP-Internetseite auch die aktuelle Version vor.

Alle Informationen zum 52. Bundesparteitag in Frankfurt am Main unter: <https://www.oedp.de/partei/bundesparteitage/bundesparteitag-frankfurtmain-2017>

Das auf diesem Parteitag aktualisierte Bundespolitische Programm findet sich hier: <https://www.oedp.de/programm/bundesprogramm>

Der Frankfurter Parteitag hat – einem Antrag folgend – das Bundesparteitagspräsidium fest für zwei Jahre gewählt. Bei der geheimen Wahl wurden Dr. Björn Benken (Berlin), Axel Gebhardt (Baden-



ÖDP-Europaabgeordneter Prof. Buchner bei seiner Parteitagsrede in Frankfurt

Württemberg), Christian Pettinger (Bayern), Helmut Kauer (Bayern) und Sebastian Högen (Sachsen) und als Ersatzmitglieder Roswitha Bendl (Bayern), Jürgen Reuß (Hessen), Bernd Richter (Baden-Württemberg), Heide Weidemann (Rheinland-Pfalz) und André Meyer (Schleswig-Holstein) gewählt.

Der Bundesparteitag hat ferner in einem Initiativantrag Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, sich für den Stopp von unverantwortbaren Waffenexporten einzusetzen. Dazu wurde ein Musterschreiben entwickelt, welches auf der Internetseite (siehe Kasten) heruntergeladen werden kann. Bitte

nutzen Sie dieses Schreiben für den persönlichen Versand.

Zwei Monate später, am 6./7. Mai 2017, trafen sich die Delegierten erneut zu einem Bundesparteitag, diesmal im Stadttheater Ingolstadt. Am Samstagabend wurden „35 Jahre ÖDP“ gefeiert. Bernhard Suttner, Gründungsmitglied der ÖDP, referierte ausführlich über die Entwicklung der ökologischen Bewegung, die Veränderung der politischen Agenda während der letzten Jahrzehnte und die ÖDP im Allgemeinen. Die Rede kann über die ÖDP-Internetseite als Text und als Videobeitrag abgerufen werden. Donatus Weinert, Musik & Ma-



Die Delegierten auf dem 52. Bundesparteitag in Frankfurt

gie, unterhielt die Gäste mit Zauberkunststücken und Liedern zu politischen und gesellschaftlichen Themen.

Alle Informationen zum Bundesparteitag in Ingolstadt finden sich unter:

<https://www.oedp.de/partei/bundesparteitage/bundesparteitag-ingolstadt-2017/>

Die Laudatio von Bernhard Suttner über 35 Jahre ÖDP können Sie sich hier ansehen:

<https://tinyurl.com/suttnerlaudatio>

oder den Text hier herunterladen:
<https://tinyurl.com/suttnerlaudatio-text>

Der Samstag stand ganz im Zeichen der Debatte um ein „Humanökologisches Grundeinkommen“. Zu diesem Thema gab es mehrere Anträge und Änderungsanträge. Die intensiv und sachlich geführte Debatte beschäftigte die Delegierten fast den ganzen Tag. Knackpunkt der Diskussion war vor allem die Frage, welche Bevölkerungsgruppen ein Grundeinkommen erhalten sollen. Ein „bedingungslo-

ses Grundeinkommen“ wurde von Rednern und Antragstellern nicht befürwortet. Die betroffenen Bundesarbeitskreise sind beauftragt, weitere Konzepte für eine gerechte und zukunftsfähige Sozialpolitik zu entwickeln. Schließlich einigten sich die Delegierten mit großer Mehrheit auf den nachfolgenden Text:

„Ausgehend von den Menschenrechten auf Arbeit, freie Berufswahl, soziale Sicherheit, Wohlfahrt, Bil-

dung, Teilhabe am kulturellen Leben sowie auf Erholung und Freizeit fordern wir für alle Menschen, die nicht erwerbstätig sein können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Globalisierung, Digitalisierung und Beschleunigung der Arbeitsprozesse führen zu immer größeren Belastungen aller Menschen.

Wir brauchen eine gerechte und nachhaltige Gesellschaftspolitik, die die rasant angewachsene und weiter wachsende Kluft zwischen wenigen sehr reichen und immer mehr armen Menschen, verbunden mit zunehmenden Abstiegsängsten der noch vorhandenen Mittelschicht, wieder verringert, auch im Interesse der Demokratieentwicklung und der Verpflichtung zu einer konsequent ökologischen Politik. Dies betrifft auch die immer mehr zutage tretende Verletzung des Generationenvertrages gegenüber der jungen Generation und zulasten der Familien.

Wir brauchen vordringlich für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Dazu zählen für uns u. a. Kinder, Rentne-



ÖDP-Urgestein Bernhard Suttner in Ingolstadt



Sehr engagiert und kontrovers, aber auch sachlich fair – die Diskussion über das Grundeinkommen in Ingolstadt

rinnen/Rentner und Erwerbsunfähige. Solange das Erziehungs- und Pflegegehalt nicht verwirklicht ist, gehören auch Erziehende und Pflegenden dazu.“

Der Bundesparteitag hat zudem noch kleinere Modifizierungen am Bundespolitischen Programm beschlossen.

Auf dem ÖDP-Bundesparteitag in Ingolstadt wurde die 60-jährige Dipl.-Theologin Verena Föttinger (Kreis Rottweil/Baden-Württemberg) als neue Beisitzerin in den Bundesvorstand der Partei nachgewählt. Ohne Quotenregelung sind im ÖDP-Bundesvorstand damit von 9 Mitgliedern 5 weiblich. Der von Bundesschatzmeister Christoph Raabs eingebrachte Haushaltsplan

Korrektur für ÖkologiePolitik, Ausgabe 173, Seite 56:

Hier ist der Redaktion ein Fehler in der Überschrift unterlaufen. Der Bundesparteitag am 19./20.11.2016 fand nicht in Würzburg, sondern in Bonn statt.

für 2017 wurde mit großer Mehrheit vom Bundesparteitag genehmigt. Zuvor wurde die Entlastung für das Haushaltsjahr 2016 erteilt.

Die ÖDP unterstützt die aktuelle Forderung von Bundesverdienstkreuzträgerinnen und -trägern nach Einsetzung einer Enquete-Kommission „Fluchtursachen“ durch den

Deutschen Bundestag in einem Initiativantrag. Die Kommission soll untersuchen, wie Deutschland weltweit zu Fluchtursachen beiträgt, und Maßnahmen sowie gesetzliche Initiativen vorschlagen, wie dies vermieden oder dem entgegengewirkt werden kann. Eine entsprechende Ergänzung wurde dazu im Bundespolitischen Programm vorgenommen.

Weiter wird die Forderung namentlicher Verbände aus dem Bereich Landwirtschaft und Ernährung nach einer Veränderung des Wettbewerbsrechts unterstützt. Die Ernährung der Welt muss heute und morgen in den Händen von widerstandsfähigen bäuerlichen und handwerklichen Betrieben bleiben. Die ÖDP hält daher eine Verschärfung der Fusions- und Missbrauchskontrolle für unerlässlich, um die Marktmacht der global agierenden Multis zu begrenzen.

Der Bundesparteitag hat in einem weiteren Initiativantrag beschlossen, eine unterstützende Organisation von #RotlichtAus zu werden. ■



Verena Föttinger wurde als neue Beisitzerin in den ÖDP-Bundesvorstand auf dem Parteitag in Frankfurt gewählt.

Gewonnen!

Hessens Erfolgskonzept für einen zügigen Wahlantritt

Nach gescheitertem Antritt in 2013 reichte Hessen mit rd. 85 Mitgliedern nun als erster Landesverband den Wahlantritt zur Bundestagswahl 2017 ein. Was hat uns zu diesem Erfolg verholfen? Wir sind überzeugt, dass unser strategisches Vorgehen entscheidend war und möchten die Grundzüge beispielhaft vorstellen.

von Angela Binder

Langfristige strategische Planung

Im Frühsommer 2015 begannen wir die Planung, und zwar vom Ergebnis her gedacht: Wie erreichen wir 0,5%, was erfordert dies konkret in allen Details, wann ist die Wahl, welche Fristen gelten, also was muss wann spätestens abgeschlossen sein, ab wann kann man plakatieren, wann sind Sommerferien, welche Unterlagen sind wann mit welchen Vorbereitungen erforderlich, welche Formalien müssen eingehalten werden, wie viele Sammelstunden (rd. max. 650 für den Landesverband bei Schlechtwetter inkl. aller Verwaltungsarbeiten) sind nötig? Wie könnten wir diese auf die 2–7 aktiveren Schultern verteilen, wie uns Hilfe holen, wie das Sammeln optimieren, welche Materialien und welchen Etat würde das brauchen...?

Wir überlegten, dass wir frühestmöglich anfangen sollten, um die maximale Zeit zu haben. Mit Blick auf das 0,5%-Ziel sollte die Sammlung Ende April fertig und Ende Mai die Abgabe sein, danach der Wahlkampf beginnen, wie es auch Volker Behrendts Konzept von 2016 vorsah.

Wir notierten, wer in welchen Wochen wie viel Zeit hat, Urlaube wurden am Planungstisch „gespendet“, Lösungen für Prüfungs- und Ausfallzeiten gesucht. Der Einsatz der Vorsitzenden als Fremdsamm-

lerin zur Landtagswahl in Baden-Württemberg ließ auf Gegenhilfe im eigenen Land hoffen. Blieben die vielen Stunden, von denen wir nicht wussten, wie sie zu bewältigen wären. Also müssten die Mitglieder ran. Wenn jeder nur 5 Unterstützungsunterschriften sammelte, hätten wir 400 und damit rund 100 Stunden weniger für uns. Daraus folgte ein

Regelmäßige Vorstandssitzungen, Telefonkonferenzen, (Selbst-)Kritik und Selbstdisziplin waren ständige Begleiter in einem freundlichen, offenen Klima.

So setzten wir auf offene, frühzeitige und regelmäßige Information mit Erläuterungen. Ehrgeiz ist nötig und lässt sich im Wettbewerb eher anstoßen: ein Preis für den fleißigsten Sammler

Motivatorisch-psychologisches Konzept

Was bringt Menschen dazu, sich zu engagieren? These: Wenn jemand konkret weiß, was wann wozu getan werden muss, um ein erstrebenswertes Ziel erreichbar zu machen.

außerhalb des Vorstandes, die Soll-Zahlen der Vorstände im ÖDP-internen Teil der Webseite, begleitet von der wiederholten Bitte „Machen Sie mit!“ und der regelmäßigen Information, wie viele Mitglieder wie viel sammeln und was noch konkret erforderlich ist, um den Antritt zu realisieren. Sammler über die Bundesländer zu tauschen, war zwar reisekostentechnisch suboptimal, erzeugte aber jede Menge Motivation, weil man ja nicht Weitegereiste für sich arbeiten lassen kann, ohne selbst aktiv zu werden. Außerdem ist sehr wichtig, dass man beim Sammeln von anderen lernt, gemeinsam Erfahrungen macht und diese bespricht.

Viele Anrufe, Nachfragen und mündliche Erklärungen unterstützten, es entstand Bewegung und viele Unterstützungsunterschriften wurden gesammelt und zugeschickt.

Konsequente Durchführung

Wichtig war, dass wir zu jedem Zeitpunkt unser Ziel im Blick hatten und die nötigen Schritte im Verhältnis zum Zeitverlauf umsetzten. Regelmäßige Vorstandssitzungen, Telefonkonferenzen, (Selbst-)Kritik und Selbstdisziplin waren ständige Begleiter in einem freundlichen, offenen Klima.

Regelmäßige Reflexion und Anpassung

Ein regelmäßiger Abgleich von Plan und Ist-Stand ließ immer wieder Maßnahmen neu festlegen oder uns am Riemen reißen, damit nicht die Motivation aller durch Verzug gefährdet würde. Und dann eben doch zwei Sammeltermine bei -5 Grad ansetzen, weil die 2–5 UU pro Mitglied trotz versandter Formblätter für viele nicht leistbar schienen. Nicht jedem liegt das, aber auch z.B. Yasmin Finkbohners unermüdliche Konsequenz, bei weit geringeren Sammelleistungen auf der Straße, aber viel höheren im persönlichen Umfeld, wirkte durch die Verlässlichkeit und Konstanz unglaublich hilfreich und motivierend. Auf jeden kommt es bei so wenigen regelmäßig Aktiven (ca. 4) ganz unglaublich an.

Auf die „Schwarmintelligenz“ insbesondere. Dass möglichst viele zu jedem Zeitpunkt mitdenken, was das eigene Verhalten für alle anderen für Auswirkungen hat: Immer wieder mussten wir von der Leitungsebene her uns in unterschiedlichste Rollen hineindenken und uns fragen, welche Info, welcher Gedankengang und welche dafür auslösende Ansprache den Mitgliedern

Unterschriften-Sammeln

<https://www.oedp.de/oedp-intern/oedp-hessen/> (Log-in erforderlich)

Ansprache-Techniken, Haltung, Wortwahl, Gestik und Mimik, Standortbedingungen, Tageszeiten, milieuspezifische Überlegungen und Kleidung, Ordner bzw. Schnellhefter statt Klemmbrett (das den Passanten vor einer Befragung warnt und weitereilen lässt) zu verwenden, ob ich in ausgewaschenen Öko-Klamotten dastehe, ungepflegte Haare oder einen eleganten Schal trage und seriös wirke ...

Wer sammelt, vertritt die Partei. Und Politiker sollen seriös wirken. Dessen müssen wir uns immer bewusst sein!

Aber nicht jede(r) kann jede Zielgruppe ansprechen, mir liegen Studenten, manch einer punktet in Innenstädten, im konservativen Fulda trumpften unsere älteren Damen auf ...

helfen könnte, sich auch zu einem Beitrag durchzuringen.

Detailgenauigkeit, Verständnis der Bedeutung scheinbar unwichtiger Kleinigkeiten

Dieser Punkt ist in allem Vorgenannten durchgeführt. Da die Straßensammlung letztlich doch Schwerpunkt blieb, hatte Udo Arenz die rettend-geniale Idee, Studenten müssten der ÖDP und dem demokratischen Anliegen des Antritts besonders aufgeschlossen sein. Sein Tipp war nicht nur für Hessen Gold wert!

Gleichmaßen baten wir stets alle Mitglieder um Mitdenken, Kritik oder Anregungen. Auf eine solche Zuschrift hin stellten wir alles rund ums Sammeln im Januar 2017 in den internen Bereich der Webseite und schlugen vor, alle ÖDP-Mitglieder bundesweit darüber zu informieren. Denn man weiß, dass für Verstehen entscheidend ist, ob man eine Information nur anreißt, weil sie dem Verfasser schon vertraut scheint, dem Leser aber irgendein Wissensstück fehlt. Auf jedes Detail kommt es an, auf jeden Gedanken, den man versehentlich weglässt, das aber einem Mitglied

zum Schlüssel des Verstehens und damit als Auslöser zum Engagement werden kann. Hier rate ich zum Sehen aus den Schuhen anderer, die eben oft von ganz anderen Voraussetzungen aus denken als man selbst. Manchmal erntet man daraus erfreuliche, unerwartete Antworten. Manchmal auch erst beim 8., 9., 10. Mal. ;)

Wir freuen uns, dass wir unserem strategischen Ziel, die ÖDP in Hessen sicht- und wählbar zu machen, einen Schritt näher gekommen sind und setzen auf einen nahtlosen Übergang zur Landtagswahl 2018! Für Fragen stehen wir jederzeit gern zur Verfügung. ■

Angela Binder,
Jahrgang 1978, gebürtig aus Stuttgart, seit 1997 in Linsengericht, Hessen. In der ÖDP engagierte sie sich in der Bundesprogrammkommission, seit Ende 2014 als Landesvorsitzende in Hessen, seit November 2016 zudem als 2. Stellvertretende Bundesvorsitzende. Lebensmotto: 'Geht nicht' gibt's nicht!



angelabinder@gmx.de

ÖDP-Direktkandidat Hannes Eberhardt im Gespräch

Bei der Bundestagswahl im Herbst 2017 geht Hannes Eberhardt im Wahlkreis Regensburg für die ÖDP als Direktkandidat ins Rennen. Anlässlich seiner Nominierung haben die Jungen Ökologen im Mai ein Interview mit ihm geführt.

Interview mit Hannes Eberhardt

Herr Eberhardt, Gratulation zur Ihrer Nominierung als Direktkandidat der ÖDP für die Bundestagswahl 2017. Mit welchen Themen gehen Sie in den Wahlkampf?

Es gibt einige Themen anzupacken. Angefangen mit der Energiewende: Das bedeutet für mich den

wenig wie Inlandsflüge und Flüge unter 1.000 km.

Natürlich müssen auch alle Dreckschleudern im Schiffsverkehr schnellstmöglich aus dem Verkehr gezogen oder umgerüstet werden.

Damit die Politik dem Gemeinwohl dienen kann, sollten Konzern-

„Die Energiewende ist als Klimaschutzmaßnahme zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen absolut notwendig.“

Sofortausstieg aus Kohle und Atom und die Abkehr von Erdöl. Die Energiewende ist als Klimaschutzmaßnahme zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen absolut notwendig.

Als Nächstes die Verkehrswende: ÖPNV und Radverkehr müssen gefördert und gleichzeitig der Raum für Autos in unseren Städten beschränkt werden. Noch immer wird der Autoverkehr zum Beispiel in Regensburg um das 200-fache mehr subventioniert wie der Radverkehr. Güterverkehr muss zum größtmöglichen Teil auf die Schiene verlagert und Flugverkehr durch Besteuerung stark eingeschränkt werden. Es kann nicht sein, dass die Bahn Mehrwertsteuer zahlen muss und Airlines nicht. "Fliegen zum Taxipreis", wie Billiganbieter werben, darf nicht möglich sein, genauso-

spenden an Parteien verboten werden. Ökologische Landwirtschaft ist zu fördern, das heißt pestizid- und gentechnikfrei. Dabei wollen wir kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe unterstützen und dabei helfen, auf Ökolandbau umzustellen. Außerdem wichtig ist die bisher wenig beachtete Problematik von Plastik als eine Bedrohung für die Gesundheit der Menschen. Diese Auswahl an Themen ist zwar schon umfangreich, aber noch lange nicht vollständig.

Die Plastik-Problematik findet tatsächlich immer noch zu wenig öffentliche Beachtung. Worin besteht die Gefahr von Plastik und wie gelangt es in unsere Nahrungskette?

Plastik tragen wir alle mittlerweile in kleinsten Partikeln in uns. Über die Nahrungskette ist Plastik



ÖDP: Bundespressestelle

Hannes Eberhardt, 1981 in Regensburg geboren, studierte dort Kulturwissenschaft, Romanistik und Geografie. Bereits auf der Stadtratsliste 2014 war er Kandidat.

Kontakt: www.hannes-eberhardt.de

bereits zu uns auf den Teller gewandert. Es wirkt beim Menschen krebserregend und gefährdet zudem die Fruchtbarkeit. Plastik gelangt in die Weltmeere, bildet riesige Strudel und zerreibt sich in immer kleinere Teilchen, die von Fischen aufgenommen werden und in unseren Mägen landen. Nicht einmal Klärwerke können kleinste Plastikteile, die sich beispielsweise bei jedem Waschgang von Kunstfaser-Kleidung oder beim Abrieb von Spülschwämmen lösen, herausfiltern, sodass sie in unser

Trinkwasser gelangen. Immer mehr Kleidung besteht aus Polyester oder ähnlichen erdölbasierten Materialien. Dieses Problem ist beispielsweise noch gar nicht groß bekannt. Daher sollte Mikroplastik in Peelings und Zahnpasta usw. so schnell wie möglich komplett vermieden werden, und zwar weltweit. Hierzulande boomen gerade verpackungsfreie Läden, das ist ein erster kleiner Schritt, die Plastik-Paradiese Supermarktketten zum Umdenken zu bewegen. Auch der rasant gestiegenen Einwegquote müssen wir zur Not per Gesetz gegensteuern. Die freiwilligen Appelle an die Industrie hatten nur zur Folge, dass Coca-Cola sich vom Mehrwegsystem komplett verabschieden will und bereits jetzt jährlich mehr als 100 Milliarden Wegwerfplastikflaschen produziert.

Kann man das Problem mit Recycling lösen oder zumindest eindämmen?

Plastik sollte per Gesetz reduziert werden. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie aus der Vergangenheit haben zu nichts geführt. Recycling ist natürlich der nächste Schritt. Leider werden in Deutschland nicht einmal drei Viertel der Plastikabfälle recycelt. Der Rest landet in der Müllverbrennung und immer noch auf Deponien, wo es auch unser Grundwasser verseucht. Plastik besteht aus Erdöl. Mit unserer Abkehr vom Erdöl und beispielsweise einer hohen Steuer auf Produkte aus Erdöl können wir weitere Schritte gehen. Zunächst können wir aber auch schon lernen, Müll zu vermeiden, in plastikfreie Läden gehen und selber unsere Behälter mitbringen. Jeder kann zunächst bei sich anfangen. Die grobe Richtung muss aber die Politik vorgeben. Dafür ist sie da.

Sind Verpackungsmaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen ein Gewinn für die Umwelt?

Probleme bei der Entsorgung und Wiederverwendung wurden hierbei leider noch nicht gelöst, so werden kompostierbare Plastiktüten zum Beispiel immer noch aus den Kompostieranlagen aussortiert, da sie langsamer verrotten. Aber alles, was ohne Erdöl auskommt, ist schon ein kleiner guter Schritt. Natürlich sollten die Materialien dafür nicht auf gentechnischen Monokulturfeldern angebaut werden und dadurch eine sinnvolle Nahrungsmittelproduktion verhindern.

Was halten Sie vom bestehenden Mülltrennungs- und Wiederverwertungssystem?

Durch das System mit dem Gelben Sack sind viele Menschen der Meinung, der komplette Inhalt würde wiederverwertet. Schön wär's. Nur knapp über 44% waren es in Deutschland beispielsweise im Jahr 2014 (Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen). Wir Deutschen behaupten ja auch gern, wir wären Mülltrennungsweltmeister: Das klappt mit Papier, Glas und Restmüll auch ganz gut. Es gibt in Deutschland nur wenige Menschen, die ihren Müll nicht trennen. Trotzdem ist in Deutschland der Papierverbrauch weltweit am höchsten. Der Anteil am Recyclingpapier zwar auch, aber der kann das Abholzen von Wald für Papier auch nicht kompensieren. Und bei den Coffee-to-go-Bechern hört der Spaß dann auch wieder ganz auf. Eine unfassbar große Zahl der innen mit Kunststoff beschichteten Wegwerfbecher landet täglich in überquellenden Mülleimern. Auch hier gibt es vor allem in Großstädten bereits viele Initiativen, die mit Mehrwegbechern dagegen vorgehen wollen. Auch hier bin ich der Meinung, dass, sobald der Mensch dabei ist, der Natur zu schaden und seine Zukunft zu gefährden,

BTW 2017

Wahlwerbematerial ab sofort bestellbar!

Ab sofort können diverse neue Produkte bestellt werden. Besonderes Highlight ist dieses Mal – neben den freundlichen Kandidaten- und Themenplakaten – das Angebot für alle Bundestagskandidaten, sich eine eigene Webseite im einheitlichen ÖDP-Design erstellen zu lassen. Auch die Kandidatenpostkarte als handliches Kurzwebemittel und unsere Wahlbroschüre mit den programmatischen Kernpunkten ist ein Muss für jeden Infostand. Darüber hinaus bieten wir Ihnen Kreisel, Buntstifte, ein Pflasterset, Kresse zum Eigenanbau, neue Aufkleber, neue T-Shirts, Streichhölzer, Türhänger und sogenannte Zitatebilder für die Verbreitung in den digitalen Medien.

Bestellen Sie rechtzeitig unter <https://www.oedp-shop.de> im Reiter „Bundestagswahl 2017“ oder per Telefon unter (09 31) 4 04 86.

der Staat seine ordnungspolitische Aufgabe wahrnehmen und die Richtung vorgeben muss, etwa mit finanziellen Anreizen zur Nutzung von Mehrwegbechern; denn wie man sieht, wird sonst der Kapitalismus und die Gier über Mensch und Natur siegen. Zum Großteil ist das ja schon geschehen. Aber Aufgeben ist für mich keine Option.

Herr Eberhardt, vielen Dank für das aufschlussreiche Gespräch!

Das Gespräch führte Felix Sailer.



Als junger Direktkandidat in Berlins Mitte

Tim-Oliver Kray tritt bei der Bundestagswahl 2017 für die ÖDP im Wahlkreis 75 (Berlin-Mitte) an. Der 23-jährige ist damit der jüngste von drei Direktkandidaten der ÖDP Berlin.

Interview mit Tim-Oliver Kray

Tim, wie bist du zur ÖDP gekommen?

Mir ist schon früh bewusst geworden, dass wir unseren Wohlstand und unser Lebensniveau auf Dauer nur halten können, wenn wir in sozialen und ökologischen Dimensionen denken. Nach intensiver Recherche der Parteienlandschaft entschloss ich mich 2010 – mit 16 Jahren –, Mitglied der ÖDP zu

erfahren, dass ich als Direktkandidat für die ÖDP antrete, fanden sie das teilweise schon etwas verrückt. Viele sind aber auch begeistert von der Idee und unterstützen mich beim Unterschriftensammeln.

Der Bezirk Berlin-Mitte ist das politische und kulturelle Herz der Bundeshauptstadt, hier liegen der Reichstag, das Brandenburger Tor, der Alexanderplatz, die Museums-



Foto: ÖDP Berlin

Tim-Oliver Kray, 1993 geboren, aufgewachsen in Lippe (in NRW), studiert Nachhaltiges Management an der TU Berlin und freut sich, für die ÖDP zu kandidieren.

Kontakt: kray@oedp.de

außerdem umweltschädigende Subventionen abbauen und für ein generelles Verbot von Firmenspenden kämpfen. Als Teil einer Strategie zur Bekämpfung der Fluchtursachen würde ich mich für faire Handelsabkommen einsetzen, die den Menschen in allen beteiligten Staaten ein gutes Leben ermöglichen sollen.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch, Tim!

Das Interview führte Dr. Björn Benken.

Ich empfinde es als Ehre, an einem

Ort kandidieren zu dürfen, an dem so viele wichtige politische Entscheidungen getroffen werden.

werden, weil ich unser Programm für besonders zukunftsfähig und glaubwürdig halte.

Wie reagieren deine Freunde und Kommilitonen auf dein Engagement?

Viele meiner Kommilitonen sind selbst in verschiedenen Vereinen tätig, die den Wandel in Richtung einer nachhaltigen Gesellschaft unterstützen. Allerdings ist fast niemand in einer Partei aktiv. Als sie

insel und das Schloss Bellevue. Was ist es für ein Gefühl, in einem derart prestigeträchtigen Wahlkreis zu kandidieren?

Ich stamme ursprünglich aus einem 500-Seelen-Dorf im Siegerland. Deshalb ist es für mich ein überwältigendes Gefühl, in diesem kulturell und geschichtlich bedeutenden Bezirk als Direktkandidat aufgestellt worden zu sein. Ich empfinde es als Ehre, an einem Ort kandidieren zu dürfen, an dem so viele wichtige politische Entscheidungen getroffen werden.

Was würdest du in der Politik umsetzen, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?

Ich würde das Steuersystem umgestalten und vereinfachen wollen,

Die ÖDP Berlin und auch Tim-Oliver Kray wurden kürzlich von einem Reporter im Deutschlandfunk Kultur porträtiert. Der Bericht lässt sich unter folgender Webadresse nachhören:

<https://tinyurl.com/y6wb54v6>

ÖDP Weilheim-Schongau: Die Energiewende kommt!

Das Bevölkerungswachstum der Menschheit schreitet rasend schnell voran und all diese Menschen wünschen sich Konsum und einen Lebensstandard wie in den westlichen Ländern. Der Preis dafür ist ein Weltklima, das sich durch den Ausstoß von CO₂ aufheizt. Um die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, dürfte Deutschland eigentlich bereits seit Mai kein CO₂ mehr ausstoßen. Diese Fakten zwingen uns zu einer Abkehr vom bisherigen Energieverbrauch.

Deutschland war vor 10 Jahren noch Weltmarktführer im Vertrieb von PV-Anlagen mit einem Marktanteil von über 50%, 2016 betrug der Anteil lediglich noch 1,2%. Und dennoch ist der Unternehmer Amir Rouhani davon überzeugt, dass eine Energieversorgung zu 100% über Photovoltaik erreichbar sein wird. Wie das geschafft werden kann, erklärte er kürzlich den rund 80 Gästen in Weilheim, die einer Einladung der ÖDP-Kreisverbände Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen gefolgt waren.

Amir Rouhani – gebürtiger Iraner – ist Begründer der erfolgreichen Unternehmensgruppe VISPIRON-München, Wirtschaftsingenieur, Fachrichtung Umweltmanagement, und beschäftigt über 450 Mitarbeiter u.a. in den Bereichen Erneuerbare Energien, Flottenmanagement und Soft- und Hardware-Entwicklung.

Die Unternehmensgruppe liefert für weltweit über 300 Kunden Lösungen und Dienstleistungen in den Bereichen Engineering und Erneuerbare Energien.

Seiner Meinung nach ist die Energiewende ökonomisch nicht aufzuhalten: Ausgehend von Kostenermittlungen für die Erzeugung verschiedener Energieformen ist die Erzeugung von PV-Energie die kostengünstigste. Rouhani sieht uns in Zeiten einer Disruption bei der Energieversorgung. „Disruption“ ist, wenn ein bestehendes Geschäftsmodell (derzeitige Energieproduktion) durch eine stark wachsende Innovation zerschlagen wird: Der weltweite Solar-Markt hat sich seit dem Jahr 2000 alle 2 Jahre verdoppelt. Es braucht noch 7 Verdoppelungen, um dadurch den weltweiten Energiebedarf zu decken. Da die Erzeugung von PV-Strom am kostengünstigsten ist, stehen die Chancen dafür gut.

Mit Erneuerbaren Energien verbindet Rouhani nicht nur die Lösung des Klimawandels. Er ist der Überzeugung, dass mit ihnen auch mehr Frieden, Ge-



Amir Rouhani und die ÖDP-Bundestagskandidatin des Wahlkreises 226, Dr. Maiken Winter, die den Abend moderierte

rechtigkeit und lokale Wertschöpfung für die Menschen erreicht wird. Am Beispiel „Ukraine“ belegte er dies: Westliche Ölkonzerne haben sich in der Ukraine große Landflächen gesichert, um dort im großen Stil Fracking zu betreiben.

Einen Eindruck von Rouhanis Erfahrungen in der Ukraine zeigt der Film „Power to Change – die Energierebellion“. Dieser Dokumentarfilm kam im Frühjahr 2016 in die deutschen Kinos und Amir Rouhani ist darin einer der Hauptakteure. Die beiden ÖDP-Kreisverbände zeigten den Film im Mai dieses Jahres zweimal; beide Filmvorführungen waren sehr gut besucht.

Jubiläumsveranstaltung

25 Jahre Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V.



am Sonntag, den 10. September 2017 ab 10.40 Uhr auf dem Hambacher Schloss bei Neustadt a. d. W. mit einer Festrede von Prof. Dr. Klaus Töpfer und weiteren Reden von Michael König, Hans-Joachim Ritter und Ulrike Höfken

Anmeldungen bis zum 31. Juli 2017 unter Telefon: (0 72 72) 36 84 oder unter stiftung-fuer-oekologie-u-demo@t-online.de

ÖDP: Fukushima schon vergessen?

Am Samstag, 11. März 2017, wiederholte sich der Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima in Japan zum sechsten Mal. Aus diesem Grund hat der ÖDP-Kreisverband Regen auf seiner Sitzung in Bischofsmais intensiv über die Risiken und Konsequenzen einer Technik, die nicht beherrschbar ist, diskutiert.

Kreisvorsitzender Peter Kirmis meinte: „Dieser Tag ist kein Jahrestag im üblichen Sinn, der an etwas Vergangenes erinnert, sondern er soll unseren Blick auf die noch weiter andauernde Katastrophe lenken, an die in den verstrahlten Gegenden lebenden Menschen mit ihren persönlichen Schicksalen und schwierigen Lebensumständen. Die japanische Regierung ist gerade dabei, starken Druck auf ca. 160.000 Menschen auszuüben, wieder in ihre früheren Wohngebiete in der Provinz Fukushima zurückzukehren, als sei alles wieder in Ordnung. Strahlenwerte der Radioaktivität werden teilweise nicht veröffentlicht. Die nähere Umgebung von Fukushima sei eine Sperrzone. Die drei Atomreaktoren, die durch den Super-GAU, d.h. Kernschmelze, nach einem vorangegangenen Meeresbeben mit Tsunami explodiert sind, könnten wegen der extrem hohen Strahlungswerte wohl auf Jahrzehnte nicht betreten werden, was eine völlige Beseitigung von Schäden fast unmöglich macht.“

Kreisrätin Brigitte Baueregger ergänzte: „Dieser Tag erinnert uns auch daran, dass der deutsche Bundestag im Verlauf des Jahres 2011 nur einen halben Atomausstieg beschlossen hat. Seither ist mit Grafenrheinfeld bei Schweinfurt ein einziges AKW vom Netz gegangen, acht laufen unvermindert weiter und werden dabei zunehmend älter und störanfälliger, z.B. durch Risse im Reaktorblock, undichte Ventile im Primärkreis usw.“

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde von Teilnehmern auf die Probleme des stillgelegten Kernkraftwerks Isar 1 bei Landshut aufmerksam gemacht: Im Januar genehmigte das bayerische Umweltministerium den Rückbau der Anlage. Für den Abbau sind mindestens 20 Jahre vorgesehen! Die Genehmigung aber lässt dem Betreiber – jetzt PreussenElektra – in der Frage des tatsächlichen Abrissbeginns viele Freiheiten. Das ist ohne Frage zum Nachteil der Sicherheit von Anwohnern und Arbeitern, meist Fremdfirmen. Denn noch immer lagern rund 1.700 hoch radioaktive Brennelemente im Abklingbecken des stillgelegten Siedewasser-Reaktors. Aus dem Umweltministerium sind beschwichtigende Worte zu hören. „Die Sicherheit ist oberstes Gebot.“ Die Bevölkerung wird im Unklaren darüber gelassen, ob die Brennelemente abtransportiert (wohin?) oder in dem nahe gelegenen Zwischenlager auf unbestimmte Zeit untergebracht werden. Allerdings stehe die Geneh-



Mittig Kreisvorsitzender Peter Kirmis mit den Kreisräten Aloisia Pledl, Hermann Pledl, Brigitte Baueregger und Günter Iglhaut sowie anderen Mitgliedern des Kreisverbandes

migung des dafür zuständigen Bundesamts für kerntechnische Entsorgungssicherheit immer noch aus.

Kreisrat Günter Iglhaut war mit den anwesenden Mitgliedern einig und stellte abschließend fest: „Der Kreisverband Regen der ÖDP ist davon überzeugt, dass der Betrieb von Atomanlagen ein schwerwiegendes Unrecht darstellt, weil er Mensch und Umwelt erheblich schädigt. Der strahlende Müll wird noch viele Generationen belasten. Katastrophen wie in Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) können sich jederzeit weltweit wiederholen.“

BAK Christen und Ökologie auf dem Kirchentag in Berlin

Der Bundesarbeitskreis „Christen und Ökologie“ war auch beim diesjährigen Evangelischen Kirchentag in Berlin wieder mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten. Sieben Mitglieder waren am



V. l.: Dieter Nießner, Rosemarie Buchner, Helmut Graf, Prof. Klaus Buchner, Gabriela Schimmer-Göresz und Martin Dreß

Stand aktiv und erklärten den interessierten Besuchern die Überlegungen des BAK zu verschiedenen Politikfeldern, wie Familie, Landwirtschaft, Asyl und Umwelt.

Ein richtiger „Hingucker“ am Stand des BAK war „Luthers Apfelbäumchen“, der viele Besucher/-innen dazu veranlasste, am Stand stehen zu bleiben. Die Menschen konnten auf Pappäpfelchen ihre Hoffnungen aufschreiben, die sie bewegen würden, wenn morgen die Welt unterginge. Dies ganz im Sinne von Martin Luther, der, wenn er wüsste, dass morgen die Welt unterginge, heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen würde. Etwa 130 Personen hängten ihre Hoffungsäpfel an das Bäumchen – schon am Freitagmittag mussten wir Papp-Äpfel neu produzieren. Das Apfelbäumchen wurde einer Berliner Kirchengemeinde zum Geschenk gemacht. Auch die von Dirk Zimmermann vorbereiteten Quizbögen fanden reges Interesse. Alle Teilnehmer/-innen wurden mit (veganen) Gummibärchen belohnt.

Am Freitag besuchten die Bundesvorsitzende der ÖDP, Gabriela Schimmer-Göresz, sowie der Europaabgeordnete der ÖDP, Prof. Dr. Klaus Buchner, den Stand des BAK und halfen mit, für die Überzeugungen der ÖDP zu werben. Erfolgreich wurde sowohl am Stand des BAK als auch vor den Eingängen zu den Messehallen Unterstützungsunterschriften für die Zulassung zur Bundestagswahl im September gesammelt. Jens-

Eberhard Jahn und sein Team sowie die Standteilnehmer sammelten insgesamt ca. 350 Unterschriften.

In einer Tagung des BAK im Herbst soll das Engagement beim Kirchentag in Berlin besprochen und ausgewertet werden. Der Blick richtet sich dann auch schon auf den nächsten Kirchentag im Jahre 2019 in Dortmund.

ÖDP-Apfelbäumchen findet Platz im Kirchengarten Berlin-Kladow

„Luthers Apfelbäumchen“ war am Stand des BAK „Christen und Ökologie“ beim Berliner Kirchentag der Blickfang und hat viele Besucher/-innen animiert, ihre Hoffnung auf ein Apfelblatt zu schreiben.

Der BAK hatte im Vorfeld des Kirchentages beschlossen, dass das Bäumchen an eine Berliner Kirchengemeinde übergeben werden soll. Walter Konrad, der während des Kirchentages bei Freunden in Berlin-Kladow wohnte, hatte bei Pfarrer Nicolas Budde von der Ev. Kirchengemeinde Kladow nachgefragt, ob die Gemeinde das Bäumchen aufnehmen wolle. Pfarrer Budde war von der Idee sehr angetan und so übergab Walter Konrad im Namen des Bundesarbeitskreises am Samstagnachmittag, den 27. Mai, das Apfelbäumchen an Pfarrer Budde. „Luthers Apfelbäumchen‘ wird seinen Platz im Garten der Kirche von Kladow finden und hoffentlich bald erste Früchte tragen“, zeigte sich Pfarrer Budde bei der Übergabe begeistert.



Pfarrer Nicolas Budde (links) und Walter Konrad bei der Übergabe des Apfelbäumchens

Zusammengestellt von Pablo Ziller

Schimmer-Göresz (ÖDP): Merkel muss endlich glaubhafte Klimapolitik betreiben

(29.05.2017) Nach den ernüchternden Ergebnissen des G7-Gipfels fordert die Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Gabriela Schimmer-Göresz, Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem deutlich stärkeren Engagement bei der deutschen Klimaschutzpolitik auf. Die Ignoranz und Untätigkeit der USA beim Klimaschutz sei zwar unerträglich, aber „wer mit dem Finger auf andere zeigt, sollte erst einmal vor der eigenen Haustüre kehren“, so Schimmer-Göresz. Trotz aller Bekenntnisse sei Deutschland seit 2008 beim Klimaschutz wieder zurückgefallen. „Es werden weiter Flughäfen und Autobahnen ausgebaut, fruchtbare Böden für ungenutzte Gewerbegebiete und die x-te Umgehungsstraße unter Asphalt begraben. Vom tödlichen System einer industrialisierten Landwirtschaft und vom Ernährungsverhalten über sonstige Konsum- und Reisegewohnheiten ganz zu schweigen. Die Politik versagt hier skandalös“, so die Anklage der ÖDP-Vorsitzenden.



Gabriela Schimmer-Göresz

Wenn also Merkel das eigene Schicksal verstärkt in die Hand nehmen wolle, dann sei es jetzt höchste Zeit, alle klimaschädlichen Subventionen abzubauen und eine Politik in Deutschland und Europa anzustoßen, die das Klima vor den Lobbyisten schützt und nicht umgekehrt. Dazu seien, so Schimmer-Göresz, ein zügiger und kompletter Ausstieg aus der Kohlekraft, eine ökologische Agrarreform und eine echte Verkehrswende die wichtigsten Ziele für die ÖDP-Bundesvorsitzende. Auch wenn Klimaschutzpolitik erst dann wirklich erfolgreich sein könne, wenn alle Länder an einem Strang ziehen, so mache der konsequente nationale oder auch europäische „Alleingang“ durchaus Sinn. „Frau Bundeskanzlerin, kümmern Sie sich um die Versäumnisse einer der größten Industrienationen, bevor Sie mit dem

Finger auf andere zeigen“, so Schimmer-Göresz. Dies auch aus Gründen der Fluchtursachenbekämpfung. Vor klimabedingten Umweltkatastrophen flüchten schon jetzt doppelt so viele Menschen wie vor Krieg. Dekarbonisierung braucht Taten und einen Wandel zu einer postfossilen Wirtschaft und Gesellschaft. „Frau Merkel, gehen Sie mutig voran, unsere Kinder und Enkel und andere Länder werden es Ihnen danken“, so die ÖDP-Vorsitzende abschließend.

ÖDP: Sicherheit wird nicht nur durch Steigerung der Militärausgaben besiegt

(31.05.2017) Aufgrund der aktuellen Forderungen des US-Präsidenten Trump, wiederholt ausgelöst durch den G7-Gipfel vergangene Woche, und der folgenden Reaktion von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Europa und insbesondere Deutschland müsse sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und seine Militäretats deutlich aufstocken, erkennen Außenpolitikexperten der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) eine zunehmend einseitig geführte politische Debatte über die Erhöhung von ziviler und militärischer Sicherheit allein durch die Steigerung der Militäretats.



Guido Klamt

„Diesen fatalen Irrglauben sind wir nicht bereit, gänzlich unkommentiert hinzunehmen!“, so Guido Klamt, stellvertretender Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Außenpolitik in der ÖDP und Landesvorsitzender der ÖDP Baden-Württemberg. Der US-amerikanische Sprechersprecher Spicer hatte in Washington Merkels Äußerung, Europa müsse sein Schicksal in die eigene Hand nehmen, als großartig begrüßt. Dazu gehören seiner Interpretation nach ausschließlich der Ausbau der europäischen Rolle im Verteidigungsbereich und das Hochfahren der Verteidigungsausgaben.

Gefordert wird innerhalb der NATO ein Verteidigungsbudget in Höhe von 2 % des Bruttoinlandspro-

dukts. ÖDP-Politiker Klamt kritisiert diese Diskussion als abwegig.

Man müsse im Vergleich dazu die Millenniumsziele in der Entwicklungshilfe sehen, die 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts betragen sollten. „Dieser Wert wurde bisher nie erreicht!“, so Klamt. Da kriegerische Auseinandersetzung die Hauptursache dafür seien, dass Millionen von Menschen aus ihren Herkunftsländern fliehen müssen, wäre die Steigerung der Entwicklungshilfe bedeutend wichtiger als die dumpfe Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Deshalb fordert die ÖDP, für die Entwicklungshilfe mindestens die gleichen Maßstäbe anzusetzen wie für die Verteidigungsausgaben. Dies der amerikanischen Regierung zu verdeutlichen, sei gegenwärtig wohl die Hauptaufgabe von Kanzlerin Merkel, so Klamt abschließend.

Leubner (ÖDP): „Wer die G20 einlädt, der lädt auch Protest ein!“

(16.06.2017) Das Treffen der wichtigsten Entscheidungsträger der 20 stärksten Wirtschaftsnationen (G20) findet am 7./8. Juli in Hamburg statt.

Im Grunde die Chance, um globale Probleme wie Umweltzerstörung, Hunger, Krieg und Armut vereint anzugehen und konkrete Lösungen zu vereinbaren. Doch das genaue Gegenteil ist der Fall: Es geht den Machthabenden um die Aufrechterhaltung des Status quo. Kein Wunder, denn die zuvor beschriebenen Probleme haben System und die Entscheidungsträger, die in Hamburg zusammenkommen, profitieren selbst ebenfalls davon.

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) wird bereits am 2. Juli bei der G20-Protestwelle vor Ort sein, um ihren Protest gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Parteien auf die Straße zu tragen. Gefordert werden von der ÖDP der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ein Ende der globalen Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt unter dem Motto „Mensch vor Profit!“.

„Ein weltweites System, in dem sich 62 Menschen mehr Vermögen aneignen konnten als die andere Hälfte der Weltbevölkerung, ist genauso inakzeptabel wie das stetige Ignorieren nötiger Maßnahmen zur Einhaltung des von Paris vereinbarten 2°C-Klimaziels“, so Aaron Leubner, Sprecher für Außenpolitik in der ÖDP.

Die soeben stattgefundene Berliner „Afrika-Konferenz“ machte stattdessen klar, dass eine Beseitigung der bestehenden Verhältnisse auch auf dem G20-Gipfel nicht im Vordergrund stehen wird. Voraussichtlich 350

Millionen Menschen werden in den nächsten 15 Jahren südlich der Sahelzone aufgrund der klimatischen Entwicklungen zusätzlich an extremer Armut leiden. Statt Lösungskonzepte für diesen voraussehbaren Trend zu suchen, lag der Fokus auf neoliberalen Investitionspartnerschaften. Die Investitionsbevorzugung in großbetriebliche Strukturen macht es den kleineren afrikanischen Betrieben bzw. Bauernhöfen unmöglich, ihre Produkte wirtschaftlich abzusetzen, wenn sie zuvor nicht bereits von Landnahme oder der Privatisierung der Wasserversorgung betroffen sind.



Aaron Leubner

Einhergehend mit der Forderung nach einem gerechten Welthandel ohne Waffenexporte, geht es der ÖDP um die demokratische Neustrukturierung eines humaneren Europas, das momentan vor den eigenen Augen an seinen Festungsmauern Tausende flüchtende Menschen sterben lässt, statt in deren Heimatländern eindringlich für gute Lebensbedingungen zu sorgen.

Zu den immensen Repressionen seitens der Stadt Hamburg, die die Demonstranten während des Gipfels erwarten, äußert sich Leubner abschließend: „Nach neoliberaler Logik scheinen sämtliche öffentliche Güter von Sozial- und Gesundheitswesen über Wohnraum und Energieversorgung bis hin zu demokratischen Bürgerrechten, die hier die Chance zum Einspruch garantieren sollten, privatisierbar zu sein. Doch wer die G20 einlädt, der lädt auch Protest ein. Ein Abnicken der bestehenden politischen Verhältnisse ist jedenfalls auch von der ÖDP nicht zu erwarten.“

Mehr Infos unter: <https://www.g20-protestwelle.de>

Ältere ÖPs abzugeben!

Seit 1995 bin ich Mitglied in der ÖDP und habe seit dieser Zeit alle Ausgaben der „Ökologie Politik“ aufgehoben. Nun brauche ich Platz und möchte die Zeitschriften nicht einfach ins Altpapier werfen. Wer Interesse an den Ausgaben hat, melde sich bitte bei mir per E-Mail unter: at-ort@live.de

Thomas Ort

Mitglieder werben Mitglieder!

„Die Leute wissen nicht, was sie wollen, bis man es ihnen anbietet.“

(Terence Conran)

Liebe Mitglieder,

ob dieser Satz auch für eine Mitgliedschaft in der ÖDP gelten kann? Finden wir es gemeinsam heraus!

Am 1. November 2016 haben wir die Aktion „Mitglieder werben Mitglieder!“ gestartet.

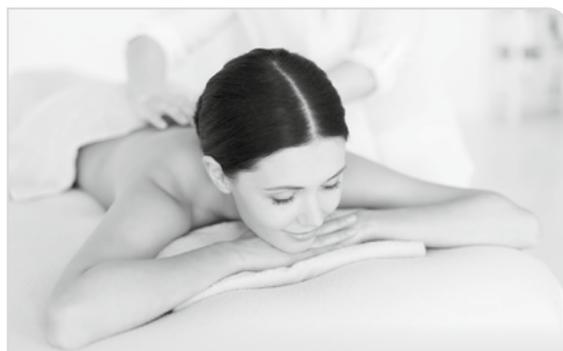
Wer, wenn nicht Sie, kann im Familien-, Freundes-, Bekannten- und Verwandtenkreis besser erklären, warum eine ÖDP-Mitgliedschaft Sinn macht? Einen mehrfachen Sinn sogar. Wäre es nicht ein deutliches Signal, entgegen dem allgemeinen Parteientrend neue Mitglieder zu gewinnen? Ein Signal, dass immer mehr Frauen und Männer einen Politikwechsel wünschen, weg von einem zerstörerischen Immer-Mehr ... hin zu einem Genug für alle, vor allem für unsere Kinder, unsere Enkel? Mensch vor Profit und eine ausschließlich am Gemeinwohl orientierte Politik sind möglich. Um besser wahrgenommen zu werden, um Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit für unsere Themen zu erhalten, müssen wir mitgliederstärker werden.

Gemeinsam schaffen wir im Verlauf von 12 Monaten eine deutliche Mitgliedersteigerung. Würde jedes Mitglied nur ein weiteres Mitglied werben, würden wir die magische Grenze von 10.000 Mitgliedern in 2017 – rechtzeitig zur Bundestagswahl – überschreiten.

Es gäbe keine wirkungsvollere Bestätigung unserer Vision von einer gerechten und Frieden sichernden Gesellschaft. Wir haben es in der Hand, unsere Partei bekannt und wählbar zu machen, unseren Aktionsspielraum zu erweitern und unsere Kampagnen-Fähigkeit auszubauen. Machen Sie mit – werben Sie neue Mitglieder und gewinnen Sie einen Preis!

Alles, was Sie für die Werbeaktion benötigen (Grundsatzprogramm, Vorstellungs- oder Themen-Flugblatt und selbstverständlich den Beitrittsantrag), erhalten Sie kostenlos von der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg (E-Mail: info@oedp.de, Tel.: 09 31/ 40 48 60). Auf Wunsch stellen wir Ihnen auch eine kleine Argumentationshilfe zur Verfügung.

Für das Gewinnspiel zählen nur Mitglieder, die eine reguläre Mitgliedschaft abschließen. Wer die meisten Mitglieder innerhalb der 12 Monate geworben hat, gewinnt den ersten Preis!



1. Preis:
Wellness-Gutschein
im Wert von **250 Euro**

2. Preis:
Wellness-Gutschein
im Wert von **150 Euro**

3. Preis:
Ein 5-Gang-Menü bei
Gabriela Schimmer-Göresz

4. Preis:
Eine Bahn-Card 25 für ein Jahr

5. Preis:
6 Flaschen Bio-Wein von der Mosel

6.–10. Preis:
Gutscheine im Wert von je 25 Euro

Wachstum ohne Grenzen? Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

ödp

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat
(bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
- Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat
(gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
- jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29
info@oedp.de | www.oedp.de

Zum Titelthema „Grundeinkommen Pro & Contra“, ÖP 173

Weiter so!

Leserbrief zur ÖP Nr. 173 (März 2017)

Die Beiträge für und gegen das höGE (und/oder andere Formen von Grundeinkommen) haben ihre Relevanz und Bedeutung erneut dargelegt. Nach den Beiträgen von Vašek und Butterwege lässt sich die ganze Diskussion auf eine Kompromissformel bringen: Das höGE wäre ein (menschen-)würdiger „Anfang“, nimmt aber nicht weg, dass weitere Sozial-, Fiskal-, Familien- und Lohnpolitik (etc.) notwendig ist. Würden wir das höGE als „Ende“ statt als „Anfang“ verstehen, so wären wir inhaltlich beim Grundeinkommensmodell Götz Werners (dm) oder beim Bürgergeld (FDP), die schlussendlich nichts als gut getarnte Sparmodelle an der sozial-ökonomischen Absicherung darstellen. Wenn ich die bisherigen Beiträge von höGE-Befürwortern richtig verstanden habe, bewegen wir uns nicht in deren Richtung – deswegen: Liebe BAK-Mitglieder, bitte weiter so!

Jurrien van der Werff, 48149 Münster

Skepsis bleibt

So positiv die Vorteile bei einem Grundeinkommen auch sein mögen, die Skepsis bleibt, ob eine auf dem Grundeinkommen basierende Gesellschaft auf Dauer funktionieren kann. Die Fachliteratur kommt da zu folgendem Urteil: „Viele Experimente ... haben ... überzeugend gezeigt, dass kooperative Gemeinschaften tatsächlich erfolgreicher sind als Gruppen, bei denen jeder auf seinen eigenen Vorteil aus ist. In solchen Gemeinschaften teilen Menschen ihre Ressourcen miteinander, sie handeln verantwortlich und sorgen dafür, dass keiner übervorteilt wird. Die Experimente belegen aber auch: Kooperation kann sich nur halten, wenn die Egoisten im Zaun gehalten werden. Denn kaum je-

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften mit PLZ und Ort bis zum **1. September 2017** an: ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin Fax: (030) 4985 4050, redaktion@oekologiepolitik.de

mand will sich durch Trittbrettfahrer ausnutzen lassen, die vom gemeinsam erwirtschafteten Gut profitieren, aber selbst nichts beitragen.“ All das würde mehr für die Gemeinwohlökonomie sprechen.

Stephan Heider, 79108 Freiburg

Zum Artikel „Wir verschenken Milliarden“, ÖP 173

Nicht ohne Weiteres möglich!

Zu diesem Artikel zwei Ergänzungen: Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ist ohne eine zeitgerechte Bewertung des Grundvermögens nicht möglich (BVerfG vom 22.06.1995 Az.: 2 BvL 37/91). Leitsatz: Die unterschiedliche steuerliche Belastung von Grundbesitz und sonstigem Vermögen bei der Vermögensteuer ist mit dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar. Eine gleiche Transparenz innerhalb der internationalen Steuerbehörden scheitert an den Doppelbesteuerungsabkommen sowie fehlenden Amtshilfeabkommen mit den jeweiligen Staaten.

Peter Speth, 63911 Klingenberg

Zum Artikel „Ungenutzte Potenziale“, ÖP 173

Jeder muss selbst ein Vorbild sein!

Es geht im genannten Artikel um die Marktmacht der öffentlichen Hand. Im ersten Satz steht das „Mantra“ der Macht des Konsumenten. Jeder Bürger kauft ein, auch alle ÖDP-Mitglieder. Wie viele dieser Menschen denken, dass die „anderen“ anfangen sollen? Fange doch jeder ÖDPler selbst bei sich an, dann bewegt sich auch etwas in die richtige Richtung. Ich bin echt enttäuscht darüber, dass die Leute innerhalb der ÖDP selbst nicht mehr umsetzen! So z. B., indem keine konventionelle Nahrung gegessen wird, denn ökologische Produkte belasten das Wasser nicht mit Nitrat. Und beispielsweise ökologisch produzierte Bekleidung schaltet im Anbau Pestizide aus. Jeder nimmt Einfluss beim Einkauf auf die Produktion des Stoffes und die Herstellung der Kleidung selbst. Wie ist es mit Schuhen? Gift pur beim Kleben des Leders. Es gibt gute Gebrauchsartikel zu kaufen, die die Umwelt nicht belasten. Je mehr die Nachfrage steigt, je mehr wird davon produziert werden. Das alles ist doch Wissen, das heute an niemandem mehr vorbeigeht – oder? Geld ist nicht alles. Gesundheit und Frieden sind

das Wichtigste, was bei einer ökologischen Lebensweise herauskommt für Mutter Erde und alles Leben auf ihr. Und das ist es uns wert, so zu leben. Wir können nicht Forderungen aufstellen, die wir selbst nicht erfüllen. Als ÖDP-Mitglied kann ich im Kleinen als Vorbild agieren, damit sich auch im Großen etwas bewegt. Denn „Nichts ändert sich, außer ich ändere mich. Alles ändert sich, sobald ich mich verändere“ (Verfasser unbekannt).

Erika Borchers, 87736 Böhen

Spenden benötigt!

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das für uns wichtige Wahljahr 2017 nimmt Fahrt auf. Damit wir finanziell eine stabile Basis für unsere politische Arbeit schaffen können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Wir bitten Sie deshalb um eine regelmäßige Spende für die ÖDP bzw. für den Erhalt unseres Mitgliedermagazins ÖkologiePolitik. Herzlichen Dank dafür!

Ja, ich unterstütze ab sofort/ab _____

- die politische Arbeit der ÖDP
 das Mitgliedermagazin ÖkologiePolitik

mit einer Spende in Höhe von _____ Euro

- monatlich halbjährlich
 vierteljährlich jährlich

Bitte entsprechendes Feld ankreuzen!

Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:

IBAN _____

BIC _____

Bank _____

Meine Adresse lautet:

Name, Vorname _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Spenden an politische Parteien werden steuerlich begünstigt.

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Ökologisch-Demokratische Partei, Pommergasse 1, 97070 Würzburg, Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax (09 31) 4 04 86-29, www.oedp.de

Vielen Dank!

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: 1. März, 1. Juli, 1. November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. September 2017**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
 Pommergasse 1, 97070 Würzburg
 Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
 www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
 Eisenacher Straße 17, 80804 München
 guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)
 Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
 pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Dr. Björn Benken, Angela Binder, Florence von Bodisco, Ulrike Brandhorst, Ulrich Brehme, Prof. Dr. Klaus Buchner, Angelika Demmerschmidt, Dr. Herbert Einsiedler, Rosi Hutter, Peter Kirmis, Walter Konrad, Matthias Dietrich, Günter Grzega, Urban Mangold, Tobias Montag, Dr. Claudius Moseler, Kurt Rieder, Andreas Rohling, Gabriela Schimmer-Göresz, Felix Sailer, Johannes Schneider

Externe Autoren:

Peter Hensinger
 Dr. Martha Mertens
 Gerd Zeitler

Interviewpartner:

Prof. Dr. Karlheinz A. Geißler
 Dr. Patrick Schreiner

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
 93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
 Ökologisch-Demokratische Partei
 Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
 Tel.: (030) 4985 4050, redaktion@oekologiepolitik.de
 www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
 BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
 IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
 BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im November 2017

Fake News

Spätestens seit Donald Trump Medien mit „Ihr seid Fake News!“ angiftete und seine Beraterin Kellyanne Conway „alternative facts“ propagierte, herrscht Irritation darüber, was wahr und was unwahr ist. Fakten scheinen nicht mehr „hart“, sondern „situationselastisch“ zu sein. Um sich da zurechtzufinden, sollte man die wichtigsten Manipulationstechniken kennen. Dabei wird klar: Sie sind nichts Neues, sondern wurden zur Durchsetzung von „Reformen“ und Kriegshandlungen schon oft angewendet. Allerdings entspringt das „postfaktische Zeitalter“ mit seinen „gefühlten Wahrheiten“ auch einem Hang zur Bequemlichkeit: Mit der Flucht in eine Fantasiewelt wird eine anstrengende Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit vermieden.

TERMINE

Sa. 08.07.2017	Sommerfest im EU-Büro der ÖDP (in Berlin-Friedrichshain)
So. 24.09.2017	Bundestagswahl
Sa. 14.10.2017	Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen (in Lüneburg)
Sa. 14.10.2017	Bezirksparteitag der ÖDP Schwaben (in Buchloe)
Fr.–So. 27.–29.10.2017	Treffen des ÖDP-Bundesarbeitskreises „Christen und Ökologie“ (in Kloster Waldsassen)
So. 14.01.2018	Landtagswahl in Niedersachsen
Herbst 2018	Landtags- und Bezirkstagswahlen in Bayern
Herbst 2018	Landtagswahl in Hessen
Frühjahr 2019	Europawahl

